

Wien, am Freitag, dem 1. Februar 1929

.....  
Keine Aufnahme von Schneearbeitern. Die Schneesäuberungsarbeiten sind nun so weit vorgeschritten, dass sie von dem ständigen Strassenreinigungspersonal der Gemeindeverwaltung besorgt werden können. Die Gemeinde hat heuer infolge der zwei grossen Schneefälle nicht weniger als drei Millionen Schilling für vorübergehend beschäftigte Schneeschaufler und für das Leihfuhrwerk ausgegeben. Das ist eine Summe, die seit Jahrzehnten nicht erreicht worden ist. Die Abfuhr der Schneehaufen zu den Kanälen wird auch weiter von den eigenen Strassenarbeitern besorgt. Sie muss planmässig vor sich gehen und kann vor allem deshalb nicht mit der von der Bevölkerung gewünschten Beschleunigung durchgeführt werden, weil die bereits wiederholt eingetretene Verstopfung der Kanäle dadurch noch verstärkt werden würde. Bis heute wurden mehr als anderthalb Millionen Kubikmeter Schnee in die Kanäle geschüttet. Die Einstellung der Aufnahme von Schneearbeitern hat natürlich viele tausende von Arbeitswilligen um einen bescheidenen Verdienst gebracht, da die Gemeinde täglich im Durchschnitt nahezu zwölftausend Menschen für die Schneeaufräumungsarbeiten verwendet hat. Insgesamt wurden rund 250.000 Schneeschaufler beschäftigt. Als heute nur ein kleiner Teil von Schneearbeitern aufgenommen werden konnte, sprach eine Abordnung bei dem zuständigen amtsführenden Stadtrat Richter im Rathaus vor und ersuchte um die Einstellung von Schneearbeitern in der bisher üblichen Zahl. Stadtrat Richter erklärte, dass er diesem Ersuchen leider nicht entsprechen könne, weil für Schneeschaufler gegenwärtig keine Verwendung besteht. Eine Aufnahme könne nur dann wieder in Betracht kommen, wenn ein neuer Schneefall oder Tauwetter dies erforderlich machen.

.....  
Umbenennung der Karl Marxstrasse. In Fünfhaus ist zwischen der Löhrigasse-Wurzbachgasse und dem Neubaugürtel als Fortsetzung der Hütteldorferstrasse ein kleiner Strassenzug, der im Jahre 1926 Karl Marxstrasse benannt wurde. Der Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Angelegenheiten hat nun beschlossen, im Interesse einer besseren Orientierung den Namen Karl Marxstrasse aufzulassen und den Strassenzug ebenfalls Hütteldorferstrasse zu benennen. Diese beginnt nunmehr beim Neubaugürtel. Die Gemeinde wird einen anderen grossen Platz in Wien nach Karl Marx benennen.

.....

Wien, am Freitag, den 1. Februar 1929 Zweite Ausgabe.

-----

Zehn Jahre Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien. Die Wiener Stadtverwaltung hat im Jahre 1914 im Interesse der Einberufenen und ihrer Familien das Wirtschaftliche Hilfsbüro der Gemeinde Wien geschaffen. Als nach dem Kriege diese Institution liquidiert worden war, rief am 27. Februar 1919 der Wiener Gemeinderat die Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien für Bedürftige ins Leben. Diese Wohlfahrts-einrichtung blickt seitdem auf eine überaus rege Tätigkeit zurück. Im Jahre 1919 haben in der Rechtshilfestelle 3.428 Parteien Rat und Hilfe gesucht. In den nächsten Jahren hat sich die Tätigkeit der Rechtshilfestelle überaus gesteigert und im Vorjahr betrug die Zahl der Parteien nicht weniger als 8.517. Seit ihrer Gründung bis Ende Dezember 1928 hat die Rechtshilfestelle insgesamt 61.734 Parteien befürsorgt. Der Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat nun am Mittwoch beschlossen, anlässlich des zehnjährigen Bestandes der Rechtshilfestelle ihren Funktionären, insbesondere dem Minister a. D. Dr. Karl Wittek, der mit Dr. Friedrich Frey das wirtschaftliche Hilfsbüro der Gemeinde Wien und mit Dr. Karl Stiassny als Stellvertreter auch die **städtische** Rechtshilfestelle gegründet und geleitet hat, den Dank und die Anerkennung der Stadt Wien auszusprechen.

-----

Freie Assistenzarztesstelle im Krankenhaus der Stadt Wien. An der urologischen Abteilung des Krankenhauses der Stadt Wien ist die Stelle eines Assistenzarztes zu besetzen. Die Bezüge eines Assistenzarztes betragen 375 Schilling monatlich und erhöhen sich nach den ersten zwei Dienstjahren als solcher einmal um 11 Schilling monatlich. Hiezu kommt eine Sonderzahlung am 1. Juni und 1. Dezember jedes Jahres im Ausmass von je 15 Prozent eines Monatsbezuges und ein monatlicher Wohnungsgoldzuschuss von 22'40 Schilling, der jedoch im Falle der Einräumung einer Dienstwohnung wieder zur Gänze als Entgelt für Beheizung, Beleuchtung und Bedienung abgezogen wird. Gesuche um diese Stelle sind mit den entsprechenden Personaldokumenten und Verwendungszugnissen bis spätestens 16. Februar im Büro der Verwaltungsgruppe I, Wien I., Neues Rathaus, einzubringen. Bereits im Dienste der Gemeinde Wien stehende Bewerber haben die Gesuche im Dienstweg vorzulegen.

-----

Wien, am Samstag, den 2. Februar 1929

.....  
Sitzungen im Rathaus. In der nächsten Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zusammen. Der Wiener Landtag wurde für Freitag um 16.30 Uhr einberufen. Er wird sich mit dem Rechnungsabschluss des Wiener Fortbildungsschulfonds für das Verwaltungsjahr 1927 und mit dem Voranschlag für 1929 des Fortbildungsschulfonds beschäftigen. Anschliessend an die Sitzung des Wiener Landtages tagt der Gemeinderat.

.....  
Die Wählerverzeichnisse liegen auf! Gemäss Paragraph 31 der Wahlordnung für den Nationalrat werden die Wählerverzeichnisse vom 1. bis einschliesslich 14. Februar an Werktagen von 15 Uhr bis 19 Uhr und an Sonntagen von 9 Uhr bis 12 Uhr zur allgemeinen Einsichtnahme aufgelegt. Innerhalb dieser Frist ist jedermann berechtigt, in die Wählerverzeichnisse Einsicht zu nehmen. Einsprüche (Reklamationen) gegen die Wählerverzeichnisse kann jeder Bundesbürger innerhalb der Auflegungsfrist wegen Aufnahme vermeintlich Nichtberechtigter oder wegen Nichtaufnahme vermeintlich Berechtigter mündlich oder schriftlich bei den Auflegungsstellen einbringen. Wo die Wählerverzeichnisse aufliegen und die Einsprüche (Reklamationen) eingebracht werden können, ist aus der an den städtischen Amtstafeln angeschlagenen Kundmachung, betreffend die Auflegung der Wählerverzeichnisse, zu entnehmen. Ueberdies wird in jedem Haus an einer allen Hausbewohnern leicht zugänglichen und sichtbaren Stelle (Haustor oder dergleichen) eine Kundmachung angeschlagen, die die Zahl der Wahlberechtigten einer jeden Wohnung sowie den Amtsraum angibt, in dem das Wählerverzeichnis aufliegt. Dadurch ist es den Hausbewohnern möglich, auch ohne Nachschau in der an den städtischen Amtstafeln angeschlagenen Kundmachung den Ort, wo das Wählerverzeichnis des betreffenden Hauses aufliegt, zu erfahren.

.....  
Ausgestaltung der städtischen Feuerwehr. Nach einem Beschluss des Gemeinderatsausschusses für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten wird in der nächsten Zeit eine neue Magirusdrehleiter in den Dienst der städtischen Feuerwehr gestellt. Die Leiter ist auf dreissig Meter ausschierbar. Mit ihr stehen dann fünf solche Magirusleitern in Verwendung.

.....  
Wohnung und Städtebau. In der Ausstellung "Wohnung und Städtebau", I., Parkring 12, spricht morgen Sonntag um 11 Uhr vormittags Ingenieur Chameides über "Elektrizitätsversorgung einer Grosstadt". Eintritt frei.

.....

Eine neue Beethovengedenktafel in der Auerspergstrasse. Nach neueren Forschungen hat im Hause Auerspergstrasse 3 Ludwig van Beethoven während des Winters 1819/20 gewohnt. Beethoven zog in dieses Haus, um in der Nähe seines Neffen zu wohnen, der damals im Erziehungsinstitut Blöchinger (Josefstädterstrasse) untergebracht war. In der Auerspergstrasse hat Beethoven, wie sicher feststeht, an dem Credo der Missa Solemnis gearbeitet. Der Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hat nun am Mittwoch beschlossen, an der ehemaligen Wohnstätte Beethovens in der Auerspergstrasse folgende Gedenktafel anbringen zu lassen: "In diesem Hause wohnte Ludwig van Beethoven während des Winters 1819/20. Er arbeitete hier unter anderen an dem Credo der Missa Solemnis."

-----  
Ausgestaltung des städtischen Strassenbahnverkehrs. Vom nächsten Mittwoch an werden auf der Linie F zwischen 7 und 8 Uhr früh Einlagezüge in Verkehr gesetzt. Diese werden von Währing über den Ring bis zum Schwarzenbergplatz und von hier über den Karlsplatz und Getreidemarkt zurück nach Währing geführt werden. Die Einlagezüge sind mit dem Linienzeichen "F mit einem schwarzen Querbalken" und den entsprechenden Bezeichnungen auf der Brustwandtafel und auf den inneren Tafeln der Wagen versehen.

-----  
Ausschreibung der Kunstpreise für 1929. Wie in den vorhergegangenen Jahren hat der Wiener Gemeinderat auch für die Kunstpreise für 1929 neuntausend Schilling bewilligt, die für die Preiskrönung hervorragender Werke der Dichtkunst, der Musik und der bildenden Kunst (Architektur, Bildhauerei und Malerei) bestimmt sind. Während jedoch bisher auf jedem Kunstgebiet drei Preise zu je tausend Schilling vergeben worden sind, wird nunmehr nur je ein Preis von dreitausend Schilling verliehen. Bewerbungsberchtig sind Wiener Künstler mit Werken aus den letzten fünf Jahren, die sich bis längstens 28. Februar schriftlich um einen Preis bewerben. Die betreffende Eingabe ist mit vollem Namen und Adresse an die Direktion der städtischen Sammlungen zu richten. Die Preise werden nach den Vorschlägen eines Preisrichterkollegiums und den Beschlüssen des Stadtsonates am 1. Mai verliehen. Die näheren Bestimmungen sind in der Kanzlei der städtischen Sammlungen an Wochentagen von 8 Uhr bis 1 Uhr erhältlich.

-----  
Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses spricht morgen Sonntag um 10<sup>30</sup> Uhr vormittags Dr. Jungbauer über "Kulturentwicklung der Menschheit." Eintritt frei.

-----

Die Gemeindegewache beim Brand im Volksgartenrestaurant. Mehrere Tageszeitungen melden heute in ihrem Bericht über das Dachfeuer im Volksgartenrestaurant, dass die anlässlich der Tanzveranstaltung anwesende Gemeindegewache sich untätig verhalten und insbesondere nicht die Feuerwehr verständigt habe und dass diese erst durch die Bundespolizei herbeigerufen worden sei. Demgegenüber wird festgestellt, dass die Feuermeldung durch den Eigentümer des Restaurants und durch die Gemeindegewache, nicht aber durch die Bundespolizei erstattet wurde. Die Gemeindegewache hat <sup>ferner</sup> pflichtgemäss für die Räumung des Saales gesorgt, die auch gemeinsam mit der inzwischen eingelangten Verstärkung und der Bundespolizei in aller Ruhe und Ordnung vorgenommen werden konnte.

-----

Gemeindevermittlungsamt Meidling. Die nächsten Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau finden am Freitag, den 15. Februar, statt.

-----

Starker Besuch der städtischen Schülerherbergen. Die Schülerherbergen des Stadtschulrates für Wien weisen in den letzten Jahren einen immer stärkeren Besuch auf. Während im Jahre 1925 in den Schülerherbergen des Stadtschulrates nur 6766 Gäste nächtigten, stieg die Zahl der Gäste im Jahre 1926 auf 13.889 und erreichte im Jahre 1927 die beträchtliche Höhe von 22.656. Ebenso ist in diesen Jahren ein immer stärkerer Besuch von Auslandsgästen zu verzeichnen. Im Jahre 1925 wurden 84 ausländische Schülergruppen gezählt. 1926 waren es schon 127 und im Jahre 1927 haben nicht weniger als 184 ausländische Schülergruppen Wien besucht.

-----

Frauengewerbeschule der Stadt Wien. In der Frauengewerbeschule der Stadt Wien, V., Margaretenstrasse 152, beginnen jetzt folgende neue Abend- und Nachmittagskurse: Weissnähen, Kleidermachen, Schnittzeichnen, Modistenarbeiten und Frisieren. Einschreibungen täglich von 8 bis 14 Uhr.

-----

Wien, am Montag, den 4. Februar 1929

.....  
Jubilare der Ehe. In der vorigen Woche überbrachte amtsführender Stadtrat Linder im Auftrag des Bürgermeisters einer Reihe von goldenen Hochzeitspaaren die Glückwünsche und die Ehrengabe der Gemeinde Wien. Es sind dies die Ehepaare German und Minna Bing, Moriz und Karoline Cadilek, Josef und Magdalena Heldenberger, Heinrich und Rosi Jakobowics, Josef und Agnes Müller, Meilech Fischl und Rachel Nchtigall, Julius und Marie Ohm-Januschowsky, Josef und Rosa Pillmayer, Georg und Barbara Stöht, Ignaz und Karoline Wanecek und Eduard und Katharina Würstlein.  
.....

.....  
Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. Heute Dienstag um 6 Uhr abends allgemeine Führung durch die Ausstellung in der Volkshalle. Freier Eintritt.  
.....

.....  
Maschinelle Beseitigung des Strassenkehrichts. Dem Wiener städtischen Fuhrwerksbetrieb ist es nach langjährigen Versuchen gelungen in der eigenen Werkstätte eine Kehrmaschine zu bauen, die den auf den Strassen zusammengefügten Kehricht selbst aufnimmt und verladet. Die Maschine ist seit längerer Zeit in Betrieb und hat sich vorzüglich bewährt. Sie ist nur deshalb der breiten Öffentlichkeit nicht sichtbar geworden, weil sie lediglich bei Nacht verwendet wird. Die neue Maschine wird als letztes Glied an den Strassenkehrzug angehängt und nimmt den gesamten vom Kehrzug gesammelten Kehricht automatisch auf. Durch einen Elevator wird der Kehricht sogleich in den Sammelbehälter gebracht. Zum Unterschied vom Ausland, wird bei der Wiener Kehrmaschine zur Aufnahme des Kehrichts nicht ein grosser Kasten, sondern kleinere Wechselbehälter verwendet. Dadurch ergibt sich eine günstigere Handhabung und es muss die Maschine nicht auf den Kehrichtabladepplatz fahren, weil die Wechselbehälter in einem, hinter dem Kehrzug nachfolgenden Sammelwagen entleert werden. Das hat den grossen Vorteil, dass die Maschine ständig in Betrieb ist und nicht, wenn sie mit Kehricht vollgefüllt ist, kostbare Zeit durch die meist sehr weite Fahrt zum Kehrichtabladepplatz verloren geht. Die Wiener Kehrichtmaschine hat eine Arbeitsbreite von sechs Metern. Sie bringt eine wesentliche Verbilligung der Kosten der Kehrichteinsammlung von den Strassen und beschleunigt vor allem die Arbeit ganz ausserordentlich. Sobald besseres Wetter eintritt, werden zwei weitere inzwischen fertiggestellte Maschinen in Betrieb gesetzt.  
.....

Wien, am Montag, den 4. Februar 1929.

Zweite Ausgabe.

-----  
Die Unzulänglichkeit des Zentralbettennachweises. Mehrere Tageszeitungen meldeten vor einigen Tagen unter Hinweis auf den Spitalsbettenmangel in Wien, dass eine Frau Anna Rosenauer im Polizeikommissariat Brigittenau ihrer schweren Erkrankung erliegen musste, da für die Schwerkranke kein Spitalsbett aufzutreiben war. Dazu teilt das städtische Gesundheitsamt mit: Die Frau litt schon lange an Tuberkulose, stand auch in ärztlicher Behandlung, lehnte aber immer eine Spitalspflege ab. Als sich ihr Zustand plötzlich verschlimmerte, willigte sie in die Spitalabgabe ein. Der Arzt stellte ihr eine Spitalanweisung aus, die der Mann der Frau Rosenauer noch am selben Abend in das Polizeikommissariat Brigittenau trug, um durch dieses ein Spitalsbett sicherstellen zu lassen. Die Zentralkunftsstelle für freie Spitalsbetten, die vom Bund erhalten wird, meldete, dass augenblicklich kein Bett zu haben sei. Als auch am nächsten Morgen kein Bett frei war, wollten Herr und Frau Rosenauer die Spitalunterbringung dadurch erzwingen, dass sie sich miteinander aus ihrer Wohnung in die nahegelegene Polizeiwachstube begaben. Frau Rosenauer stürzte aber schon auf der Stiege ihres Wohnhauses zusammen. Sie wurde in die Sicherheitswachstube gebracht, wo sie kurz darauf starb. Aus dem beschriebenen Vorfall allein kann ein Schluss auf die Unzulänglichkeit der Spitalunterbringung allerdings nicht gezogen werden. Es war zumindest überflüssig, dass der Mann seine schwerkranke Frau auf die Sicherheitswachstube brachte, um eine Spitalunterbringung zu erzwingen. Dass nicht schon am Abend vorher ein Bett bereitgestellt wurde, kann nicht Wunder nehmen, da in der jetzigen Jahreszeit und bei den herrschenden Grippe- und Erkältungskrankheiten in der Verzögerung der Aufnahme einer chronisch Kranken nichts Besonders gesehen werden kann. Nichtsdestoweniger aber weist die Vermittlung von Spitalsbetten an bedürftige Kranke sehr viele Unzulänglichkeiten auf. Im allgemeinen Krankenhaus existiert noch immer der sogenannte Zentralbettennachweis, der aus einigen Telefonapparaten und zwei Telefonistinnen besteht. Wer eine Spitalaufnahme braucht, muss zur nächsten Polizeiwachstube gehen und dort bemüht sich ein Polizeimann, durch Vermittlung des Zentralbettennachweises ein Bett sicherzustellen. Die Telefonistinnen im Zentralbettennachweis versuchen nun durch telefonische Anfragen in den Spitalern, ein Bett für den Patienten zu erlangen. Der ganze Vorgang ist nicht nur äusserst schleppend, sondern auch schon deshalb verfehlt, weil jede Ingerenz des Gesundheitsamtes und der Zentrale des städtischen Krankentransportwesens fehlt. In Erkenntnis dieser Unzulänglichkeiten hat sich die Gemeinde Wien schon vor mehreren Jahren bereit erklärt, den Zentralbettennachweis auf ihre Kosten zu über-

nehmen, einen ärztlichen Permanenzdienst einzuführen und die ganze Einrichtung in der Zentrale des städtischen Krankentransportes unterzubringen, um den Zentralbettennachweis zu einer schlagfertigen Institution zu machen. Aus unbekanntem Gründen hat die Fondsverwaltung des Bundes den Antrag der Gemeinde abgelehnt. Der gute Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung vor allem verhindert, dass es nicht des öfteren zu einem Skandal kommt. Das Gesundheitsamt der Gemeinde Wien, das einen ärztlichen Permanenzdienst führt, muss wiederholt beim Zentralbettennachweis intervenieren, um die Unterbringung eines Schwerkranken durchzusetzen. Das Gesundheitsamt muss einen Dienst versehen, der aus der Unzulänglichkeit der staatlichen Einrichtung erfließt. So hat beispielsweise der Permanenzdienst des städtischen Gesundheitsamtes im Jänner allein 317 mal bei Bettenzuweisungen intervenieren müssen, wenn alle anderen Versuche, ein Bett frei zu bekommen, scheiterten. Dabei ist zu bemerken, dass die meisten dieser Interventionen bei der Nacht erfolgen mussten. Von den 317 Ansuchen um Spitalsunterbringung gelang es dem diensthabenden Arzt des Gesundheitsamtes in 232 Fällen, ein Bett aufzutreiben. Dieser Zustand aber ist schliesslich und endlich unhaltbar. Keine Stadt kann auch für die Zeit des höchsten Andranges zu den Spitalern immer so viel Betten bereit haben, als gewünscht werden, aber soviel als unbedingt notwendig sind, müssen bereit sein. Sie sind es auch, mit Ausnahme vielleicht von ganz wenigen Tagen der Höchstanzahl. Wenn trotzdem immer und wieder über die Unmöglichkeit, wirklich Spitalsbedürftige unterzubringen, geklagt wird, so ist daran in erster Linie der Mangel der Organisation schuld. Die Klagen werden solange nicht verstummen, solange die jetzige Art des Bettennachweises und der Bettenzuweisung besteht. Es wäre nur zu wünschen, dass endlich einmal die Gemeinde Wien auch den Bettennachweis für sämtliche Spitäler unserer Stadt übernehme.

-----  
Betrügerische Manipulationen. Gelegentlich einer am 30. Jänner 1929 vom Kontrollamt der Stadt Wien in der Fachrechnungsabteilung für Jugendfürsorge und Armen-

kinderpflege vorgenommenen Kontrolle wurden Unstimmigkeiten entdeckt. Sofortige Erhebungen brachten zutage, dass der der Fachrechnungsabteilung zugeteilte städtische Rechnungsrat Raimund Schaller betrügerische Handlungen begangen hat, die einen Betrag von rund 55.000 Schilling umfassen. Schaller ist bei seinen Manipulationen äusserst raffiniert vorgegangen. Er hat Verpflegskostenrechnungen des Kinderheimes XIII., St. Veitgasse 25 über Kinder, die dort niemals von der Gemeinde Wien untergebracht waren, gefälscht. Die erforderliche Bestätigung durch die Kinderübernahmestelle hat er gleichfalls gefälscht, wobei er Originaldrucksorten und Originalstempel der Kinderübernahmestelle benützte, die er entwendet hatte. Die so adjustierte Verpflegskostenrechnung brachte Schaller dann zur Liquidierung. Den gefälschten Verpflegskostenrechnungen des Kinderheimes St. Veitgasse lag regelmässig ein Posterslagschein bei, der auf ein Konto des Kinderheimes St. Veitgasse beim Wr. Bankverein lautete. Dieses Konto hat Schaller selbst eröffnen lassen und sich damit das Verfügungsrecht über die von der Hauptkasse überwiesenen Gelder gesichert und auch die Möglichkeit geschaffen, dass die Kontoauszüge ihm selbst und nicht dem Kinderheim zugesendet werden sind. Durch dieses grosse Raffinement konnte er die Unterschlagungen längere Zeit hindurch fortsetzen. Der Magistrat hat die polizeiliche Anzeige erstattet. Schaller ist flüchtig.

Wien, am Dienstag, den 5. Februar 1929

.....

Achtung auf Gasgeruch! Die lang anhaltende Kälte lässt es möglich erscheinen, dass beim Ansteigen der Temperatur Gebrechen an den Gasrohren auftreten. Die Wiener städtischen Gaswerke stellen daher an die Bevölkerung das dringende Ersuchen, die Gaswerke sofort zu verständigen, wenn insbesondere in Keller- oder Parterreräumlichkeiten Gasgeruch wahrgenommen wird.

.....

Mit dem Wasser sparen! Seit letzten Samstag gestaltet sich die Wasserversorgung Wiens wesentlich ungünstiger, als es je vorher der Fall war. Durch den langandauernden Frost werden die Zuflüsse aus den beiden Hochquellenleitungen immer geringer und haben nunmehr einen bisher noch nie beobachteten Tiefstand erreicht. Während in der vorigen Woche noch ein Gesamtzufluss an beiden Hochquellenleitungen von 260.000 bis 270.000 Kubikmetern per Tag zu verzeichnen war, ist der Zufluss am letzten Sonntag infolge der enormen Kälte auf 255.000 und gestern Montag auf 248.000 Kubikmeter gesunken. Demgegenüber beträgt der Wasserverbrauch an Wochentagen durchschnittlich 270.000 bis 280.000, an Samstagen und Sonntagen gewöhnlich 220.000 Kubikmeter. Bis voriger Woche konnte der Ausgleich zwischen Zufluss und Verbrauch notdürftig erreicht werden. Die an Wochentagen den Zufluss übersteigenden Wasserverbrauchsmengen konnten in der Regel durch die Ersparnisse am Samstag, insbesondere aber durch den geringen Verbrauch an Sonntagen gedeckt werden. Am letzten Samstag und Sonntag aber war ein solcher Ausgleich nicht mehr möglich, da der Wasserverbrauch an diesen zwei Tagen ganz unerwartet 250.000 bis 260.000 Kubikmeter betragen hat. Die Folge dieses grossen Wasserverbrauches ist ein überaus starkes Abnehmen der Behältervorräte, die von 330.000 schon auf 185.000 Kubikmeter gesunken sind. Das Sinken hält an, da nun auch die Zuflüsse aus den Quellen stark abnehmen. Der Magistrat stellt daher an die Bevölkerung das dringende Ersuchen, im Wasserverbrauch die grösstmögliche Sparsamkeit einzuhalten. Insbesondere soll das Offenhalten der Wasserleitungshähne, das in den letzten Tagen in zahlreichen Häusern beobachtet werden konnte, vermieden und strenge darauf geachtet werden, dass Undichtheiten bei den Auslaufhähnen und Klosettspülungen sofort behoben werden. Sollte dieser Mahnung nicht entsprechend nachgekommen werden, müsste schon in den nächsten Tagen eine Sperrung, beziehungsweise starke Drosselung der Stockwerksleitungen durchgeführt werden.

.....

Wien, am Dienstag, den 5. Februar 1929

Zweite Ausgabe

.....  
Dienstjubiläum des Obermagistratsrat Dr. Pawlik. Heute Dienstag beging Obermagistratsrat Dr. Heinrich Pawlik, Vorstand der Magistratsabteilung 17, städtische Wohnhäuserverwaltung und Wohnungsamt, sein fünfundzwanzigjähriges Dienstjubiläum. Aus diesem Anlass hatten sich sämtliche Beamten und Angestellten seiner Abteilung im reich mit Pflanzen und Blumen geschmückten Arbeitszimmer des Jubilars eingefunden. Amtsführender Stadtrat Weber würdigte die überaus grosse Arbeits- und Schaffenskraft Pawliks, der seit mehr als zehn Jahren zuerst als Vorstandsstellvertreter und seit vier Jahren als Vorstand an der Spitze dieses grossen, stets sich erweiternden Amtes steht. Für die gesamte Beamtenschaft feierte Magistratsrat Ludwig den Jubilar als leuchtendes Vorbild eines Beamten, der durch seine 25jährige Tätigkeit den Ruf eines äusserst gewissenhaften Beamten und Vorstandes erlangt hat, und überreichte namens der Beamtenschaft ihm eine Plakette. Obermagistratsrat Dr. Pawlik dankte tief bewegt für die grosse Ehrung.

.....  
Starke Steigerung der Einäscherungen. Im vergangenen Jänner wurden im Krematorium der Stadt Wien 280 Leichen eingeäschert. Die Zahl der Einäscherungen im Jänner ist vom Jahre 1923 bis 1928 überaus stark gestiegen. Während im Jänner 1923 nur 31 Leichen eingeäschert wurden, zählte der Jänner 1924 schon 94 Einäscherungen; im Jänner 1925 wurden 135 Leichen eingeäschert, im Jänner 1927 schon 226 und die Höchstzahl wurde im Jänner 1928 mit 318 Einäscherungen erreicht. Von den im vergangenen Jänner eingeäscherten Leichen waren 180 Männer und 100 Frauen. 156 Verstorbene waren römisch katholisch, 10 altkatholisch, 26 evangelisch, 17 Juden und 4 gehörten sonstigen Glaubensbekenntnissen an. 67 Verstorbene waren konfessionslos. In der Zeremonienhalle des Krematoriums wurden 68 Einsegnungen nach altkatholischem und 26 nach evangelischem Ritus vorgenommen.

.....  
Bezirksvertretung Mariahilf. Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf findet am Donnerstag, den 28. Februar, um 18 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvertretung statt.

.....

Wien, am Mittwoch, den 6. Februar 1929

-----  
Wassernot in Wien. Die eindringliche Mahnung der Gemeindeverwaltung an die Bevölkerung, mit dem Wasser zu sparen, ist ohne Erfolg geblieben. Der Wasserverbrauch ist im Gegenteil steigend, so dass infolge des geringen Zulaufes von Wasser aus den Quellgebieten ein katastrophaler Wassermangel in Wien befürchtet werden muss. Der durchschnittliche Wasserverbrauch beträgt noch immer 160 Liter per Kopf und Tag der Bevölkerung, gegenüber 140 Litern im Vorjahr und gegenüber einem Winterverbrauch von ungefähr 90 Litern in Berlin. Um ein gänzliches Leerlaufen der Wasserbehälter und des Rohrnetzes hintanzuhalten, müssen nun strenge Massnahmen zur Einschränkung des über das notwendige Mass hinausgehenden Wasserverbrauches ergriffen werden. Die erste dieser Massnahmen ist, dass am kommenden Samstag mit der Absperrung der Stockwerksleitungen in den Häusern vorgegangen wird. Der Magistrat sieht sich zu dieser Massnahme veranlasst, da nur auf diese Weise der Wasserverschwendung in den einzelnen Häusern wirksam vorgebeugt werden kann und eine Schliessung der Bäder, die Drosselung des Nutzwasserbezuges und so weiter keine solchen Ersparungen erzielen, dass der drohenden Wassernot abgeholfen ist. Es hängt nun von der Sparsamkeit der Wiener Bevölkerung im Wasserverbrauch ab, ob die unabweislich gewordenen Absperrungen noch in letzter Stunde unterbleiben können.

-----  
Für viereinhalb Millionen Schilling Gemeindeaufträge. In der letzten Zeit hat die Wiener Stadtverwaltung wieder grosse Arbeitsaufträge an Industrie und Gewerbe vergeben. So haben die Gemeinderatsausschüsse für Wohnungswesen und Technische Angelegenheiten in den letzten Tagen für nicht weniger als rund viereinhalb Millionen Schilling Bestellungen verschiedenster Art in Auftrag gegeben. Die Vergabung der Erd-, Baumeister- und Eisenbetonarbeiten für zwei Bauteile des städtischen Neubaus in der Schüttbastrasse macht allein 3'8 Millionen Schilling aus. Die Arbeitsaufträge für die Gas-, Wasser- und Lichtinstallationsarbeiten in städtischen Neubauten machen rund 160.000 Schilling aus. Für rund 125.000 Schilling wurden Schlosser-, Tischler- und Spenglerarbeiten vergeben. Für rund 70.000 Schilling wurden Installationsarbeiten für die elektrische Strassenbeleuchtung in Auftrag gegeben. Schliesslich hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten für 60.000 Schilling Erweiterungsarbeiten der automatischen Telefonanlage im Rathaus in Auftrag gegeben und für 47.000 Schilling Erd- und Baumeisterarbeiten für den Neubau eines Hauptkanals auf dem Plätzersteig.

Wien, am Donnerstag, den 7. Februar 1929

.....  
3675 Ausrückungen der Wiener Berufsfeuerwehr. Die Wiener städtische Feuerwehr, deren Schlagkraft auf der ganzen Welt anerkannt wird, verzeichnet im abgelaufenen Jahr nicht weniger als 3675 Ausrückungen, gegenüber 3541 im Jahre 1927. Die Wiener Berufsfeuerwehr rückte im Jahre 1928 zu fünf Grossfeuern, 51 Mittelfeuern, 908 Kleinfuern, 296 Rauchfangfeuern, 385 Untersuchungen und zu dreissig Brandwachen aus. Von den Bränden waren fünf Mittelfeuer, drei Kleinfuer und ein Rauchfangfeuer ausserhalb von Wien. Ausserdem wurde die städtische Feuerwehr zu 1436 technischen Hilfeleistungen und dergleichen alarmiert. 140 Ausrückungen beruhten auf übrigen Feueranzeigen und 29mal wurde die Feuerwehr in beschaffter Weise alarmiert. Die Zahl der Hilfeleistungen für Kranke oder Verletzte auf den einzelnen Feuerwachen betrug im abgelaufenen Jahr 782. Bemerkenswert ist, dass mit der fortschreitenden Ausgestaltung der Wiener städtischen Feuerwehr die Zahl der Grossbrände in Wien erheblich zurückgeht. Während im Jahre 1927 in Wien 16 Grossfeuer wüteten, gab es im abgelaufenen Jahr nur mehr fünf Grossbrände. Mit Ende des Jahres 1928 standen bei der Wiener Berufsfeuerwehr 133 automobile Fahrzeuge in Verwendung. Im abgelaufenen Jahr wurden nicht weniger als 73 Kilometer Feuermeldekabel verlegt und die Feuerwachen untereinander direkt verbunden. Für Telefon und Telegraph wurden gesonderte Leitungen gelegt, womit die Wiener Berufsfeuerwehr auf den Doppelleitungsbetrieb übergegangen ist. Für jede Wache wurde ausserdem eine eigene Alarmlinie eingerichtet. Schliesslich wurde die Zahl der öffentlichen Feuermelder erheblich erhöht und somit der Feuerschutz für die Stadt Wien bedeutend verbessert. Die städtische Feuerwehr verfügte Ende 1928 über 39 Feuerwachen, darunter sich auch die Zentralfeuerwache Am Hof mit dem Fernlöschzug befindet.

.....  
Freie Assistenzarztsstelle im Krankenhaus der Stadt Wien. An der chirurgischen Abteilung des Krankenhauses der Stadt Wien in Lainz gelangt die Stelle eines Assistenzarztes zur Besetzung. Die Bezüge eines solchen betragen 375.- Schilling monatlich und erhöhen sich nach den ersten zwei Dienstjahren als Assistenzarzt einmal um 11 Schilling monatlich. Dazu kommt eine Sonderzahlung am 1. Juni und 1. Dezember jedes Jahres von je 15 Prozent eines Monatsbezuges und ein monatlicher Wohnungsgeldzuschuss von 22.40 Schilling, der im Falle der Einräumung einer Dienstwohnung wieder zur Gänze abgezogen wird. Gesuche um diese Stelle sind bis spätestens 23. Februar im Büro der Verwaltungsgruppe I, Wien I., Neues Rathaus, einzubringen.

Wien, am Freitag, den 8. Februar 1929

-----

Mit dem Wasser sparen! Mit Rücksicht auf die durch die andauernde Kälte verursachte Wassernot war der Wiener Magistrat heute bemässigt, eine Kundmachung betreffend Massnahmen zur Verhinderung einer Wassernot zu erlassen. In der Kundmachung wird zur Sicherstellung des allernotwendigsten Trinkwasserbedarfes verfügt, dass jede Wasserverschwendung, insbesondere das Fliessenlassen des Wassers bei den Auslaufhähnen verboten ist. Undichtheiten an den Wasserleitungseinrichtungen, Schäden an den Klosettspülungen, Pissoiren und so weiter sind sofort nach Auftreten zu beheben. Die Benützung der Badeeinrichtungen jeder Art in den Wohnhäusern ist verboten. Der Betrieb von Wasserstrahlpumpen ist einzustellen. In Gast-, Kaffeehaus- und ähnlichen Approvisionierungsbetrieben wie Konditorerien, Gemeinschaftsküchen und dergleichen darf Wasser an Gäste nur über deren besonderes Verlangen verabreicht werden. Das Füllen der Schwimmbecken in öffentlichen Badeanstalten ist nur mit besonderer Bewilligung des Magistrates (Magistratsabteilung 34 a, VI., Grabnergasse 6) zulässig. Der Absperrung der Brausevorrichtungen in öffentlichen Badeanstalten ist nach jedesmaliger Benützung die grösste Aufmerksamkeit zuzuwenden und bei Vorhandensein mehrerer Gruppen von Brausevorrichtungen sind alle bis auf eine gänzlich zu sperren. Schliesslich ist die Verwendung von Hochquellenwasser für Bauführungen und gewerbliche Zwecke auf den dringendsten Bedarf einzuschränken und dort gänzlich einzustellen, wo anderes Wasser zur Verfügung steht. Die Magistratskundmachung tritt morgen in Kraft. Uebertretungen der Kundmachung werden mit Geldstrafen bis zum Betrage von zweihundert Schilling oder Arreststrafen bis zu vierzehn Tagen geahndet. Von der Anordnung der Absperrung der Stockwerksleitungen wurde vorläufig noch abgesehen. Die Absperrung wird aber, falls die obigen Sparmassnahmen nicht den gewünschten Erfolg zeitigen und die Wasserzuflüsse auf den Hochquellenleitungen sich nicht bessern, angeordnet werden müssen, was möglicherweise schon in den allernächsten Tagen der Fall sein wird.

-----

Wintersport der Fortbildungsschuljugend. Uebermorgen Sonntag veranstalten die Jugendwandergruppen der Wiener Fortbildungsschuljugend in Lilienfeld, Klosteralpe-Hinteralpe, den zweiten Skiabfahrtslauf. Gemeinsame Abfahrt um 5:15 Uhr früh vom Westbahnhof. Die Heimfahrt erfolgt ebenfalls gemeinsam um 18 Uhr von Lilienfeld. Es laufen drei Gruppen und das Ziel ist die Skihütte auf dem Gschwendt.

-----

Wien, am Freitag, den 8. Februar 1929      Zweite Ausgabe

## W I E N E R L A N D T A G

Sitzung vom 8. Februar 1929.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet die Sitzung um 4'40 Uhr.

Die beiden Beratungsgegenstände in der heutigen Landtagssitzung bilden der Rechnungsabschluss des Wiener Fortbildungsschulrates vom Jahr 1927 und der Voranschlag des Wiener Fortbildungsschulfonds für das Jahr 1929. Die beiden Gegenstände werden unter einem verhandelt.

Berichterstatler Täubler stellt zunächst fest, dass die Ueberschreitung von etwa 82.000 Schilling die sich im Rechnungsabschluss pro 1927 gegenüber dem Voranschlag ergibt auf den Mehraufwendungen zurückzuführen sind die zur Beförderung des freiwilligen Abbaues von Lehrpersonen gemacht werden mussten. Ein Abbau von Lehrpersonen war infolge des Schülerrückganges notwendig. Die Mindereinnahmen aus den Umlagen der Gewerbetreibenden konnten aus den Netvorräten der früheren Jahre gedeckt werden, sodass eine Mehrbelastung der Gewerbetreibenden nicht eintritt. Der Voranschlag für das Jahr 1929 weist eine Erhöhung gegenüber den früheren Voranschlägen auf, die notwendig ist infolge der Regulierung der Bezüge der Angestellten und der Lehrer, infolge der Errichtung der neuen Gärtnererschule, infolge der Erhöhung der Post Ausbildungskurse für arbeitslose Gehilfen. Der Berichterstatter verweist sodann auf den von Jahr zu Jahr fortschreitenden Rückgang der Schülerzahl an den Fortbildungsschulen der sich aus dem Niedergang einzelner Gewerbebezüge erklärt. So ist das Huf- und Wagenschmiedgewerbe, das Riemen- und Sattlergewerbe infolge der Entwicklung der Automobilindustrie zurückgegangen, das Schuhmachergewerbe wird allmählich durch die fabrikmässigen Betriebe verdrängt. Aehnlich ist die Entwicklung bei den Kleidermachern. In diesem Zusammenhang nimmt der Berichterstatter Stellung gegen die in der Öffentlichkeit verbreiteten Gerüchte dass ein Flugblatt über Vorhaltungsmethoden unter Mitwirkung der Schulbehörden an den Schulen verteilt worden sei und stellt fest, dass dieses Flugblatt von der Schneidergenossenschaft selbst gedruckt wurde und dass sowohl von den Schulleitern wie von den Schullehrern dieses Flugblatt konfisziert worden ist, da die Verbreitung von Flugschriften in den Fortbildungsschulen grundsätzlich verboten ist (Widerspruch bei der Minderheit). Es liegt hier nicht das geringste Verschulden irgend einer Lehrperson vor. Der Berichterstatter ersucht schliesslich den Rechnungsabschluss zu genehmigen (Aussprache über die Minderheit).

Abg. Rummelhardt (E.L.) weist zunächst die merkwürdige Art der Berichterstattung des Referenten zurück, der polemisiert habe, ohne irgend eine Behauptung aufgestellt oder irgend ein Vorwurf erhoben worden sei. Er stellt sodann fest, dass der Hauptgrund für den Rückgang der Lehrlingszahl darin liegt, dass sich die Meister infolge der ständigen Querelen der sozialdemokratischen Lehrlings- und politischen Organisationen als Lehrlingsausbildner nicht mehr hergeben wollen. Das ist ausserordentlich zu bedauern. Die Meister sollen für das gewerbliche Fortbildungsschulwesen nur zahlen. 55 Prozent fällt ihnen zur Last und nur 45 Prozent zahlt die Gemeinde die sich infolge der ungerechten Zusammensetzung des Fortbildungsschulrates durch die vier vom Stadtrat, die drei vom Stadtschulrat entsandten Mitglieder, durch den Magistratsvertreter und die zwei Vertreter der Lehrer eine Majorität sichert. Dagegen hat man den Gewerkschaftsinstruktor, von dem man annehmen musste, dass er bürgerlicher Gesinnung sei, bisher nicht einberufen (Hört! Hört bei der Minderheit). Sowohl die Art der Verteilung der Kurialbeiträge wie die Zusammensetzung des Fortbildungsschulrates macht es unmöglich, dass der Fortbildungsschulrat in dieser Form weiter bestehen kann. Wir verlangen die höchste Unterbreitung einer Vorlage, durch welche die Leistungen und Rechte gleichmässig verteilt werden und wir erheben gegen die Majorität die Anklage, dass das Gesetz bisher noch nicht geändert wurde obwohl sowohl die Minorität wie die Gewerbeschaftsverbände seine Abänderung verlangt und selbst Mitglieder der Majorität erklärt haben, dass das Gesetz in der Form nicht zu halten sei. Obwohl die Zahl der Lehrlinge ständig zurückgeht, steigen die Ausgaben von Jahr zu Jahr, trotzdem die Schulen fachlich fertig organisiert sind. Interessant ist auch die Schwankung des Gebärungsabganges in den einzelnen Jahren. Während er 1925 rund 267.900 Schilling betrug, stieg er im Jahre 1926 auf 1,043.800 Schilling und fiel im Jahre 1927 wieder auf 253.316 Schilling zurück. Diese schwankende Bewegung des Gebärungsabganges lässt den Schluss zu, dass nicht gewissenhaft präliminiert wurde, obwohl der Veranschlag hinsichtlich der Höhe der Beiträge der Gewerbetreibenden von grösster Bedeutung ist. Der Redner tadelt dann, dass Amtsdirektor Täubler selbstherrlich schaltet und waltet und dass beim Fortbildungsschulrat nur waschechte Sozialdemokraten angestellt werden. Die Täublerwirtschaft schreit schon zum Himmel und sie findet auch schon in den weitesten Kreisen der Bevölkerung die allerschärfste Kritik, da unter Ihrer Herrschaft die Fortbildungsschulen zu Stätten der Verführung der Jugend geworden sind. Stadtrat Rummelhardt kommt dann auf die Verteilung des Flugblattes "Der Volksarzt" des Kleinen Blattes zu sprechen und erklärt, dass aus einem amtlichen Polizei-

protokoll zu ersehen ist, dass das Flugblatt mit dem Aufsatz über die "Schutzmassnahmen" auf allen Schulbänken aufgelegt ist. (Erregte Rufe bei der Minderheit: Das ist ein Skandal!) Es ist unmöglich, dass das die Lehrer nicht bemerkt haben. In dem Aufsatz werden die Mittel zur Verhütung der Schamgesellschaft angegeben. Wenn Sie das für die Schulen gut heissen, dann müssen Sie sich wirklich schämen. (Abg. Jonschik: Das Kleine Blatt hat eine Auflage von 163.000) Dann ist es erst recht ein Verbrechen, wenn Sie nicht die Grenzen einhalten, die Sitte und Anstand halbwegs erfordern. Der Fortbildungsschulrat betreibt aber auch sexuelle Aufklärung im eigenen Wirkungskreis. In seiner Bibliothek hat er für die Schüler ein Buch Flauberts das "November" heisst und ein Roman voller Perversitäten ist. Auch die Illustrationen dazu sind sehr geschmacklos. Durch solche Bücher kann die Jugend nicht zu aufrechten Menschen erzogen werden; der, der ein solches Buch der Jugend in die Hand gibt, ist ein Jugendverderber. Ueber die Verteilung des Flugblattes hat es im Fortbildungsschulrat eine scharfe Debatte gegeben. Die Genossenschaft der Kleidermacher hat mit ihrer Beschwerde recht gehabt (Abg. Beisser: Im Fortbildungsschulrat haben Sie das Vorgehen der Genossenschaft bedauert!) Nicht ganz mit Unrecht hat die Genossenschaft die Lehrer dafür verantwortlich gemacht. Nicht ein Lehrer hat eine Anzeige erstattet, wohl haben aber einige Lehrer die Flugblätter konfisziert. Das waren Lehrer christlicher Gesinnung. Wir haben im Fortbildungsschulrat verlangt, dass eine Überprüfungscommission eingesetzt werde, die den ganzen Bücherstand der Bibliothek zu überprüfen und alle Bücher, die den Gesetzen des Anstandes und der Moral widersprechen, aus der Bibliothek zu entfernen hat. Bis heute aber ist noch nichts geschehen. Auf dem Gebiete der körperlichen Erziehung geschieht auch so manches, was lieber unterbleiben sollte. Die Mädchen müssen halbnackt herumspringen und fangen <sup>sich</sup> schon an, deswegen zu schämen. Zusammenfassend schliesst Abg. Rummelhardt seine Rede mit der Feststellung, dass die Sozialdemokraten auf dem Gebiete des Fortbildungsschulwesens nichts gehalten haben, was sie seinerzeit versprochen haben. Er verlangt eine Reform der gewerblichen Fachschulen, die sich auf die notwendigsten Bedürfnisse der Gewerbe stützen muss. Mit der Erziehung der Lehrlinge und Lehrmädchen zu parteipolitischen Zwecken müsse Schluss gemacht werden. Es darf nicht mehr Sünde auf Sünde gehäuft <sup>werden</sup>, sondern es muss endlich daran gegangen werden, die Fortbildungsschüler zu aufrechten, ehrlichen, fleissigen und tüchtigen Menschen zu erziehen. (Beifall bei der Minderheit).

Abg. Panosch (E.L.) fordert ebenfalls dass das Fortbildungsschulgesetz endlich geändert werden möge. Insbesondere vertritt er die alte Forderung der Gewerbetreibenden die die grössten Opfer für das Fortbildungsschulwesen zu bringen haben, nach einer entsprechenden Vertretung im gewerblichen Fortbildungsschulrat. Er schildert sodann eingehend die Entwicklung des Wiener Fortbildungsschulwesens und verweist darauf, dass die Sozialdemokratie es nicht nötig hatte, an den Fortbildungsschulen irgend eine Schulreform vorzunehmen, da seinerzeit schon von den Gewerbetreibenden selbst eine sehr grundsätzliche Schulreform im Sinne der Verfachlichung des Unterrichtes durchgeführt worden ist. Der Redner wendet sich sodann gegen die parteimässige Einstellung der sogenannten Jugendführer in den Fortbildungsschulen und erhebt Beschwörungen über die Zurücksetzung tüchtiger Schulkräfte aus politischen Gründen. Man hat seinerzeit sich für die Verlegung des Unterrichtes an den gewerblichen Fortbildungsschulen von den Abendstunden in die Nachmittagstunden sehr eingesetzt, heute <sup>werden</sup> aber im Fortbildungsschulgebäude bis in den späten Abend hinein eine Reihe von parteimässigen Kursen abgehalten. Der Redner fordert sodann, dass in dem neuen Fortbildungsschulgesetz auch die Pflichten der Lehrlinge festgesetzt werden, dass eine Aenderung in der Dotationsart des Bau- und Einrichtungsfonds stattfindet, der in zu kurzer Zeit zu hohe Beträge ansammelt und verlangt eine Herabsetzung der Umlagen der Gewerbetreibenden. Schliesslich nimmt er in nachdrücklicher Weise Stellung gegen die Propaganda, die für das Kleine Blatt bei den Lehrlingen betrieben wird und erklärt sich bereit, dem Berichterstatter eine bestimmte Klasse in einer Schneiderschule namhaft zu machen, in der das Kleine Blatt mit dem Artikel über die Verhütungsmethoden vor dem Lehrer an die Schüler verteilt wurde. (Lobhafter Beifall bei der El.)

Abg. Kunschak (E.L.) stellt fest, dass die allgemeinen Verwaltungsauslagen für das Fortbildungsschulwesen von 1927 auf 1929 eine Steigerung um nicht weniger als 76 Prozent erfahren haben. Hört! Hört bei der E.L.) Dem steht nicht ein erweiterter Aufgabenkreis sondern ein Rückgang an Leistungen gegenüber, wie er sich aus dem bedauerlichen Rückgang an Schülern ergibt. Dieser Widerspruch scheint nun so zu erklären zu sein, dass sich der Zweck des gewerblichen Fortbildungsschulrates verschoben hat, dass er von einer Bildungsanstalt zu einer Versorgungsanstalt geworden ist. Auch sonst ist die finanzielle Gebarung des gewerblichen Fortbildungsschulrates in ihren Grundsätzen anzugreifen. Die Hauptlast liegt auf den Schultern der Gewerbetreibenden während die Gemeinde verhältnismässig wenig Leistungen auf sich nimmt



sein. Die Erfolge stehen in keinem Verhältnis zum Aufwand. Im Wiener Fortbildungsschulwesen haben sich schon geradezu anarchische Zustände eingeschlichen. Es gibt einfach keine Autorität mehr und der Kampf der Organisationen gegen die Lehrer geht um die Anerkennung der Autorität der Lehrlinge. Das Schiff des Fortbildungsschulwesens steuert völlig führerlos dahin. Abg. Kunschak zieht sodann Vergleiche mit dem Münchener Fortbildungsschulwesen, das in seinem Unterrichtsplan auch die Haushälterische Ausbildung der Lehrmädchen aufgenommen hat. Diese wird mit viel Geschick durchgeführt und zeitigt grossartige Erfolge. Es besteht die ernste Sorge, dass das Wiener Fortbildungsschulwesen in seiner weiteren Entwicklung ein Fiasko erleiden wird, das in seinen Auswirkungen sowohl den Gewerbestand, als auch den gewerblichen Nachwuchs treffen wird. Die Anzeichen dafür mehren sich schon bedenklich, was auch darin zum Ausdruck kommt, dass Meister keine Lehrlinge mehr aufnehmen wollen. Schliesslich verlangt Abg. Kunschak, das mit dem System der Mammutschulen gebrochen werden möge, da kleinere Schulgebäude viel vorteilhafter sind. Er erklärt, dass seine Fraktion unmöglich in der Lage ist, für den Voranschlag und Rechnungsabschluss zu stimmen. (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort führt Abg. Täubler in Erwiderung auf die verschiedenen Vorwürfe aus, dass die Ursache des grossen Aufwandes in der umfangreichen Ausgestaltung der Lehrwerkstätten zu suchen ist. Hinsichtlich der Verteilung des Kleinen Blattes stellt er neuerlich fest, dass einige Exemplare ohne Duldung der Lehrerschaft in wenige Klassen gekommen sind. Auf den Vorwurf dass er in seiner Person den Obmannstellvertreter und Amtsdirektor zugleich vereine, erklärt der Referent, dass der seinerzeitige Amtsdirektor Rummelhardt viele Akte mit der Stampiglie des damaligen Obmannes Hess gezeichnet hat. (Abg. Rummelhardt: Das ist eine infame Lüge - Abg. Täubler : Ich kann es Ihnen beweisen - Präsident Dr. Danneberg: Ich rufe den Herrn Abg. Rummelhardt zur Ordnung.) Der Referent stellt sodann fest, dass der gegenwärtige Obmann des Fortbildungsschulrates Nationalrat Volkert ein vorbildlicher Obmann ist, der seine ganzen Dienste dem Fortbildungsschulwesen widmet. Bezüglich des beanstandeten Buches von Flaubets sagt Abg. Täubler, dass es seinerzeit nicht überprüft worden sei. Es wurde aber dann sofort zurückgezogen. (Beifall bei der Mehrheit).

Nach tatsächlichen Berichtigungen der Abg. Rummelhardt und Kunschak werden dann der Rechnungsabschluss und der Voranschlag genehmigt.

Schluss der Sitzung 19'45 Uhr.

Wien, am Freitag, den 8. Februar 1929. Dritte Ausgabe

## W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 8. Februar 1929.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um . 19'45 Uhr.

Es liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor und zwar ein Dringlichkeitsantrag des G.R. Biber und Genossen, mit welchem beantragt wird, den amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe II zu beauftragen in der Landesregierung eine Gesetzesvorlage über die Verlängerung der Wirksamkeit des Gesetzes vom 18. März 1927 betreffend die zeitliche Befreiung von der Wohnbausteuer aus dem Titel der Bauführung unverzüglich einzubringen. In dem Dringlichkeitsantrag wird darauf hingewiesen, dass das Gesetz vom 18. März 1927 am 31. Dezember des Vorjahres erloschen ist. Und dass die im Gesetz gewährte dreissigjährige Befreiung von der Wohnbausteuer die Bautätigkeit Wiens günstig beeinflusst hat. Trotz seinerzeitiger Urgenz und trotz der Erklärung des Referenten dass die Erneuerung des Gesetzes beschlossen werden wird, ist bis heute nichts geschehen. Es soll sogar beim Finanzreferenten die Absicht bestehen, die Erneuerung des Gesetzes von der Erledigung des Mieten- und Wohnbauförderungsgesetzes im Parlament abhängig zu machen. Dies würde eine ganz unverständliche Schädigung des Wiener Wirtschaftslebens, insbesondere aber der Wiener Bauarbeiterschaft bedeuten. Wenn das Gesetz erst wesentlich später in Krafttritt, kommt ihm eine merklich günstige Einflussnahme auf dem Wiener Bauparkt für das Jahr 1929 überhaupt nicht mehr zu, da für die Steuerbefreiung der Nachweis der tatsächlichen Benützung erbracht werden muss. Eine Verquickung mit dem Mieten- und Wohnbauförderungsgesetz des Bundes ist auch sachlich in keiner Weise begründet, da es geradezu widersinnig wäre die durch den Bund mit den grössten Mitteln angestrebte Belebung des Bauparktes durch das Bauen hemmende Verfügungen des Landes Wien zum Teil aufzuheben statt sie kräftig zu fördern. Auch beschränkt sich die Wohnbausteuerbefreiung des urgierten Gesetzes auf Bauten, die ausschliesslich aus privaten Mitteln hergestellt werden, welche Art von Bauverhaben durch das Bundeswohnbauförderungsgesetz in keiner Weise berührt wird, so dass die Bezugnahme auf dieses Gesetz auch aus diesem Grund nicht verständlich ist.

Der zweite Dringlichkeitsantrag vom Gemeinderat Zimmerl und Genossen eingebracht weist darauf hin, dass in letzten Zeit festgestellt wurde, dass Ansuchen von Gewerbetreibenden um Pauschalierung der Nahrungs- und Genussmittel-

abgabe den Fachgruppen im Verbände der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden zur Begutachtung übergeben werden sind. Wenn zur Behandlung von Ansuchen in Steuerangelegenheiten eine Aeusserung von Fachleuten erforderlich oder wünschenswert ist, so sieht das Gesetz das Einvernehmen mit den einschlägigen Gewerbevereinigungen vor. Die Inanspruchnahme einer rein parteimässigen Organisation stellt sich daher als ein grober Missbrauch dar, der sofort untersucht und abgestellt werden muss. Es wird deshalb ein Dringlichkeitsantrag gestellt, der den Gemeinderat auffordert zu beschliessen, dass der Finanzreferent beauftragt wird, aus der Mitte des Finanzausschusses nach dem Verhältnisswahlrecht einen Unterausschuss wählen zu lassen, der die Vorgangsweise des Magistrates bei der Erledigung von Ansuchen um Pauschalierung oder Herabsetzung der Mahrung oder Genussmittelabgabe sowie um Ausreihung aus der Abgabepflicht zu untersuchen hat. Nach den Bestimmungen der Verfassung, beziehungsweise der Dienstordnung soll gegen Personen, die an obenerwähnten Missbräuchen schuldtragend sind, mit aller Strenge vorgegangen werden.

Die beiden Anträge werden am Schluss der Sitzung beraten werden.

Von der Tagesordnung werden ohne Debatte Subventionen an die Wiener Graphische Gesellschaft (tausend S), an das Erste Oeffentliche Kinderkrankeninstitut in Wien (dreitausend S), für den Verein Charité (Fünfhundert S), für den Oesterreichischen Bildspielbund (tausend S), für die Gesellschaft zur Förderung des Verbrauches von Milch (viertausend S), für das Museum für Volkskunde (viertausend S), für die Gesellschaft der Musikfreunde (5000 S), für die Gesellschaft der Kunstgewerbeschule (2000 S), für das Labor-Grabenkralkomitee (500 S), für die Freiwillige Feuerwehr Josefsdorf (2000 S), für die fachliche Fortbildungsschule des Gremiums der Hoteliers (4000 S) und für die Arbeitsgemeinschaft "Kauft österreichische Waren" (5000 S). Ebenso wird das Uebereinkommen über die Durchführung des Siedlungsbauprogrammes 1929 mit der G. S. b. ohne Debatte genehmigt.

GR. Schneider berichtet über den Neubau eines Kanals in der verlängerten Gasenleithnergasse. Die Kosten betragen 47.000 Schilling.

St. R. Rummelhardt (E. L.) begrüsst den Bau dieses Kanals es müsse aber in diesem Zusammenhang darauf hinge-

wiesen worden, dass die Hauptunratskanäle in den Dienst der Schneesäuberung gestellt werden müssten. Die Schneemassen die im höchsten Grad das Bild der Stadt verunzieren, unhygienisch und gefährlich sind, müssen endlich weggeräumt werden. Der Zustand wie er heute in Wien besteht erinnert an die elendsten Dörfer. Hunderte und Abhunderte Arbeitslose haben sich für die Schneesäuberung angeboten. Es geschieht aber nichts. Dass die Schneemassen solange liegen bleiben, ist ein Skandal.

GR. Hiess : Wir halten es hier mit Lueger!

ST. r. Rummelhardt: Unter Lueger hat es das nicht gegeben, dass die Schneemassen wochenlang nicht weggeräumt worden sind. Aber selbst wenn das der Fall wäre so haben Sie ja versprochen, dass es besser werden wird, tatsächlich ist es zehnmal schlechter geworden (GR. Hiess: Es ist zwanzigmal besser geworden!) in den äusseren Bezirken ist es geradezu gefährlich auf die Strasse zu gehen (Beifall bei der E. L.)

GR. Schneider erwidert, dass die Gemeinde heuer bereits für die Schneesäuberung einen Betrag von drei Millionen Schilling ausgegeben hat und wirklich alles getah hat, was notwendig war. Die Gemeinde hat dafür gesorgt, dass der Verkehr unbehindert vor sich gehen kann.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Vizebürgermeister Emmerlin referiert über den Arbeitsvertrag und die Dienstordnung für den städtischen Autobusbetrieb. Er weist darauf hin, dass die bisher betriebenen Autobuslinien im Betrieb der Strassenbahn geführt werden und dass daher für ihre Angestellten die Dienstordnungen und Arbeitsverträge der Strassenbahnen Geltung haben. Die beiden neuen Autobuslinien **Reumannplatz-Volksgarten** und **Westbahnhof-Praterstern** werden mit einem neuen Personal betrieben werden, das nicht der Dienstordnung und dem Arbeitsvertrag der Strassenbahnbediensteten unterstellt wird und für das der vorliegende Arbeitsvertrag und die vorliegende Dienstordnung beschlossen werden soll. Werden diese beiden Vorlagen vom Gemeinderat beschlossen, so wird der Betrieb auf den genannten zwei Linien bereits Montag früh aufgenommen werden. Die hauptsächlichsten Bestimmungen des neuen Arbeitsvertrages lehnen sich an den für die Strassenbahnbediensteten an. Einige Änderungen wurden mit dem Leistungsprinzip getroffen. Es wurde ein Kilometergeld von einem Groschen eingeführt, der höchste Betrag darf aber 25 Schilling im Monat nicht übersteigen. Im Vertrag sind nicht nur alle gesetzlichen Vorschriften angewendet, sondern auch im Rahmen der gebotenen Sparsamkeit weitgehende Zugeständnisse an die Bediensteten gemacht worden (Beifall).

GR. Lehninger (E.L.) erklärt, dass die Autobuslinien keine Konkurrenz für die Strassenbahn bedeuten, weil der Tarif viel zu teuer ist und die zwei Linien keine Rolle im Verkehr der Grosstadt spielen. Eine Verbesserung des Verkehrs kann also nicht erhofft werden. Die Bevölkerung wünscht eine andere Verkehrsverbesserung, damit einmal die Verkehrsmissäre aus der Welt geschafft wird. Der Vertrag, der heute beschlossen werden soll bringt in kasser Weise zutage, dass die Gemeindevertretung die Bediensteten ausbeutet. Kein anderer Unternehmer würde es wagen, einen solchen Vertrag vorzulegen. Die Ruhepausen sind beschnitten worden. Die "Unterbrecher" wurden vermehrt. Als früher dreimal in vierzehn Tagen "Unterbrecher" eingeschoben worden sind, da haben die Gemeinderäte Skaret und Winarsky in diesem Saal dagegen gewottert. Dieser Vertrag sieht nicht weniger als sechs "Unterbrecher" in vierzehn Tagen vor. Es ist eine Rationalisierung, die nur auf den Rücken der Arbeiterschaft durchgeführt wird. Es gibt keine bezahlten Arbeitspausen mehr. Die Urlaube werden kommandiert, so dass auch im Jänner der Arbeiter auf Urlaub geschickt werden kann. Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass dieser Vertrag nur Pflichten für die Arbeiter, aber keine Rechte enthält. Nicht einmal das Definitivum ist ihnen gesichert. Niemals wird die Minderheit diesem Vertrag zustimmen (Beifall bei der Minderheit).

GR. Gschladt (E.L.) bemängelt, dass die Arbeitsvermittlung auf Grund dieses Vertrages dem freien Gewerkschaftsverband übertragen wird. Es handelt sich hier ausschliesslich um die Aufnahme von Hilfsarbeitern, die besser durch die eigene Arbeitsvermittlung der Gemeinde aufgenommen werden könnten. Der Vertrag enthält auch die Bestimmung, dass während seiner Giltigkeitsdauer ein Streik, Boykott oder Aussperrung nicht gestattet sind. Die Facharbeiter werden gegenüber den Hilfsarbeitern bei der Entlohnung stark verkürzt. Der Vertrag macht jeden Kapitalisten aber nicht der sozialistischen Gemeindevertretung Ehre. Sie haben damit ein Dokument der Unfähigkeit zur Schaffung moderner Verkehrsverhältnisse in der Grosstadt und der Arbeiterfeindlichkeit der Sozialdemokratie vorgelegt. Sie können nicht verlangen, dass wir dafür stimmen. (Beifall bei der Minderheit).

Vizebgm. Emmerling entgegnet, dass Vergleiche mit der früheren Zeit hinken, weil es damals den Pferdebetrieb gegeben hat, während heute man die Verhältnisse beim Autobusbetrieb berücksichtigen muss. Es bekommt jeder Angestellter das Definitivum, wenn er die Eignung und Befähigung besitzt. Nur auf Grund dieser Feststellung wird entschieden. Es kann also niemand behaupten, dass die Bediensteten des Autobusbetriebes nicht definitive Angestellte werden können. Es wurden auch die Bestimmungen über den Urlaub be-

mängelt. Dazu ist festzustellen, dass in den ersten Ansätzen gegenüber den Strassenbahnen Verbesserungen festzustellen sind. Auf den Vorwurf, dass die Gemeinde nur mit einer Gewerkschaft verhandle, erwidert der Referent, dass auf einem Gemeinderatsbeschluss man sich beziehen müsse, der verlangt, dass immer mit der Mehrheit verhandelt werde, die im Personal vorhanden ist. Hinsichtlich der Streikklausel sei zu sagen, dass es selbstverständlich ist, dass Forderungen im Vertrage durch Aussprachen erzielt werden. Wenn wir uns dazu verpflichten, so verlangen wir auch dasselbe von den Angestellten. Was die Bestimmung über die Feiertage anlangt, lehnt sich der Vertrag an die Bestimmungen des Bundes für die Bundesbahnen an. Der Vertrag zeigt, schliesslich und endlich, welches grosse Verständnis die Anforderungen eines neuen Betriebes gefunden haben und dass es kaufmännisch ganz falsch gewesen wäre, sich bei der Erstellung des Vertrages an alte Verträge anzulehnen. (Beifall bei der Mehrheit).

Der Arbeitsvertrag und die Dienstordnung für die Angestellten des städtischen Autobusbetriebes werden sodann genehmigt.

Es kommt nun der Dringlichkeitsantrag Biber zur Verhandlung.

GR. Biber begründet die Dringlichkeit, in dem er feststellt, dass jedwede Störung der ohnehin geringen privaten Bautätigkeit unbedingt vermieden werden muss. Das Wohnbausteuerbegünstigungsgesetz ist am 31. Dezember 1928 abgelaufen. In Hinblick darauf, dass jedes Bauvorhaben kostspielige und zeitraubende Verarbeiten bedingt, ist die Dringlichkeit des Antrages gegeben, da die Kalkulation hinsichtlich der Befreiung von der Wohnbausteuer für ein Bauvorhaben eine der wichtigsten finanziellen Grundlagen ist. (Beifall bei der Mehrheit).

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt, worauf der Antragsteller den Antrag begründet. Er führt aus, dass das allergrösste Interesse an der Wiederholung des Wohnbausteuerbefreiungsgesetzes nicht nur die kleinen Baubetriebe haben, die bei der Vergabung von Gemeindebauten nicht berücksichtigt werden, sondern auch die Bauarbeiter, die bei entsprechender Beschäftigung dieser kleinen Baubetriebe ebenfalls ihr entsprechendes Auskommen finden. Es wäre eine Katastrophe, wenn die Gesetzgebung des Landes schuld daran sei, dass das Gesetz neuerlich nicht rechtzeitig zustande kommt. Das abgelaufene Gesetz hat sich wohltuend ausgewirkt und in der Budgetdebatte wurde seitens der Mehrheit die Erklärung abgegeben, dass es zu einer Neuordnung des Gesetzes kommen wird. (Beifall bei der Mehrheit),

Zu dem Antrag erklärt St.R. Breitner, dass sich die Mehrheit in der Budgetdebatte grundsätzlich bereit erklärt hat, eine diesbezügliche Steuerbegünstigung für Neubauten, die nach dem 1. Jänner 1929 erbaut wurden, eintreten zu lassen. Es wurde aber auch festgestellt, dass das ungewöhnliche Ausmass von 30 Jahren nicht mehr möglich sein werde. Der Redner verweist dabei auf ein diesbezügliches Gesetz des Landes Vorarlberg, das dieses Ausmass wesentlich herabgesetzt hat. Nunmehr aber hat sich die Situation geändert, so dass gegenwärtig ein Beschluss über die Befreiung der Wohnbausteuer aus dem Titel der Bauführung nicht möglich ist. Im Jänner hat die Bundesregierung den Gesetzentwurf über die Wohnbauförderung eingebracht, in dem den Ländern aufgelegt wird, zwangsläufig eine dreissigjährige Steuerbegünstigung eintreten zu lassen. Dagegen wurden viele Bedenken erhoben, die auch vom Finanzminister anerkannt worden sind. Wir stehen daher vor ungeklärten Tatsachen, weshalb gegenwärtig der Wiener Landtag kein Steuerbegünstigungsgesetz beschliessen kann. Vorerst muss der Nationalrat seine Entscheidung treffen. Sobald dies geschehen ist, wird die Mehrheit des Hauses gerne auf seine seinerzeit <sup>geäusserte</sup> /grundsätzliche Bereitwilligkeit, eine Steuerbegünstigung für private Neubauten eintreten zu lassen, zurückkommen. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Kunschak (E.L.) bemerkt zu den Ausführungen des St.R.

Breitner, die Regierung habe ein Wohnbauprogramm für den ganzen Bund erstellt und es kann angenommen werden, dass kaum mehr als die Hälfte der Wohnungen im Verlauf von drei Jahren zu bauenden 36.000 Wohnungen auf Wiener Boden errichtet werden können, so dass für die Gemeinde die Rücksichtnahme auf das ganze Programm der Regierung überhaupt nicht in Betracht kommen kann, sondern höchstens die Rücksichtnahme auf einen geringen Bruchteil dieses Programmes. Das kann uns aber nicht hindern für die private Bautätigkeit, von der wir wünschen, dass sie sich recht umfänglich entfaltet, in der nächsten Zeit Vorsorge zutreffen. Vorsichtshalber könnte die Beschränkung gemacht werden, dass nur solche Neubauten begünstigt werden, die nicht unter das Wohnbauprogramm der Regierung fallen. Wenn man aber gar nicht weiss, was vom Bund und von der Gemeinde zu erwarten ist, würde ein Vakuum in der privaten Bautätigkeit eintreten und das muss verhindert werden. Es könnten alle möglichen Kautelen, auch im Bezug auf das Ausmass der Steuerbefreiung, getroffen werden, aber wenn wir überhaupt kein Gesetz beschliessen, tragen wir die Verantwortung dafür, wenn nicht gebaut wird. Wir würden also den St. d. Rat Breitner bitten, seinen Standpunkt zu revidieren. Dem Wunsch des St.R. Breitner, der Nationalrat möge das Gesetz

rasch erledigen schliesse ich mich an und ich wäre glücklich, wenn ich seinen Wunsch als eine Willensmeinung seiner Partei auch im Nationalrat auffassen könnte, aber Stadtrat Breitner hat hier sicher nicht im Namen seiner Partei sondern rein persönlich gesprochen. (Lobhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Dr. Danneberg, bemerkt, Gemeinderat Kunschak habe Stadtrat Breitner einigermaßen missverstanden. Wir Sozialdemokraten haben im Nationalrat beantragt, den Abschnitt Wohnbauförderung im Gesetzentwurf des Berichtserstatters von dem Abschnitt Mieterschutz zu trennen. Wenn Stadtrat Kunschak bereit ist für diesen Antrag einzutreten, wird eine rasche Erledigung des Wohnbauförderungsgesetzes möglich sein. Das hängt also nicht so sehr von uns, in der Hauptsache vielmehr von seiner Partei ab. Es ist gewiss richtig, dass ein Unterschied zwischen Steuerbefreiungen für <sup>die</sup> rein private und gar nicht subventionierte Bautätigkeit und jener gemischten Bautätigkeit besteht, die das Bundesgesetz vorgesehen will. Aber beides hängt steuerrechtlich stark zusammen. Würden wir etwa für die rein private Bautätigkeit nicht eine Steuerbefreiung von dreissig sondern nur von 10 oder 15 Jahren beschliessen, und würde das Bundesgesetz zustande kommen, so wird die gemischte Bautätigkeit, die eine Steuerbefreiung weniger verdient besser drausskommen als die rein private Bautätigkeit. Wir wären dann gezwungen unser Gesetz neuerdings zu ändern, was aber sehr bedenklich ist, da wir damit auf diesem sehr heiklen Gebiet gewisse Rechtsunsicherheit schaffen würden. Auch wir würden wünschen, dass das Gesetz gemacht wird aber jetzt ist der ungeeignetste Zeitpunkt dazu, da die Sachlage nicht geklärt ist. Die Frage ist überhaupt, warum der Bund den Ländern durch Bedingungen in dieser Beziehung eine bestimmte Steuergesetzgebung vorschreibt. Dagegen <sup>sind</sup> nicht nur von uns Sozialdemokraten sondern auch seitens der Mehrheitsparteien im Unterausschuss Bedenken erhoben worden und die Regierung hat selbst erklärt, dass <sup>sie</sup> die dreissigjährige Steuerfreiheit nicht unter allen Umständen festhalten wolle. Die Frage wird in einem kurzen Termin geklärt sein und bis die Frage geklärt ist, wird man mit aller Beschleunigung ein solches Gesetz machen können. Ausserdem hängt die ganze Frage auch damit zusammen, welche Prognose man den Mieterschätz stellt. Wenn man an einen Abbau des Mieterschutzes denkt, so wäre, weil dann die Differenz zwischen den alten und neuen Mietzinsen nicht mehr so gross sein wird, die Frage der Steuerfreiheit für neue Wohnungen anders zu be-

handeln, als wenn man an den Mieterschutz starr festhält. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

GR. Kunschak (E.L.) bemerkt, nach den Ausführungen des GR. Danneberg müsse er mit sich kämpfen, um noch an dem guten Willen der Mehrheit zu glauben. Mit einem Gesetz prejudizieren wir in keiner Weise unserer Stellungnahme zu den Bauten die durch das Bauförderungsgesetz der Regierung begünstigt worden sollen. Allerdings wäre an eine Steuerbegünstigung von 10 oder 15 Jahren, von der GR. Dr. Danneberg gesprochen hat, nicht zu denken, unter 20 Jahre Steuerfreiheit könnte nicht hinuntergegangen werden. Selbst wenn sich aber ein Widerspruch zwischen unserem Gesetz und dem Bundesgesetz ergibt, könnte dann einfach novelliert werden und gerade bei einem Mitglied des Nationalrates ist eine solche Scheu vor Novellierungen nicht zu verstehen. Durch ein Interimsgesetz müsste man den Wünschen und Hoffnungen der Gewerbetreibenden entgegenkommen unbekümmert um das Gesetz das vom Nationalrat geschaffen werden soll (Beifall bei der E.L.)

Der Antrag wird abgelehnt.

GR. Zimmerl begründet nun den zweiten Dringlichkeitsantrag. Er verweist darauf, dass er schon im Jahre 1927 festgestellt hat, dass die Politisierung der Verwaltung auch vor dem Steuerreferat nicht Halt macht. Der Finanzreferent hat erklärt, dies sei unrichtig. Heute kann nur in einem konkreten Fall nachgewiesen werden, dass meine Behauptung zutrifft. Eine Zuckerwarenverschleisserin im Fähring hat um Ermässigung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe angesucht. Sie hat darauf von der Fachgruppe der sozialdemokratischen Zuckerbäcker ein Formular bekommen, in dem ihr mitgeteilt wird, dass ihr Ansuchen von der Magistratsabteilung 5 der Fachgruppe zur Begutachtung übermittelt wurde. Die Frau wurde mit diesem Formular in das Vereinslokal dieser sozialdemokratischen Fachgruppe gestellt. Hier liegt ein offenkundiger Missbrauch der Amtsgewalt vor, der aufgeklärt werden muss.

Dem Antrag wird die dringliche Behandlung zuerkannt und GR. Zimmerl verlangt die im Antrage enthaltene Einsetzung des Unterausschusses und die strengste Bestrafung der schuldtragenden Personen.

ST. R. Breitner erklärt, dass das Gesetz über die Nahrungs- und Genussmittelabgabe dem freien Ermessen des Magistrates einen weiten Spielraum gewährt. Es sieht Sätze von einem halben bis 15 Prozent vor. Die Handhabung ist sehr schwierig, weshalb die Bestimmung besteht, dass die Genossenschaften zur Begutachtung herangezogen werden sollen. Das ist ausnahmslos geschehen.

Es muss aber festgestellt werden—und ich habe dies hier wiederholt getan—dass diese Mitwirkung der Genossenschaften nicht immer klaglos vor sich gegangen ist. Der Magistrat hat auf seine Anfrage von vielen Genossenschaften die Äusserung bekommen, dass man überhaupt gegen die Abgabe ist. Damit wollte man diese Steuer zu Fall bringen. Es war begreiflich, dass man sich an andere Gruppen gewendet hat um Gutachten zu bekommen. Dem Magistrat war es erwünscht, dass sich solche Körperschaften gemeldet haben. Selbstverständlich wurde immer getrachtet, es dahin zu bringen, dass die Genossenschaften funktionieren. Bei den wichtigsten Genossenschaften—Kaffeeseidern und Gastwirten—ist dies auch gelungen. Schon im August 1928 konnte ich die Weisung geben, dass die Fachvereine dieser beiden Berufe nicht mehr als Gutachter heranzuziehen sind. Es besteht jetzt in der Genossenschaft der Gastwirte ein Sechskomitee, das allwöchentlich im Rathaus zusammentritt und die Gutachten erstattet. In gewissen Uebergangsfristen waren wir auf solche Äusserungen von Fachvereinen angewiesen. Besonders schwierig ist es bei den Lebensmittelhändlern, den Delikatessenhändlern und Zuckerwarenverschleissern. Dort gibt es keine einheitlichen Genossenschaften. Die protokollierten Firmen sind separiert, für die nichtprotokollierten gibt es 3 Genossenschaften, die nach Territorien gegliedert sind. Das hat dazu geführt, dass neben diesen Körperschaften, die gefragt worden sind, wir auch andere Korporationen zur Erstattung von Gutachten aufgefordert haben. Darunter sind sowohl bürgerliche als auch Sozialdemokratische. Die Behauptung, dass wir damit den sozialdemokratischen Vereinen Zutreiberdienste leisten wollen, ist ganz falsch, weil niemand wegen seiner Zugehörigkeit zu einem solchen Verein von der Steuer befreit wird. Wir haben hier absolut nichts unkorrektes getan. Die Steuerbemessung erfolgt in vollkommen unparteiischer Weise (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Zimmerl (E.L.) erklärt, dass erst nachgewiesen werden muss, ob in dem von ihm angeführten Fall auch die bürgerliche Organisation gefragt wurde. Die Dinge liegen so, dass man hier von einem Amtsmissbrauch für parteipolitische Zwecke reden kann. Wenn die Mehrheit den Vorwurf entkräften will, dann muss sie den Antrag annehmen.

St. R. Kunschak verlangt die Auszählung bei der Abstimmung. Es wird festgestellt, dass für den Antrag 53 und gegen den Antrag 61 Mitglieder des Gemeinderates gestimmt haben. Der Antrag ist abgelehnt und die Sitzung wird um viertel 11 Uhr nachts geschlossen.

-----

Wien, am Samstag, den 9. Februar 1929

.....  
Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt der Wiener Stadtsenat am Dienstag um 10 Uhr vormittags zusammen. Der Wiener Gemeinderat wurde nicht einberufen.

.....  
Eröffnung des Reservospitals für Grippekranken. In den letzten Tagen hat die Zahl der Grippeerkrankungen in Wien eine nicht unbedeutende Steigerung erfahren. Diese hat es notwendig gemacht, die in den Wiener Spitälern bereits vorhandenen Grippebetten durch die Eröffnung des städtischen Reservospitals in Moidling zu vermehren. Das Gesundheitsamt der Stadt Wien wird nunmehr von übermorgen Montag an grippekranken Frauen auch dem Reservosital zuweisen. Es ist wohl zu erwarten, dass mit der Vermehrung der Frauenbetten um rund 150, die das Reservosital Belag hat, bis auf weiteres das Auslangen gefunden werden kann. Der Charakter der Grippe hat sich bisher nicht geändert. Die Grippeerkrankungen sind nach wie vor sehr leichter Natur.

.....  
Verschärfung der Wassernot. Der Wasserverbrauch und Wasserzufluss am Freitag sind gegenüber Donnerstag unverändert geblieben. Da der Verbrauch 265.000 und der Zufluss nur 250.000 Kubikmeter betragen, sind die Vorräte in den Wasserbehältern um rund 15.000 Kubikmeter tiefer gesunken. Der gesamte Wasservorrat beträgt 120.000 Kubikmeter, von denen nur mehr rund 40.000 Kubikmeter ausnützlich sind. Diese wesentliche Verschärfung der Wassernot ist darauf zurückzuführen, dass die Bevölkerung den Ernst der Verhältnisse noch immer nicht voll erfasst hat und sich nach wie vor keinerlei Beschränkung im Wasserverbrauch auferlegt. So konnte heute durch die Wasserverbrauchskontrolle festgestellt werden, dass in zahlreichen Häusern die zur Einschränkung des Wasserverbrauches erlassenen Vorschriften rücksichtslos übertreten werden. In allen diesen beanstandeten Fällen wurde selbstverständlich die Strafamtshandlung eingeleitet und ausserdem die sofortige Sperrung der Stockwerksleitungen durchgeführt. Infolge der vielen Beanstandungen beabsichtigt der Magistrat, von morgen Sonntag an die Kontrolle wesentlich schärfer zu handhaben, um zu versuchen, auf diese Weise die äusserst kritische Lage der Trinkwasserversorgung Wiens wenigstens teilweise zu mildern.

.....

Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Die Kanalräumungsgebühren für Februar sind unverändert geblieben. Sie betragen das Dreissigfache des Monatszinses für August 1914, beziehungsweise des Monatszinses, der der Bemessung der Wohnbausteuer zugrunde gelegt worden ist.

-----

Landeshauptmann a. D. Albert Sever Bürger der Stadt Wien. Wie schon gemeldet, hat der Wiener Gemeinderat den Landeshauptmann a. D. Nationalrat Albert Sever anlässlich seines 60. Geburtstages in Würdigung seiner besonderen Verdienste um die Wiener Arbeiterschaft und um die Stadt Wien zum Bürger ernannt. Bürgermeister Seitz wird am Donnerstag um 12 Uhr mittags im Rathaus Nationalrat Sever das Bürgerdiplom feierlich überreichen.

-----

Eröffnung von zwei neuen Autobuslinien. Uebermorgen Montag wird der Verkehr auf den zwei neuen Autobuslinien Praterstern-Michaelerplatz-Westbahnhof und Amalienbad-Michaelerplatz-Volkoper aufgenommen. Die Autobusse verkehren an Werktagen von 7'30 Uhr bis 19'30 Uhr in Intervallen von vier bis sechs Minuten. Der Fahrpreis beträgt je nach der Zahl der durchfahrenen Teilstrecken zwanzig, dreissig, vierzig und fünfzig Groschen. Sämtliche Fahrscheine berechtigen zum einmaligen Umsteigen auf den Autobus. Der Fünziggroschen-fahrschein berechtigt überdies noch zum Umsteigen auf die Strassenbahn oder Stadtbahn. Innerhalb des vom Ring und Kai umschlossenen Gebietes der Inneren Stadt werden wie bisher auch Fahrscheine für eine Teilstrecke zu zehn Groschen ausgegeben. Ein Umsteigen von der Strassenbahn oder Stadtbahn auf den Autobus ist nicht zulässig.

-----

Wohnung und Städtebau. In der Ausstellung "Wohnung und Städtebau", I., Parkring 12 spricht morgen, Sonntag um 11 Uhr vormittags Assistent Dr. Schniegger bei freiem Eintritt über "Stadtentwicklung".

-----

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses spricht morgen Sonntag um 10'30 Uhr vormittags Redakteur Ausch über "Probleme der Rationalisierung". Freier Eintritt.

-----

Wien, am Montag, den 11. Februar 1929

Der Käufer eines Autos haftet für die von früherem Besitzer nicht bezahlte Autosteuer. In zwei aufeinanderfolgenden Entscheidungen des Verwaltungsgewichtshofes ist festgestellt worden, dass sich bei Erwerb von Personenkraftwagen durch Zuschlag bei einer Versteigerung der Käufer für rückständige Kraftwagenabgabe aufzukommen hat. Da jeder Erwerber eines Kraftwagens für die Abgabenrückstände aller Vorbesitzer persönlich haftet ohne Rücksicht, ob der Wagen durch Kauf, Tausch oder Zuschlag bei einer öffentlichen Versteigerung erworben wurde, empfiehlt es sich, vor der Erwerbung eines nicht fabriksneuen Personenkraftwagens bei der Magistratsabteilung 5, Kraftwagenabgabe, I., Neues Rathaus, anzufragen, ob Abgabenrückstände vorhanden sind. Die Magistratsabteilung 5 ist angewiesen, über Gesuche unter Vorlage des Typenprüfungszeugnisses eine schriftliche Auskunft darüber zu erteilen, ob Abgabenrückstände vorhanden sind.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit werden in der Inneren Stadt die Postgasse, Bäckerstrasse, Lugock, die Köllnerhofgasse, Grashofgasse, Sonnenfelsgasse, Essiggasse, der Universitätsplatz, die Schönlaternergasse, Jesuitengasse, Barbaragasse, Prodigergasse, Auwinkel, die Dominikanerbastei, die Wiesingergasse, der Tiefe Graben und Am Gestade mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet.

Jubilare der Ehe. Dieser Tage feierten die Ehepaare Georg und Marie Benhelzer, Johann und Rosalie Edlinger, Anton und Theresia Filippi, Leopold und Eleonore Fritz, Konrad und Marie Groiss, August und Anna Guthoil, Johann und Marie Hansa, Josef und Marie Kadlec, Josef und Marie Kratochwill, Adolf und Josefa Moloun, Othmar und Agnes Nitsch, Franzel und Barbara Schuh und Wilhelm und Johanna Songl ihre goldene Hochzeit. In Stellvertretung des Bürgermeisters überreicht ihnen amtsführender Stadtrat Linder zu ihrer Jubelfeier die Ehrengabe der Stadt Wien.

Bezirksvertretung Wieden. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Wieden findet am Dienstag, den 19. Februar, um 16:30 Uhr im Sitzungssaal des Gemeindefausthauses statt.

Verlängerung der Russlandhaftung der Gemeinde Wien. Am 21. Oktober 1927 hat der Wiener Gemeinderat den grundsätzlichen Beschluss gefasst für den Fakturbetrag von hundert Millionen Schilling in Gold die Haftung für Exportgeschäfte nach Russland, die von Wiener Industriellen getätigt worden, zu übernehmen. Am 31. Dezember 1928 ist die Bestellfrist für den ersten Teilbetrag dieser Haftung, der mit sechzig Millionen Schilling beschränkt war, abgelaufen. Bis zu diesem Zeitpunkt sind fünfzig Millionen Schilling Russlandaufträge in die Gemeindegarantie einbezogen worden. Es haben seither sowohl der Oesterreichische Metallarbeiterverband, als auch eine Reihe der grossen Organisationen der Industrie Schritte bei der Gemeinde unternommen, um die volle Ausnützung des ursprünglichen Haftungsbetrages zu ermöglichen. Schon bei den ersten Verhandlungen hat die Gemeinde darauf Wert gelegt, der Industrie ausser dieser Haftung auch die Unterbringung der aus dem Geschäfte stammenden Wechsel zu besonders günstigen Bedingungen zusichern. Zu diesem Zweck wurde damals zwischen und der russischen Handelsvertretung / einem aus den Wiener Grossbanken bestehenden Konsortium / Vereinbarungen getroffen. Es war deshalb notwendig auch diesmal neue Abmachungen zustande zu bringen und die diesbezüglich geführten Verhandlungen haben auch das gewünschte Ergebnis gebracht. Es hat heute im Rathaus die Unterfertigung des Protokolles stattgefunden, dessen wesentlichster Inhalt in folgendem besteht: Für die Ausnützung der noch restlichen zehn Millionen Schilling des ersten Teiles der Haftung endet die Bestellfrist mit 30. Juni 1929, für die restlichen vierzig Millionen Schilling muss die Bestellung bis spätestens 31. Dezember 1929 erfolgt sein. Der äusserste Abwicklungstermin, an dem diese grosse Aktion ihr Ende erreicht und alle Zahlungen erledigt sein müssen, ist der 31. Dezember 1932. Dieser letzte Termin versteht sich aber ausschliesslich für die ganz grossen Bestellungen, oder Gesamtanlagen, während die Endfrist für die sogenannten laufenden Aufträge unverändert mit 31. März 1931 belassen worden ist.

Diese Vorlage wird in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses eingebacht werden und dann sofort im Gemeinderat beraten. Wie aus allen Kundgebungen von Industrie und Gewerkschaften hervorgeht, haben schon die bisherige Aktionen sich als sehr wirksam für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erwiesen. Nach dem von der russischen Handelsvertretung abgegebenen Erklärung, besteht der beste Wille, die volle Möglichkeit dieser Haftung auszunützen, so dass auch für die nächste Zeit mit einer fühlbaren Belebung der Wiener Industrie durch den Russlandexport gerechnet werden kann.

-----

Wien, am Montag, den 11. Februar 1929.

Zweite Ausgabe

---

DIE KÄLTE IN WIEN.

Die Situation in der Wasserversorgung sehr ernst-Vollständige Lähmung der städtischen Bautätigkeit-Schwierigkeiten im Schulbetrieb-Die städtischen Badeschiffe gefährdet-Ueber 400 Ausrückungen der städtischen Feuerwehr.

Die Situation in der Wasserversorgung Wiens ist nach wie vor überaus ernst. Die Wasservorräte konnten trotz aller Bemühungen auch heute nicht auf den gewünschten Stand gebracht werden. Die angeordneten Sparmassnahmen müssen daher auch weiterhin strengsten eingehalten werden. Die eingeleiteten Kontrollen werden fortgesetzt und es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass festgestellte Übertretungen der Magistratskündmachung die Absperrung der Steckwerksleitungen und die strengste Bestrafung der Verantwortlichen zur Folge haben. Die grosse Kälte wirkt sich geradezu katastrophal bei den Hausleitungen aus. Die Anzeigen über Gebrechen an den Wasserleitungseinrichtungen gehen in die Hunderte. Die Hausbesitzer und Hauswarte werden darauf aufmerksam gemacht, dass bei Einfrierung der Hausleitungen das Auftauen derselben Sache der Haushebung ist. Die Interventionen der städtischen Wasserbereitschaft können sich ausschliesslich nur auf jene Fälle beschränken, bei denen durch grösseren Wasserausfluss Bauschäden hervorgerufen werden oder durch Intervention der Wasserbereitschaft ein Unglück verhindert werden kann.

Die städtische Wohnhäuserverwaltung teilt mit, dass die im Jänner zur Vermietung in Aussicht genommenen städtischen Neubauten infolge des Kälteeinbruches nicht vollendet werden konnten. Es handelt sich um die letzten Fertigstellungsarbeiten vor der Bestädung, die durch die grimmige Kälte jedoch verhindert werden. Es ist daher der städtischen Wohnhäuserverwaltung absolut unmöglich, Wohnungen in Neubauten zu vergeben, solange die grosse Kälte die notwendigen Fertigstellungsarbeiten unmöglich macht.

Im Rathaus wurden heute Besprechungen abgehalten, die sich mit den notwendigen Vorkehrungen aus Anlass der grossen Kälte befassten. Es ergeben sich neben der Wassernot als Folge des Kälteeinbruches auch für die Schulverwaltung sehr ernste Schwierigkeiten. So sind in einigen Schulgebäuden infolge der notwendigen starken Belastung der Heizvorrichtungen grössere Schäden zu verzeichnen. Es werden jetzt alle Heizanlagen überprüft. Ebenso wird strenge darauf geachtet, dass die Klosettanlagen in den Schulen nicht einfrieren, um sanitäre

Gefahren zu vermeiden. Der Stadtschulrat erwägt auch eine Verfügung, durch die die Schulkinder von zarter Gesundheit für die Dauer der Kälteperiode vom Schulbesuch befreit werden können. Dadurch soll verhindert werden, dass diese Kinder auf dem Schulweg ihre ohnehin schwächliche Gesundheit gefährden. Zu einem endgültigen Beschluss ist man jedoch bis jetzt noch nicht gekommen, weil die Zahl der gemeldeten Fälle sehr gering ist. Verfügt wurde, dass für die Dauer der abnormalen Kälte alle Lehrausgänge einzustellen sind.

In den städtischen Fürsorgeanstalten, Wärmestuben und so weiter haben sich keinerlei Schwierigkeiten ergeben.

Die städtischen Badeschiffe im Donaukanal und im Kuchelauer Hafen sind von der grossen Kälte insoweit betroffen, dass grosse Gefahr besteht, dass sie eingeeist werden. Die städtische Bäderverwaltung hat zahlreiche Mannschaften aufgeboden die ununterbrochen bemüht sind, eisfreie Wasserrinnen herzustellen, um ein Zerdrücken der Tragrohre der Baderschiffe zu verhindern. Die Strandbäder Gänsehäufel und Alte Donau sind nicht bedroht.

Die infolge der abnormalen Kälte jetzt auftretenden Wasserrohrbrüche verursachen zahlreiche Hilfsaktionen der städtischen Feuerwehr. Ebenso werden jetzt in zahlreichen Fällen die Heizvorrichtungen überbeansprucht und jahrelang nicht benützte Öfen und Kamine geheizt, wodurch Dippelbaumbrände und dergleichen hervorgerufen werden. So wurde in den letzten Tagen die städtische Feuerwehr täglich nicht weniger als vierzig-mal zu Bränden und Hilfsaktionen alarmiert. Während normalerweise in den letzten Jahren im Jänner die städtische Feuerwehr dreihundert Ausrückungen zu verzeichnen hatte, wurde sie im vergangenen Jänner nicht weniger als 800-mal alarmiert. Bei den Löschaktionen haben sich bis jetzt trotz der Gefahr der Vereisung des Wassers keinerlei besonderen Schwierigkeiten ergeben.

#### Tee und Brot für Bedürftige.

Heute abends fand zwischen Vertretern des Ministeriums für soziale Verwaltung des Heeresministeriums, der Polizei und des Wohlfahrtsamtes der Stadt Wien eine Besprechung statt, die zur Aufgabe hatte, aussergewöhnliche Fürsorgemassnahmen für die Dauer der strengen Kälte zu treffen. Es wurde beschlossen, an folgend Aufstellungsplätzen Teeküchen zu errichten:

In der Leopoldstadt: Sterneckplatz und beim Nordwestbahnhof

Auf der Landstrasse: Ecke Schlachthausstrasse und Erdbergerstrasse

In Margareten: am städtischen Heumarkt

In Mariahilf: Loquaiplatz

In Favoriten: Arthaberplatz und Buchsbaumgasse bei der Wärmestube

In Simmering: Kaiser Ebersdorferstrasse bei der alten Simmeringer Kirche

In Meidling: Steinbauerpark und Koppreiterstrasse beim Strassenbahnhof

In Hietzing: Vor dem Baumgartner Kasino

In Rudolfsheim: Kardinal Rauscherplatz und Reindorfgasse Ecke Oelweingasse

In Fünfhaus: Vogelweidplatz

In Ottakring: Bebelplatz und Grundsteingasse Ecke Fröbelgasse

In Hernals: An der Vorortelinie Kreuzung mit der Alszcile

In Döbling: Krottenbachstrasse bei Kreuzung der Vorortelinie

In der Brigittenau: Brigittaplatz und Allerheiligenplatz

In Floridsdorf: Schlingerplatz.

Die Teeküchen werden morgen Dienstag um 9 Uhr vormittags in Betrieb gesetzt. Sie werden von 9 bis 13 Uhr und von 16 Uhr bis 20 Uhr in Tätigkeit sein. Es soll Tee mit Zucker ohne Rum und ein Stück Bröt an jeden einzelnen Bedürftigen unentgeltlich verabreicht werden. Die Ausgabe erfolgt aus Feldküchen durch Heerespersonal. Den Bedürftigen wird empfohlen, wenn möglich ein Trinkgefäss mitzubringen.

-----

Bezirksvertretung Landstrasse. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Landstrasse findet am kommenden Donnerstag um 17 Uhr statt.

-----

Ueberreichung des Ehrenringes der Stadt Wien. Wie schon gemeldet, hat der Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten den Fürsorge- räten Friedrich Foiler, Alois Nesswetha, Karl Blümel und Johann Gstier in Anerkennung ihrer mehr als 25jährigen Tätigkeit auf dem Gebiete des Armenwesens den Ehrenring der Stadt Wien verliehen. Die feierliche Ueberreichung des Ehrenringes findet am kommenden Freitag im Steinernen Saal des Wiener Rathauses um 12 Uhr mittags statt.

-----

Wien, am Dienstag, den 12. Februar 1929

.....  
Der Autobusverkehr bewährt sich. Die zwei neuen Autobuslinien sind zufällig an dem kältesten Tag eröffnet worden und haben die Probe auf ihre Wintertüchtigkeit ausgezeichnet bestanden. Trotz der ungünstigsten Witterung ist der Verkehr glatt abgewickelt worden. Die Wagen waren, wenn auch nicht während des ganzen Tages, so doch zu den starken Verkehrszeiten gut besetzt. Insbesondere wurde die Heizung der beiden Kupees von den Fahrgästen angenehm empfunden.

.....  
Schulbeginn um neun Uhr früh. Mit Rücksicht auf die abnormalen Witterungsverhältnisse hat der Stadtschulrat für Wien heute verfügt, dass mit Ausnahme an den Bürger-, Hauptschulen und mittleren Lehranstalten der normale Unterricht an den Volks- und Sonderschulen von morgen Mittwoch angefangen um 9 Uhr früh beginnt. Kinder, die schon um 8 Uhr früh erscheinen, werden entsprechend beschäftigt. Der Unterricht schliesst wie gewöhnlich. Die Lehrpersonen haben wie sonst in der Schule zu erscheinen. Der Turn- und Schwimmunterricht, Lehrausgänge jeder Art, sowie die Freiluftnachmittage entfallen.

.....  
Ein Schwindler. Durch Anzeigen ist dem Magistrat bekannt geworden, dass bei Parteien, die sich beim Wohnungsamte um eine Wohnung bewerben, ein Mann vorpricht, der unter dem Vorwande, Stempelgebühren anlässlich des Wohnungsansuchens einheben zu müssen, Geldbeträge herauslockt. Der Genannte ist von kleiner Statur, beleibt, trägt dunklen Ulster, hat angeblich englisch gestutzten Schnurrbart und eine Hornbrille. Sein Alter dürfte 40 - 45 Jahre sein. Auf welchem Wege er sich die Adressen von Wohnungssuchenden beschafft, ist nicht bekannt, doch dürfte er diese durch Umfragen bei Hausbesorgern ermittelt haben. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass weder für ein Gesuch und Zuteilung einer Wohnung, noch für eine Vormerkung für eine Wohnung irgendwelche Gebühren zu entrichten sind. Der Mann ist ein Schwindler und bei einem weiteren Betrugsversuch sofort der Polizei zu übergeben.

.....  
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit wird in Rudolfshheim die Selzergasse, Kröllgasse, Illekasse und Wurmsergasse mit der elektrischen Beleuchtung ausgestattet.

.....

Wien, am Dienstag, den 12. Februar 1929.

2. Ausgabe.DIE KÄLTE IN WIEN.Die Quellszuflüsse sinken- Der Betrieb der städtischen Elektrizitätswerke-  
Die offenen Lüftungsklappen in der Strassenbahn.

Wie schon gemeldet, sind die Zuflüsse der beiden Hochquellenleitungen weiter im Sinken begriffen. Der Wasserverbrauch hält sich auf der Höhe der letzten Tage. Um einen weiteren Verlust in den Wasservorräten der Behälter zu vermeiden, müssen daher die angeordneten Sparmassnahmen in voller Masse aufrecht erhalten und die Kontrolle über den Wasserverbrauch in den einzelnen Häusern beibehalten werden. Heute wurden wieder mehr als 1.400 Häuser kontrolliert. Es musste leider auch bei diesen Kontrollen festgestellt werden, dass noch immer zahlreiche Mieter die Sparvorschriften über die Einschränkung des Wasserverbrauches nicht beachten. Die Anzeigen über Einfrieren von Hausleitungen nehmen ständig zu. Heute wurden über 400 Gebrechen angemeldet. Die Wasserbereitschaft, die schon seit einigen Tagen auf das Fünffache ihres Normalstandes verstärkt worden ist, ist Tag und Nacht ununterbrochen beschäftigt, durch Frost beschädigte Leitungen zu sperren, um auf diese Weise die Häuser vor weiteren Schäden durch Ausströmen von Wasser zu bewahren. Für die Auswechslung von eingefrorenen Wassermessern und Hausleitungshauptähnen stehen ausserdem noch 25 Arbeitspartien von je 2 Mann zur Verfügung, die täglich in mehr als 300 Fällen zu intervenieren haben. Die Hausinhabungen werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, dass sie im Sinne der bestehenden gesetzlichen Vorschriften dazu verpflichtet sind, die Wasserleitungseinrichtungen vor Frostbeschädigung rechtzeitig und entsprechend zu schützen. Bei Gebrechen haben sie dafür Sorge zu tragen, dass die sofortige Sperre des Hauswechsels und die Behebung des Leitungsgebrechens raschestens durchgeführt wird.

Die langandauernde Frostperiode und der nunmehr in der Donau gebildete Eisstoss wirken sehr nachteilig auch auf den Betrieb der städtischen Elektrizitätswerke. Die Wasserkraftwerke, die Strom nach Wien liefern, sind infolge des geringen Wasserzulaufes in ihrer Leistung stark zurückgegangen. Es müssen die Dampfkraftwerke den Ausfall ersetzen und trotz der Schwierigkeiten, die durch die mangelhafte Kohlenzufuhr beziehungsweise durch die infolge des Frostes bedingte Minderförderung in Zillingdorfer Bergbau entstanden sind, erhöhte Leistungen vollbringen. Hierzu kommt noch die Frage der Kühlwasserbeschaffung. Für den klaglosen Betrieb eines Dampfkraftwerkes sind ganz be-

deutende Mengen von Kühlwasser notwendig, die dazu dienen, den Dampf nach Verlassen der Dampfturbinen zu kondensieren, damit einerseits die im Dampfe enthaltene Energie bis zum Äussersten ausgenützt wird und andererseits der so kondensierte Dampf als Wasser für die Kesselspeisung verwendet werden kann. So benötigt das Kraftwerk Simmering derzeit sechs bis sieben Kubikmeter, das Kraftwerk Engerthstrasse zwei bis drei und das Kraftwerk Ebenfurth drei Kubikmeter Kühlwasser in der Sekunde. Die beiden Wiener Dampfkraftwerke beziehen Kühlwasser aus der Donau, und zwar das Kraftwerk Simmering aus dem Donaukanal und das Kraftwerk Engerthstrasse aus dem Hauptstrom. Die Aufrechterhaltung des Betriebes der beiden Werke war nun durch die infolge der Frostperiode entstandenen Niederwasserstände ziemlich gefährdet. Nur dadurch, dass vorsichtshalber im verflissenen Herbst beim Nussdorfer Spitz Baggerungen durchgeführt worden sind, um den Zulauf in dem Donaukanal nach Möglichkeit zu sichern, ist erreicht worden, dass der Wasserspiegel im Donaukanal nicht unter jene Höhe gesunken ist, die noch knapp für den Betrieb des Kraftwerkes Simmering notwendig war. Durch Bildung des Eisstosses ist ein derartiger Rückstau im Donaukanal eingetreten, dass die Kühlwasserbeschaffung für dieses Kraftwerk bis auf weiteres vollständig gesichert ist. Das Kraftwerk Engerthstrasse entnimmt sein Kühlwasser dem Donaustrom durch einen Einlauf in der Nähe des alten Kommunalbades. Hier bestand die Gefahr, dass während des Eistreibens die Eisschollen den Einlauf vollständig verlegen. Durch den Einbau eines Eisabweisers ist es gelungen, den Einlauf während des Eisrinnens freizuhalten. Als sich der Eisstoss bildete, wurde wohl der Eisabweiser eingedrückt, doch haben sich die Eismassen infolge des beim Bilden des Eisstosses eingetretenen hohen Wasserstandes in einer solchen Höhe am Ufer festgelegt, dass der Einlauf unterhalb der Eisschollen frei geblieben ist. Es besteht somit für das Kraftwerk Engerthstrasse hinsichtlich der Wasserbeschaffung gegenwärtig keine Gefahr. Wie sich die Verhältnisse sowohl für das Kraftwerk Engerthstrasse, als auch für das Kraftwerk Simmering beim Abgehen des Eisstosses gestalten werden, kann nicht vorausgesehen werden. Das Kraftwerk Ebenfurth bezieht sein Kühlwasser aus dem Leitha-Fischa-Wasserwerkskanal, dessen Wasserführung durch die Vereisung sehr stark zurückgegangen ist. Die Folge davon ist, dass die Leistung dieses Kraftwerkes gestern von 35000 unter Tags auf 5000, in den Abendstunden auf 13000 Kilowatt herabgesetzt werden musste. Dies bedingt naturgemäss eine weitere in Anspruchnahme der Wiener Kraftwerke, die auch soweit gelungen ist, dass bisher die Stromlieferung in vollem Umfange aufrecht erhalten werden konnte.

.....

Die Strassenbahndirektion bekommt jedes Jahr bei Eintritt der kalten Witterung unzählige Beschwerden, weil ein Teil der Lüftungsklappen in den Wagen offen ist. Nun ordnet ein Erlass des Ministeriums für Handel und Verkehr ausdrücklich an, dass auch im Winter einige Lüftungsklappen geöffnet bleiben müssen. Wiederholte Eingaben der Strassenbahndirektion an das Ministerium um Aufhebung dieser Bestimmung an besonders kalten Tagen blieben leider unberücksichtigt. Bei der gegenwärtigen grossen Kälte empfinden die Strassenbahnfahrergäste die offenen Lüftungsklappen besonders unangenehm. Es kommt deshalb zu Auseinandersetzungen mit den Schaffern, denen dadurch der gerade jetzt so harte Dienst noch mehr erschwert wird. Die Strassenbahndirektion hat nun neuerdings beim Ministerium um die Aufhebung dieses Erlasses angesucht und es ist zu hoffen, dass diesem Ansuchen stattgegeben wird.

.....

Hilfemassnahmen für Obdachlose und Bedürftige.

Die grosse Kälte hat schon vor längerer Zeit das Wohlfahrtsamt der Gemeinde Wien veranlasst, die Aufenthaltsdauer der im Obdachlosenheim und in den Wärmestuben schutzsuchenden Menschen über das gewöhnliche Mass zu verlängern. So wurde die Aufenthaltsdauer an diesen Stellen von 4 Uhr nachmittags bis 8 Uhr morgens festgelegt. Die Zeit, in der Obdachlose der Kälte ausgesetzt sind, wurde dadurch auf acht Stunden verringert. Um bei der neuerdings eingetretenen Zunahme der Kälte einen weiteren Kälteschutz zu ermöglichen, wurden alle diese Stellen angewiesen, ihre Schützlinge bis 10 Uhr vormittags und von 3 Uhr nachmittags an zu beherbergen. Eine Mittagspause ist schon deshalb notwendig, weil die Räume gelüftet, gereinigt und wieder hergerichtet werden müssen. Abgesehen davon, sucht ein Grossteil der Besucher dieser Stellen um die Mittagszeit Gelegenheit zur Verköstigungsmöglichkeit und so weiter. Bis heute war es nicht notwendig im Obdachlosenheim auch nur einen Menschen abzuweisen. Durch Aufstellung von Reservebetten ist es gelungen, alle Hilfesuchenden unterzubringen. Auch die aus dem Männerheim Delegierten, die im Obdachlosenheim der Stadt Wien Unterkunft suchten, wurden restlos aufgenommen. Die Direktion der Bundesbahnen hat heute in entgegenkommender Weise der Gemeinde Wien 200 Betten in der Unterkunftsstelle für Auswanderer zur Verfügung gestellt, sodass von morgen an zu den 2400 Betten des Obdachlosenheimes noch weitere 200 hinzukommen. Der morgen beginnende Betrieb in der Laxenburgerstrasse 2 wird demnach geregelt, dass nur Männer in das Auswandererheim zugewiesen werden. Die Zuweisung für das neue Heim in der Laxenburgerstrasse erfolgt im städtischen Obdachlosenheim in der Gänsbacherstrasse. Frauenbetten sind bis heute ebenfalls ausreichend vorhanden. Die Gemeinde hat auch die Holz- und Kohlenaktion insofern vergrössert, als auch jene Budgetpost, die zur Deckung des Heizbetriebes des Jahres 1929 vorgesehen ist, bereits zur Bedeckung der Ausgabe der vermehrten Holz- und Kohlenkarten verwendet wird, sodass eigentlich bereits schon die doppelte Anzahl von Holz- und Kohlenkarten an Bedürftige ausgegeben wurde, wie im vergangenen Jahr. Die Ausgabe der Holz- und Kohlenkarten erfolgt wie immer durch die Fürsorgeinstitute. Es ist nur zu hoffen, dass die Holz- und Kohlenhändler dem Bedürftigen die Scheine einlösen, damit sie Brennmaterial bekommen und dieses in nächster Nähe ihres Wohnortes beziehen können. Die Einlösung der Scheine wird wie in früheren Jahren erfolgen.

Wien, am Mittwoch, den 13. Februar 1929

.....  
Keine Verschlechterung der Wasserversorgung. Die Lage in der Wiener Wasserversorgung hat keine Verschlechterung erfahren, da die Durchführung der eingeleiteten Sparmassnahmen ein weiteres Sinken der Wasservorräte verhindert hat. Dabei fällt besonders ins Gewicht, dass verschiedene Grossabnehmer, insbesondere die Bahnen und einige Grossindustrien, die über eigene Wasserbeschaffungsanlagen verfügen, gegenwärtig nur geringe Mengen aus der Hochquellenleitung beziehen. Auch die gewerblichen Betriebe befleissigen sich über Einschreiten des Magistrates und der zuständigen Gewerkegenossenschaften der grössten Sparsamkeit. In den Häusern kann ebenfalls eine Einschränkung des Wasserverbrauches beobachtet werden; in vielen Häusern verhindert das Einfrieren der Hausleitung überhaupt den Wasserbezug. Der Magistrat sieht daher vorläufig von einer Verschärfung der Sparmassnahmen ab, doch wird der Wasserverbrauch nach wie vor überwacht.

.....  
Voller Betrieb in den städtischen Bädern. Da die städtischen Bäder ihr <sup>Bade-</sup> Wasser jetzt grösstenteils / aus der Wientalwasserleitung beziehen, sind sie von einer Drosselung des Wasserverbrauches nicht betroffen. Der Betrieb in den städtischen Bädern hat daher keinerlei Einschränkung erfahren.

.....  
Neue Bürger der Stadt Wien. Der Wiener Gemeinderat hat am vergangenen Freitag in vertraulicher Sitzung den Seniorchef der Firma Kremenczky Johann Kremenczky in Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete der Lichttechnik anlässlich seines 50jährigen Wirkens in Wien zum Bürger der Stadt Wien ernannt. In derselben Sitzung wurde der Wiener Rechtsanwalt Dr. Karl Stiassny anlässlich seiner zehnjährigen Tätigkeit als Obmannstellvertreter der Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien für Bedürftige in Anerkennung seiner grossen Verdienste um diese Wohlfahrtseinrichtung der Gemeinde ebenfalls zum Bürger der Stadt Wien ernannt.

.....  
Neue städtische Schulleiter und Schulleiterinnen. Der Stadtsenat hat gestern auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Speiser eine Reihe von erledigten Schulleiterstellen besetzt. Zu Direktoren wurden ernannt: Heinrich Obendorfer, Knabenhaupt-(Bürger-)schule, VIII., Zeltgasse 7, Emil Polzl, Knabenhaupt-(Bürger-)schule, IX., Glasergasse 8, Franz Maresch, Knabenhauptschule, XVI.,

Abelgasse 29, Hans Krsnak, Knabenhauptschule, XVI., Wilhelminenstrasse 94, Leopold Hösl, Knabenhaupt-(Bürger-)schule, XX., Vorgartenstrasse 42, Alois Spudich, Knaben- und Mädchen-Hauptschule, VI., Stumpergasse 56, Franz Schmied, Knaben- und Mädchen-Hauptschule, X., Puchsbaumgasse 55, Hans Röhrich, Knaben- und Mädchen-Hauptschule, XII., Johann Hoffmannplatz 19/20, Josef Nitsche, Knaben- und Mädchen-Haupt-(Bürger-) und Volksschule, XIII., Steinlechnergasse 5/7. Zu Direktorinnen wurden ernannt: Olga Lenk, Mädchenhauptschule, II., Feuerbachstrasse 1, Martha Grossbauer, Mädchenhaupt-(Bürger-)schule, III., Hörnospasse 12, Karoline Scharnagl, Mädchenhauptschule, XVI., Abelgasse 29, Berta Ste pan, Mädchenhauptschule, XVI., Retterdstrasse 1, Zum Sonderschuldirektor wurde Rudolf Krepola, Hilfsschule, XII., Singrionerstrasse 23 ernannt. Zu Oberlehrern wurden ernannt: Franz Koschabek, Knabenvolksschule, II., Czerninplatz 3, Otto Essler, Knabenvolksschule, II., Leopoldsgasse 3, Heinrich Mayer, Knabenvolksschule, XIII., Märzstrasse 180, Hermann Staudigl, Knabenvolksschule, XXI., Kinzerplatz 9, Adalbert Wirnitzer, Knaben- und Mädchenvolksschule, IV., Karolinplatz 7, Oskar Grund, Knaben- und Mädchenvolksschule, X., Knöllgasse 59/61. Zu Oberlehrerinnen wurden ernannt: Auguste Eder, Mädchenvolksschule, III., Erdbergstrasse 76, Katharina John, Mädchenvolksschule, X., Uhlandgasse 1a, Marie Fisslthaler, Mädchenvolksschule, XVI., Kreithnergasse 32, Rosa Axamit, Mädchenvolksschule, XVI., Seitenberggasse 10, Auguste Bild, Knaben- und Mädchenvolksschule, IV., Prossgasse 24.

-----

Die Kälte zerreisst das Holzstöckelpflaster. Infolge der ungewöhnlichen Kälte zeigen sich bei nahezu sämtlichen Holzpflasterflächen starke Zerreißungen, die an vielen Stellen einen besorgniserregenden Umfang angenommen haben. In fast allen derartigen Strassen haben sich Risse gebildet, von denen einzelne drei bis vier Zentimeter breit sind. Beim Nachlassen der Kälte ist ein Zusammenschliessen der Pflasterdecke mit Sicherheit zu erwarten. Es muss aber befürchtet werden, dass die breiteren Risse sich erst später völlig schliessen werden. Ueberdies wird infolge der vorher schon erfolgten Verunreinigungen ein dichtes Zusammenschliessen häufig nicht mehr möglich sein. Das Eindringen von Wasser in diese Risse bei dem bevorstehenden Tauwetter ist daher unvermeidlich. Zum Schutze der bereits freiliegenden Holzflächen werden seit mehreren Tagen die besonders breiten Fugen verputzt. Diese Arbeiten sind allerdings nur zum Teil von Erfolg begleitet und insbesondere von der Temperatur zur Zeit der Ausführung abhängig. Mit Rücksicht auf den bedrohlichen Zustand dieser Pflasterbestände, die im ganzen nahezu 300.000 Quadratmeter ausmachen, ist zunächst geplant, die erwähnte Behandlung noch während der nächsten Tage und allenfalls

in verstärktem Umfange fortzusetzen. Bei Eintritt wärmeren Wetters wird diese Arbeit mit grösster Beschleunigung fortgesetzt. Die Art und der Umfang dieser bevorstehenden durch die katastrophale Kälte verursachten Instandsetzungsarbeiten kann jetzt noch nicht bestimmt werden. Die unbedingt notwendigen Arbeiten werden einstweilen aus den Mitteln für laufende Arbeiten bestritten und es ist jedenfalls damit zu rechnen, dass unter diesen Umständen im heurigen Jahre mit dem hiefür vorgesehenen Betrage nicht wird das Auslangen gefunden werden können.

-----

Unbehebene Treffer der Jugendhilfsworklotterie. Die bei der am 29. Dezember 1928 erfolgten Ziehung der vierten Worklotterie des Wiener Jugendhilfsworkes gezogenen Treffer sind zum Teile noch unbehoben. Da die Behebung der Treffer mit 23. Februar abschliesst, werden die Besitzer von Gewinnlosen darauf aufmerksam gemacht, dass nach diesem Termin alle unbehobenen Treffer zugunsten des Lotteriewerkes verfallen.

-----

Verkehrsregelung in der Cobenzlgasse. Die Cobenzlgasse in Döbling ist zum Teile so schmal, dass zwei Fuhrwerke weder nebeneinander fahren, noch **einander** ausweichen können. Im Interesse der Verkehrssicherheit hat nun der Magistrat in dem Teile der Cobenzlgasse zwischen den Häusern Nummer 8 und Nummer 30 die Durchfahrt und Zufahrt mit Fuhrwerken einschliesslich der Fahrräder in der Richtung gegen den Cobenzl verboten.

-----

Bezirksvertretung Neubau. Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Neubau findet morgen Donnerstag um 18 Uhr im Sitzungssaale des Amtshauses statt.

-----

Wohnung und Städtebau. In der Ausstellung "Wohnung und Städtebau", I., Parkring 12, findet morgen Donnerstag um 18 Uhr bei freiem Eintritt eine allgemeine Führung statt.

-----

Wien, am Mittwoch, den 13. Februar 1929 Zweite Ausgabe-

.....

Eine städtische Tageswärmestube auf dem Vogelweidplatz. Im Rahmen der vielen anlässlich des strengen Frostes getroffenen Hilfsmassnahmen der Gemeinde Wien für Obdachlose und Bedürftige wird morgen Donnerstag eine Tageswärmestube auf dem Vogelweidplatz in Fünfhaus eröffnet. Bis nun haben alle Obdachlosen, die sich gemeldet haben, Unterkunft gefunden. Durch die Verlegung der Aufenthaltszeiten in den Wärmestuben und Obdachlosenheimen sind die Obdachlosen nur durch drei bis vier Stunden der Kälte ausgesetzt. Dies deshalb, weil die Räumlichkeiten um die Mittagszeit gereinigt und frisch hergerichtet werden müssen. Um aber Freunden auch tagsüber die Möglichkeit zu bieten, sich in geheizten Lokalen aufzuhalten, hat die Gemeinde am Vogelweidplatz in unmittelbarer Nähe der Auszahlungsstelle für Arbeitslose eine Baracke übernommen. Diese wird im Laufe des morgigen Vormittags soweit hergerichtet, dass von drei Uhr nachmittags an Unterkunftslose dort Schutz vor Kälte finden. Die Unterkunftsstelle wird auf die Dauer der Kälte gut geheizt und allen, die ihrer bedürfen, von acht Uhr früh bis acht Uhr abends offenstehen.

.....

Schneeabfuhr und Kälte. Der Strassenpflegebetrieb hat vor Einbruch der Kältekatastrophe mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln an der Abfuhr der Schneehaufen in die Kanäle gearbeitet. Die grosse Kälte bewirkte nun, dass diese Arbeit stark eingeschränkt werden musste, weil die verstärkte Schneeabfuhr eine Durchspülung der Kanäle erfordert. Diese Durchspülung ist aber wegen des Wassermangels unmöglich. Eine Säuberung der Strassen von der geringen Schneedecke der beiden letzten Tage kann mit den Schneepflügen nicht durchgeführt werden, weil infolge der kleinen Mengen der Schneepflug nicht verwendbar ist. Versuche, diesen Schnee mit den Walzenbürsten zu beseitigen, scheiterten an der grossen Kälte. Es wurden nämlich durch die Walzenbürsten die Strassen spiegelglatt gefegt, was schwere Verkehrsunfälle bewirkt hätte. Diese glatten Strassenflächen würden für Fuhrwerk jeder Art und für Fussgänger völlig unpassierbar. Sobald es die Witterung gestattet, wird alles darangesetzt werden, die Strassen in Ordnung zu bringen.

.....

Wien, am Mittwoch, d. 13. Februar 1929 Dritte Ausgabe.

.....

Wasserbezug in anderen Häusern. Dem Magistrat sind Klagen zugekommen, dass Bewohner von Häusern, in denen die Wasserleitung eingefroren ist, in den Nachbarhäusern kein Wasser erhalten, weil die Bewohner der Nachbarhäuser fürchten, dass ihnen infolge des dadurch hervorgerufenen Mehrverbrauches die Leitung abgesperrt wird oder dass sie dadurch Mehrverbrauchsgebühren entrichten müssen. Der Magistrat stellt daher fest, dass durch eine solche Wasserabgabe an Bewohner von Nachbarhäusern keine Bestimmung der Magistratskondemnation über die Wassersparmassnahmen verletzt wird, dass sie also ohnehin zulässig ist. Was aber die Gefahr, Mehrverbrauchsgebühren zahlen zu müssen, betrifft, so ist diese schon deshalb nicht gross, weil ja für jeden Hausbewohner 35 Liter täglich unentgeltlich geliefert und auch für einen darüber hinausgehenden Verbrauch nur drei Groschen pro Hektoliter berechnet werden. Sollte aber diese geringfügige Gebühr die Betätigung der im Zeichen der Not gebotenen Hilfsbereitschaft hemmen, so wird, falls die Anzeige vom Einfrieren der Wasserleitung und von der Wasserabgabe an die Bewohner des betreffenden Hauses an das Wasseramt (Magistratsabteilung 34 a, VI., Grabnergasse 6) erstattet wird, die Abschreibung der dadurch hervorgerufenen Mehrverbrauchsgebühr auf Verlangen verfügt werden. Uebrigens ist das Wasseramt selbstverständlich bemüht, diese zahlreichen Einfrierungen mit möglichster Raschheit zu beheben, wobei allerdings neuerlich darauf aufmerksam gemacht wird, dass das Wasseramt nur zur Behebung solcher Frostgebrechen berufen ist, die Bauschäden verursachen könnten oder mit Überspannungen verbunden sind.

.....

Wien, am Donnerstag, den 14. Februar 1929

.....

Die Wiener Wasserversorgung. Die Lage in der Wiener Wasserversorgung ist unverändert geblieben. Infolge des anhaltenden Frostes mehren sich die Anzeigen über Einfrieren von Hausleitungen in erschreckender Weise. Während beim städtischen Wasserepnt am Dienstag gegen 350 solche Anzeigen eingelaufen sind, wurden gestern Mittwoch schon über 500 erstattet. Die über die Anzeigen gepflogenen Erhebungen ergaben, dass die meisten Einfrierungen auf die Sorglosigkeit der Hausverwaltungen zurückzuführen sind. Die Leitungen, insbesondere die Wassermesser müssen durch Umhüllung mit Tüchern oder Stoff vor Frost ausreichend geschützt werden. Ferner ist darauf zu achten, dass Haustore, Kellertüren und Kellerfenster geschlossen sind und der Raum, in dem sich der Wassermesser befindet, vor Zugluft geschützt wird. Nur dadurch ist es möglich, das Einfrieren zu verhindern. Mit Rücksicht auf die eingetretenen Notstandsverhältnisse beruft der Magistrat an die Einsicht der Bevölkerung, den Bewohnern jener Häuser, deren Leitung eingefroren ist, durch die Erlaubnis der Wasserentnahme in einer gewiss selbstverständlichen Hilfsbereitschaft entgegenzukommen, da trotz der getroffenen Vorkehrungen die Behebung der Wassergebroschen nicht immer sofort möglich ist. In einer Zeitung wurde gestern gemeldet, dass der Aquädukt der ersten Hochquellenleitung in Mödling gebersten ist und infolgedessen grosse Wasserverluste auftreten. Diese Nachricht ist unrichtig. Der Aquädukt weist seit einigen Monaten an mehreren Stellen Undichtheiten auf. Das auf diese Weise herausfließende Wasser friert und bildet an den Pfeilern grosse Eiszapfen. Die Reparatur der Schäden während des Winters durchzuführen ist unmöglich; auch sind die Wasserverluste so unbedeutend, dass sie für die Wasserversorgung Wiens keine Rolle spielen. Für den Bestand des Aquädukts besteht nicht die geringste Gefahr.

.....

Die städtischen Schneesauberungsarbeiten. Die letzten leichtesten Schneefälle, insbesondere der Schneefall, der heute nachts um halb 2 Uhr mit starkem Wind eingesetzt hat, haben in Wien viele Schneeverwehungen hervorgerufen. Die städtischen Strassenbahnen, die schon gestern Mittwoch zur Freihaltung der Gleise Salzstreuwagen, von denen eine Ausfahrt mehr als drei Waggons Salz erfordert, verwendeten, schickten heute früh alle verfügbaren Schneepflüge auf die Strecke, die insbesondere auf den Linien in Favoriten und nach Grinzing und Silvring nur mit vielen Anstrengungen die Strecken freimachen konnten. Die Säuberung gelang schliesslich soweit, dass der Wagenauslauf und Frühverkehr ohne besondere

Schwierigkeiten vor sich gehen konnte. Der städtische Fuhrwerksbetrieb und die Strassenbahnen haben für die Schneesäuberung rund 8600 Schneearbeiter in den Dienst gestellt. Ausserdem wurden vom städtischen Fuhrwerksbetrieb 238 Pferdeschneepflüge, 11 Autoschneepflüge und ein Autokehrzug verwendet.

-----

Senatsrat Dr. Josef Soemann gestorben. Am 8. Februar ist der Senatsrat i. R. Dr. Josef Soemann, der gewesene hochverdienstliche Vorstand der Magistratsabteilung 55, gestorben. An dem gestern stattgefundenen Leichenbegängnis haben Magistratsdirektor Dr. Hartl und viele Magistratsfunktionäre teilgenommen.

-----

Zehngroschentarif auf den neuen Autobuslinien. Auf den neuen Autobuslinien gilt in der Inneren Stadt ebenfalls der Zehngroschentarif für eine Teilstrecke. Zu den bestehenden sechs Einbruchstellen ab Ring und Kai, mit einer Autobusverbindung zum Stephansplatz sind nun zwei neue dazugekommen. Diese sind die Hollandbrücke (Morzinplatz) und die Akademiestrasse mit Verbindung zum Graben, beziehungsweise zum Michaelerplatz. Es kann also auch auf den neuen Autobuslinien in der Inneren Stadt eine Teilstrecke für zehn Groschen gefahren werden.

-----

Bezirksvertretung Brigittenau. Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau findet am Donnerstag, den 7. März um 7 Uhr abends statt.

-----

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. Morgen Freitag um 18 Uhr findet in der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses bei freiem Eintritt eine allgemeine Führung statt.

-----

453.500 Gaskonsumenten in Wien. Im vergangenen Jänner wurden in Wien 280 neue Gasmesser aufgestellt, so dass die städtischen Gaswerke am 31. Jänner nicht weniger als 453.500 Gaskonsumenten zählten gegenüber 211.815 Gasabnehmern, die am 31. Dezember 1913 in Wien waren. Die städtischen Gaswerke haben im Jänner neuerlich zahlreiche Teilzahlungsanlagen eingerichtet. Der Verkauf von Gasgeräten ist ein sehr reger. Im Jänner wurden auch 774 Koksöfen, Muster "Wiener Gaswerke", verkauft.

-----

Ueberreichung des Bürgerdiplooms an Nationalrat Sever. Bekanntlich hat der Wiener Gemeinderat den Landeshauptmann a. D. Nationalrat Albert Sever anlässlich seines 60. Geburtstages in Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um die Wiener Arbeiterschaft und um die Stadt Wien zum Bürger ernannt. Heute mittags überreichte Bürgermeister Seitz dem neuen Bürger das Bürgerdiplom. An der Feier, die im Empfangssalon des Bürgermeisters abgehalten wurde, nahmen unter anderen teil: Bundeskanzler a. D. Dr. Renner, Präsident Eldersch, die Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die amtsührenden Stadträte Breitner, Kokrda, Linder, Richter, Speiser und Weber, Präsident Glöckel, Magistratsdirektor Dr. Hartl sowie viele Nationalräte, Gemeinderäte und politische Mandatäre. In seiner Ansprache an den Jubilar sagte Bürgermeister Seitz: Wir haben uns hier in feierlicher Stunde zu Ehren unseres Freundes Albert Sever zusammengefunden. Albert Sever hat seinen 60. Geburtstag gefeiert und damit etwas Aufmerksamkeit erregt. Es ist dies bei seiner Wesensart eigentlich etwas sonderbar. Sein Wesen ist nämlich das Unauffällige, Bescheidene, man kann fast sagen das Verborgene. Was immer er geleistet hat, er hat es mit der ihm eigenen Ruhe gemacht, mit jener absoluten Selbstverständlichkeit, die man so selten bei Politikern findet, absolut unauffällig. Der Name Sever wäre, soweit es auf ihn angekommen ist, niemals öffentlich bekannt geworden. Sein Wesen ist Schlichtheit und Bescheidenheit. Erst als er seinen 60. Geburtstag feierte und man über sein Wirken nachdachte, wurde man sich der Bedeutung dieses Mannes klar, zeichnete sein Lebensbild und zeigte, was er geleistet hat. Da sah man wieder den schlichten Arbeiter in der Fabrik von anno dazumal, der erfasst wird von einer grossen Idee, hinaustritt unter seine Kollegen und diese Idee verbreitet. Wir sahen ihn rückblickend, wie er immer mehr erfüllt ward von einer grossen Idee, wie er mit Wärme und Glut einen grossen Gedanken erfasste und wie dieser Gedanke zu seinem Lebensinhalt ward. Es wäre missig aufzuzählen, in welchen Stellungen Sever gewirkt hat. Es wäre missig zu zeigen, was er geleistet hat. Immer erscheint er uns -man kann das ohne Übertreibung sagen- in der erhabenen Grösse des echten Proletariers, der für die Sache seiner Klasse kämpft. Sever ist der Typus des echten Proletariers, der Grosses zu leisten imstande ist, weil er die Glut im Herzen hat, die Liebe zu seinen Mitmenschen, zu seinem Stand. Die Stadt, der er entsprossen, der er auch sein Lebenswerk geweiht hat, achtete es als ihre Pflicht, Albert Sever zu ehren. Im Wiener Gemeinderat, also einer politischen Körperschaft, in der die parteipolitischen Gegensätze heftig aufeinanderprallen, hat sich keine einzige Stimme gegen die Ehrung dieses Mannes erhoben.

Es wurde ihm das Bürgerrecht verliehen, eine der grössten Auszeichnungen, die die Stadt zu vergeben hat. Im Namen der Stadt Wien überreiche ich Ihnen, lieber Freund, das Diplom zum Zeichen, dass wir dankbar Ihrer Arbeit gedenken. Ein Parteimann strengster Observanz, hat Sever das Glück gehabt, in dem er seinen Parteiidealen diene, der Gesamtheit zu dienen. Das ist das grösste Glück, das ein Politiker erleben kann. Seine Liebe zum Volk, sein Wohlwollen gegen Jedermann, die Konsilianz seines Wesens, die wir Tag für Tag im Parlament beobachten können, haben bewirkt, dass er bei Jedermann geliebt und geachtet ist. Wir benützen diesen Anlass, um ihm auch an dieser Stätte, im Wiener Rathaus, zu sagen, wie sehr wir ihn lieben und schätzen. Sein Lebenswerk ist nicht abgeschlossen. Wir sehen ihn in voller Rüstigkeit und hoffen, ihn noch viele Jahre an der Arbeit zu sehen. In überaus herzlichen Worten dankte der Bürgermeister dann der Gattin des Nationalrates Sever für die Liebe und Treue, die sie dem neuen Bürger durch so viele Jahre entgegengebracht hat. Sodann überreichte der Bürgermeister dem Jubilar die von Professor C. Müller ausgeführte Bürgerurkunde, die das niederösterreichische Landhaus mit der Front gegen die Minoritenkirche darstellt. Nationalrat Sever dankte tief gerührt für die ihm durch den Wiener Gemeinderat erwiesene Ehrung. Mein ganzes Bestreben, sagte er, geht dahin, unserem herrlichen Wien und seiner ganzen Bevölkerung mit aller Kraft zu dienen und mitzuarbeiten an dem Aufstieg zur Sonne, nach Aufwärts und Vorwärts.

.....

Wien, am Donnerstag, den 14. Februar 1929

Zweite Ausgabe.

-----  
Kein Koksbrand in den städtischen Gaswerken. Ein Abendblatt meldet heute, dass am Dienstag 24 Waggon Koks, die sonst für den Wiener Verbrauch bestimmt gewesen wären, in den Wiener Gaswerken verbrannt sind, weil es infolge der Kälte nicht möglich war, den aus den Öfen kommenden Koks zu löschen. Dazu teilt die Direktion der städtischen Gaswerke mit, dass diese Meldung vollkommen aus der Luft gegriffen ist. In den städtischen Gaswerken war weder ein Brand, noch ist bei einem solchen auch nur ein Kilogramm Koks verbrannt.

-----  
Die Wärmewirtschaft der Gemeinde Wien. Der städtische Haushalt umfasst 415 Schulen, 93 Kindergärten, 33 Amtshäuser mit dem Rathaus und 98 Humanitätsanstalten, darunter das Spital der Stadt Wien und das Versorgungsheim in Lainz, die Landes-Hail- und Pflageanstalt Am Steinhof, die Kinderübernahmestelle, das Zentralkinderheim und so weiter. Alle diese Anstalten sind von dem ungewöhnlichen Kälteeinbruch auf das Empfindlichste getroffen worden. Während der einzelne Haushalt sich aber einschränken kann, **darf** in den städtischen Anstalten keine Schmälerung des Heizbetriebes eintreten, damit nicht Kinder, Kranke und Greise von einer solchen Sparmassnahme getroffen werden. So verbraucht das Spital der Stadt Wien bei der gegenwärtigen Kälte täglich 15.000 Kilogramm Steinkohle und 26.000 Kilogramm österreichische Braunkohle. Die Schulen haben einen täglichen Verbrauch von 50.000 Kilogramm Steinkohle und 70.000 Kilogramm Koks. Im Rathaus und im benachbarten Amtshaus werden täglich 10.000 Kilogramm Steinkohle und 25.000 Kilogramm österreichische Braunkohle verbraucht. Die Anlage der Wählerlisten zum Beispiel, die die Benützung des Festsalles erforderte, hat einen Brennstoffaufwand von 100.000 Kilogramm Kohle verursacht. Die jährliche budgetmässig vorgesehene Brennstoffmenge beträgt rund 42 Millionen Kilogramm oder 4200 Waggon Kohlen und Koks. Dazu kommen noch zwei Millionen Kubikmeter Gas für die vielen Gasöfen, mit denen kleinere Objekte, besonders solche mit ärztlicher Widmung, ausgestattet sind. Mit der Leitung des Heizbetriebes aller städtischen Anstalten ist die Magistratsabteilung für Wärmewirtschaft betraut. Die Heizanlagen werden ständig von ausgesuchten Fachleuten auf sparsamsten Brennstoffverbrauch, gutes Funktionieren und richtige Bedienung überwacht, so dass die wirtschaftlichste Verwendung des Brennmaterials jederzeit gesichert ist.

Die städtische Fürsorge während der Kälteperiode.

Seit 1. Jänner rund 800.000 Schilling Mehrausgabe für Brennstoffe.

Die grosse, langandauernde Kälte hat vor allem an die städtischen Fürsorgainstitute sehr starke Anforderungen gestellt. Diese hatten in den letzten Tagen einen vermehrten Andrang der Bedürftigen zu bewältigen, doch konnten alle irgendwie berechtigten Ansprüche klaglos bewältigt werden. Die Kohlenaktion der Gemeinde wurde in aussergewöhnlich grossem Umfang durchgeführt; vielfach scheitert jedoch die Einlösung der Kohlenkarten an der herrschenden Kohlenknappheit.

Die städtischen Wärmestuben sind, wie stets in strengen Wintern, stark besucht, waren aber bisher selbst in den kältesten Nächten nicht so überfüllt, dass auch nur eine einzige Person abgewiesen wurde. Es sind jetzt alle Wärmestuben durch 21 Stunden im Tag geöffnet. Bloss von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags können sie von den Bedürftigen nicht besucht werden, weil diese Zeit unbedingt zur Lüftung und Reinigung der Lokale benötigt wird. Es steht aber überdies seit heute nachmittags die neue Wärmestube auf dem Vogelweidplatz von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends offen.

Das grosse städtische Obdachlosenheim in Simmering hatte in der letzten Nacht 132 Betten unbelegt. Es haben alle Obdachlosen, die sich meldeten, ausnahmslos Aufnahme gefunden.

Die im Winter besonders grosszügig betriebene Ausspeiseaktion für Bedürftige wurde stark ausgebaut und teilen die einzelnen Fürsorgainstitute mit, dass auch diese Aktion klaglos funktioniert.

Im Gemeindehaushalt selbst macht sich naturgemäss die Kältekatastrophe in den verschiedensten Formen schwer fühlbar. Als Einzelheit sei hervorgehoben, dass der in Schulen, Spitalern, Kindergärten, Horten und Ämtern seit 1. Jänner entstandene Mehrverbrauch an Brennstoffen rund 800.000 Schilling ausmacht.

-----  
Unbeträchtliche Schwierigkeiten im Strassenbahnverkehr. Durch die Schneeverwehungen und Schneeraufräumungsarbeiten war der Strassenbahnverkehr in den Vormittagsstunden mit einigen Schwierigkeiten verbunden. So mussten auf kurze Zeit die Linie 167 nach Rothensiedl, die Linie 66 von der Laxenburgerstrasse zur Trostgasse und die Linie 67 vom Gallertplatz zur Lehngasse eingestellt werden. Sobald die Schwierigkeiten behoben waren, wurde auch auf diesen Linien der Verkehr wieder aufgenommen. Um die Mittagszeit konnte der gesamte Verkehr wieder fahrplanmässig <sup>betrieben</sup> werden.

Wien, am Freitag, den 15. Februar 1929

-----  
Die Wiener Wasserversorgung. Die Lage in der Wiener Wasserversorgung ist unverändert. Im Hinblick auf die erfahrungsgemäss an Sonntagen durch den Stillstand der Industriellen eintretende Verringerung des Wasserverbrauches wurde durch eine heute erschienene Kundmachung des Magistrates aus hygienischen Gründen die Benützung der Badeeinrichtungen in den Wohnhäusern für morgen Samstag gestattet. Es wird aber ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass sich die Aufhebung des Badeverbotes nur auf morgen Samstag bezieht. Die Magistratskundgebung lautet: "Das mit Kundmachung des Magistrates vom 8. Februar 1929, betreffend Massnahmen zur Verhinderung der Wassernot, erlassene Verbot der Benützung der Badeeinrichtungen jeder Art in den Wohnhäusern wird für Samstag, den 16. Februar 1929, ausser Wirksamkeit gesetzt." Die übrigen Sparmassnahmen bleiben auch weiterhin aufrecht.

-----  
Wien im Schnee. Die städtischen Strassenbahnen haben heute von 3 Uhr früh an 6520 Schneearbeiter in den Dienst gestellt. Der städtische Fuhrwerksbetrieb führt mit 930 eigenen Strassenarbeitern und 6830 Schneearbeitern die Schneeaufräumungsarbeiten durch. Um 2 Uhr nachts haben alle verfügbaren Meterschneepflugszüge der städtischen Strassenbahnen die Freimachung der Gleise aufgenommen. Der städtische Fuhrwerksbetrieb verwendet für die maschinelle Schneesauberung 238 Pfordeschneepflüge und 11 Autoschneepflüge. Trotz des heftigen Schneefalls konnte der Strassenbahnbetrieb, abgesehen von Verspätungen, die durch das Befahren der Strecke mit den Schneepflügen sich ergeben und die bei einem Schneewetter unvermeidlich sind, in vollem Umfang aufrecht erhalten werden. Bis Mittag wurde noch keine Einstellung einer Linie gemeldet.

-----  
Die Beschickung der Wiener Märkte. Die Fleischzufuhren in der Grossmarkthalle beliefen sich heute auf 15 Waggons per Bahn und 60 Waggons per Achse. Zehn Waggons sind Lagerbestände. Es stehen somit in der Grossmarkthalle insgesamt 85 Waggons Fleischwaren zur Verfügung. Trotz der schlechten Witterung ist auch heute wieder ein grösserer Teil von Gärtnern auf dem Naschmarkt erschienen. Ebenso wurden von Landparteiern Eier ausbezogen. In den nächsten Tagen werden neue Zufuhren von Kartoffeln aus Stockerau erwartet.

-----

Ueberreichung des Ehrenringes der Stadt Wien. Wie schon gemeldet, hat der Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Verwaltungssachen logenheiten den Fürsorgeräten Friedrich Feiler, Alois Nosswotha, Karl Blümel und Johann Gstier in Anerkennung ihrer mehr als 25jährigen Tätigkeit auf dem Gebiete des Armenwesens den Ehrenring der Stadt Wien verliehen. Heute mittags nahm amtsführender Stadtrat Linder die feierliche Ueberreichung des Ehrenringes an die vier Ausgezeichneten im Steinernen Saal des Wiener Rathauses vor. Er würdigte die grossen Verdienste, die sich die Ausgezeichneten in jahrzehntelanger Tätigkeit als Fürsorgeräte erworben haben. Das Amt eines Fürsorgerates erfordert volle Hingabe und Opferfreudigkeit, die von allen stets verbildlich geübt wurden. Stadtrat Linder überreichte ihnen sodann den Ehrenring, worauf im Namen der Ausgezeichneten Fürsorgerat Blümel für die erwiesene Ehrung in überaus herzlichen Worten dankte. Der Feier wohnten auch die Gemeinderäte Stöger und Panosch, sowie Bezirksvorsteher Charwat bei.

-----

Die Gasmesser und die Kälte. Die Direktion der Gaswerke macht darauf aufmerksam, dass eine grosse Zahl von Störungen vermieden werden könnte, wenn die Konsumenten die Gasmesser durch geeignete Verwahrung vor Frost schützen würden. Hierzu sind sie nach den Gasbezugsbedingungen verpflichtet. Auf die vollkommene Ausserachtlassung dieser Verpflichtung ist es hauptsächlich zurückzuführen, dass trotz verstärkter Einstellung von zur Behebung von Störungen geeigneten Arbeitskräften die Instandsetzung nicht in der von den Beschwerdeführern und auch von den Gaswerken gewünschten kurzen Zeit erfolgen kann. Die Direktion der städtischen Gaswerke ersucht deshalb dringendst, die Gasmesser und Zuleitungen so gut als möglich durch entsprechende Verwahrung vor Frost zu schützen. Es genügt die fernmündliche oder schriftliche Verständigung der Gaswerke von der Störung. Durch wiederholte Meldungen ist eine Beschleunigung der Behebung der Störung nicht zu erzielen, wohl aber wird der Meldedienst erschwert. Unrichtige Meldung wie "Gasausströmung", obwohl es sich um eine Störung in der Gasabgabe handelt, sollen unterlassen werden, weil der in diesem Fall sofort entsendete Angestellte nicht Abhilfe bringen kann, da er anders ausgedrückt ist als für den Störungsdienst. Derartige Falschmeldungen führen daher zu keiner bevorzugten Erledigung der Meldung, entziehen aber zahlreiches Personal notwendiger Arbeit. Die konzessionierten Installateure sind berechtigt, Froststörungen an Gasanlagen zu beheben.

-----

-----  
Die Kohlennot und die Gemeindeverwaltung  
-----

Eine Obmännerkonferenz im Rathaus. Vor der Sperre der Schulen. Verbot der  
Reklambelichtung. Aufruf zur grössten Sparsamkeit mit Gas und Strom. Für-  
sorge für Kinder in städtischen Horten, die Tag und Nacht geöffnet sind!  
Vorläufig noch keine Einschränkung im Strassenbahnverkehr.

Nach einer Mitteilung der Generaldirektion der Bundesbahnen kann nunmehr mit einer Kohlenzufuhr aus der Tschechoslowakei nicht gerechnet werden. Diese Meldung veranlasst die Gemeindeverwaltung die Bevölkerung auf die schwierige Lage in der Kohlenversorgung aufmerksam zu machen, die unbedingt die sofortige Durchführung von Sparmassnahmen bedingt.

Bürgermeister Seitz hat deshalb heute abends eine Obmännerkonferenz einberufen, an der Vizebürgermeister Emmerling, die amtsführenden Stadträte Kokrda, Richter, Weber und Professor Tandler, Stadtrat Kunschak, Rummelhardt, Präsident Zimmerl und Dr. Danneberg, die Gemeinderäte Nachtnebel und Leopoldine Glöcke teilnahmen. Der Bürgermeister legte der Obmännerkonferenz folgende Vorschläge vor:

Die städtischen Elektrizitätswerke haben von Samstag abend an ein Verbot der Reklamebeleuchtung überhaupt, der Beleuchtung der Schaufenster und Geschäftsschilder nach jeweiligen Geschäftsschluss erlassen. Sie fordern gleichzeitig die gesamte Bevölkerung auf, mit dem elektrischen Licht soweit als dies irgendwie möglich ist, zu sparen. Nur dann können schon jetzt einschneidendere Sparverordnungen vermieden werden. Auch die städtischen Gaswerke, die täglich 220 bis 250 Waggons Kohle verbrauchen, appellieren an die Verbraucher, ihren Gaskons möglichst einzuschränken.

Die städtischen Strassenbahnen sind vorläufig von den Einschränkungen noch nicht betroffen. Sie konnten den Betrieb auch heute voll aufrecht erhalten, doch muss am Sonntag jeder verstärkte Betrieb unterbleiben, um Strom zu sparen.

Die städtischen Bäder bleiben morgen Samstag noch geöffnet. Ob der Betrieb dann eingeschränkt oder gänzlich eingestellt werden muss, wird in den nächsten Tagen entschieden werden.

Die Gemeinde besitzt rund fünfhundert Schulhäuser, zu deren Beheizung täglich 18 Waggons Brennstoff erforderlich sind. Diese Menge von Brennmaterial ist nicht mehr zu bekommen, weshalb die Schulen am Samstag nach Schluss des Unterrichtes geschlossen werden. Um den Kindern, die zu Hause kein warmes Zimmer haben, die Möglichkeit zu geben, in geheizten Räumen den Tag zu verbringen, den in jedem Bezirk einige Schulhäuser geöffnet bleiben. Dort können diese Kinder von acht Uhr früh bis acht Uhr abend unter Aufsicht der Lehrpersonen bleiben.

Wo diese Schulen sind, wird am Sonntag in den Tageszeitungen verlautbart werden. Die städtische Schülernausspeisung wird ungekürzt aufrechtbleiben.

Für die vorschulpflichtigen, aber auch für schulpflichtige Kinder werden von morgen Samstag an folgende Kindergärten und Horte im Tag- und Nachtbetrieb bereitgestellt: Leopoldstadt: Schiffmühlenstrasse 58, Vorgartenstrasse 213, Landstrasse: Erdbergerlände 54, Landstrasse Hauptstrasse 96; Alsergrund: Marktgas- se 5; Favoriten: Troststrasse 98, Simmering: Lorystrasse 42; Meidling: Fuchsenfeld- hof; Hietzing: Linzerstrasse 126; Fünfhaus: Johnstrasse 54, Ottakring: Sandleiten- gasse 41; Währing: Paulinengasse 9; Döbling: Obkirchergasse 16; Brigittenau: Winars- kystrasse 18; Floridsdorf: Carro-Justgasse und Schlingerhof. Die Räume sind geheizt so dass keine Gefahr vorhanden ist, dass Kleinkinder, die sonst bei ihren Eltern in einem ungeheizten Raum verweilen müssten, an ihrer Gesundheit Schaden nehmen. Kinder, die schon in einem städtischen Kindergarten oder Hort eingeschrieben, sin- brauchen bloss ihre Besucherkarte vorzuweisen. Die Eltern von Kindern, die keinen Kindergarten besuchen, müssen bei der Aufnahme den Meldezettel vorweisen. Aufge- nommen werden alle Kinder im Alter von zwei bis vierzehn Jahren. Alle Kinder er- halten unentgeltlich ein Mittagessen und zum Frühstück und Abendessen Suppe und Brot. Nach einer längeren Aussprache wurden diese Mitteilungen zur Kenntnis genom- Obdachlosenheim und Wärmestuben nicht überfüllt. men.

In der Nacht von Donnerstag auf Freitag waren im städtischen Ob- dachlosenheim noch 162 Betten frei. Auch die städtischen Wärmestuben konnten al- le Personen, die sich eingefunden hatten, aufnehmen.

-----  
Samstag wichtige Schulleiterkonferenzen! Der Stadtschulrat für Wien gibt amtlic kund, dass morgen Samstag elf Uhr vormittag in den Amtsräumen der Bezirksschul- inspektoren Schulleiterkonferenzen stattfinden, an denen jeder Schulleiter teil- zunehmen verpflichtet ist. Gegenstand der Beratung: Massnahmen infolge der Kohler- not.

Der Stadtschulrat ordnet ferner an, dass sich sämtliche Lehrpersonen Montag um acht Uhr früh an ihren Dienststellen einzufinden haben, um weitere Die- wiesungen entgegenzunehmen.

-----

Wien, am Freitag, den 15. Februar 1929. Dritte Ausgabe

.....  
Amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler sechzig Jahre alt. Morgen Samstag feiert amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler seinen 60. Geburtstag. Am 4. Mai 1919 wurde er von der sozialdemokratischen Partei in den Gemeinderat der Stadt Wien gewählt. Von Mai 1919 bis November 1920 war Tandler Unterstaatssekretär im Volksgesundheitsamt. Nach dem Sturz des Koalitionsministeriums Ende Oktober 1920 wurde Tandler von seiner Partei als amtsführender Stadtrat mit der Führung des Wohlfahrtsamtes der Gemeinde Wien betraut. Professor Dr. Tandler ist auch als akademischer Lehrer sehr geschätzt und wirkt trotz seiner verwaltungstechnischen und politischen Tätigkeit im Lehramt als Professor der Anatomie weiter.

Der Klub der sozialdemokratischen Gemeinderäte hielt heute eine Vollversammlung ab, an der auch die sozialdemokratischen Fürsorgeinstitutsvorsteher, Bezirksvorsteher und der Vorstand der Organisation Wien der sozialdemokratischen Arbeiterpartei teilnahmen. Klubobmann Dr. Danneberg begrüßte den Jubilar herzlichst, worauf Bürgermeister Seitz an amtsführenden Stadtrat Professor Tandler folgende Ansprache hielt: Einkleiner Arbeitskreis um Julius Tandler hat heute endlich Gelegenheit, ihm zu sagen was wir von seiner Arbeit halten und wie wir seine Person schätzen. Wir feiern an seinem sechzigsten Geburtstag nicht etwa den Gelehrten, den Anatomen, den Lehrer und Forscher, der den Ruhm der Stadt Wien und ihrer medizinischen Fakultät der Universität in die Welt hinausgetragen hat, wir feiern nicht einmal den Politiker im weiteren Sinne des Wortes, sondern sozusagen nur den Gegenwartspolitiker, den Mann, der in schwerer Zeit in der Stadtverwaltung Grosses leistet und das Stück Fortschritt fördert, das heute überhaupt möglich ist, ja noch mehr: wir feiern - um es kurz und kennzeichnend zu sagen - den guten Arzt. Dieses Wort sagt alles. Denn der gute Arzt ist der Mann mit der tiefen Erkenntnis menschlichen Leidens, der Mensch mit Hilfsbereitschaft und mit dem hoffnungsvollen Herzen, der nicht nur glaubt und hofft, sondern der auch weiss, dass seine Arbeit die Menschheit empor führt zu eiligeren Formen, nicht nur der Physis, sondern auch der Geistigkeit. Wenn Tandler nichts anderes wäre als der grosse Forscher und Gelehrte, wäre das schon Anlass genug, ihn zu feiern, denn diese Arbeit ist an sich schon eine volle, vorbildliche Lebensarbeit. Tandler ist aber noch vielmehr als der Lehrer und Forscher. In der Zeit des Krieges, in der das Menschenleben nichts galt, in der menschliche Gesundheit und Lebenskraft sinnlos verwüstet wurden, entflo

wurden, entfloh er der stillen Gelehrtenstube, es trieb ihn hinaus und stellte ihn mitten hinein ins praktische Leben. D. war er nicht nur der Mann der theoretischen Wissenschaft, nicht mehr bloss im engen Kreis des Faches genannt, sondern weit darüber hinaus. Der bescheidene Regimentsarzt galt bald als der zälsichere Organisator der verlotterten Sanitätsdienstes, dessen Kritik offen und kühn sagt, wie die Dinge in Wirklichkeit stehen, welcher Raubbau mit dem Leben und der Gesundheit getrieben wird, der aber auch aufbauend sagte, was zu geschehen hat. Wir sehen ihn draussen an den Fronten, selbst an den bedrohlichsten Punkten mit derselben Gemütsruhe, mit derselben Gelassenheit, wie wir sie an ihn heute im Frieden kennen und schätzen. Ich habe das Glück, Tandler viele Jahrzehnte zu kennen. Mein Urteil über ihn mag vielleicht von Freundschaft beeinflusst scheinen, aber ich kann getrost das Urteil eines anderen anführen, mit dem er nicht so intim war, der älter war als er und ihm persönlich ferner stand, auf das Urteil Viktor Adlers. Die beiden waren vielfach Wesensgleich, aber doch im Ganzen zwei verschiedene Naturen. Von beiden konnte man sagen: Der gute Arzt. Nicht der Arzt mit dem sogenannten guten Herzen, der singuläre oder Augenblickshilfe und Gelegenheitshilfe leistet, nein, der gute Arzt, dessen Gefühle durch Wissen und Verstand gemeistert, durch Organisationsgabe gelenkt, dem grossen Ganzen dient und doch auch dem Einzelnen, weil er die Menschheit erlöst. Aber Adler ging von der Medizin zur Gesellschaftswissenschaft, deren Helfer die Medizin ist, während Tandler im Fach blieb, die Politik zum helfen nahm. Nicht einmal habe ich Viktor Adler sagen gehört: "Wenn wir den Tandler gewinnen, hat die Partei einen prächtigen Fang gemacht!" Den Arzt Tandler, den Fachmann und Organisator suchte er zu gewinnen; der Fachmann imponierte ihm, den Organisator bewunderte er. Und es war ein Zufall vielleicht und doch nicht unbegründet, dass Tandler der letzte Genosse war, der Viktor Adler an jenem unglücklichen Sonntag noch bei vollem Bewusstsein sprechen konnte, bevor Schmerz und Narkotika ihn betäubten. Was war natürlicher, als dass wir Tandler im Jahre 1918 sofort an die Spitze des Volksgesundheitsamtes stellten, Ferdinand Hanusch zur Seite. Was Tandler damals geleistet hat, ist unvergänglich. Bedrängt von Tausenden von Invaliden, von Tausenden hilfsbedürftigen Opfern des Krieges, von Witwen und Waisen, gezwungen oft stundenlang mit wilderregten Massen zu verhandeln, sie zu organisieren, in Spitälern und Heilstätten unterzubringen, vergas er doch niemals das Grosse Ganze, gelang es niemand, ihn von seinem zälsicheren Weg abzulenken. Seine Kraft und Fähigkeit zu organisatorischer Arbeit wuchs damals ins Gigantische und wurde von Freund und Feind bewundert. Ganz selbstverständlich war es, dass man ihn

nach der Uebernahme der Stadtverwaltung durch die Partei sehr bald an die Spitze des Wohlfahrts- und Gesundheitsamt stellte, in dem wir ihn heute an der Arbeit sehen. Wir sehen das sonderbare Schauspiel eines Menschen, der eigentlich zwei Leben lebt, je aufgeteilt auf einen Tag: Am frühen Morgen der Lehrer und Prüfer, der Professor an der medizinischen Fakultät vormittags rast er in sein Amt und ist hier bis in die späten Abendstunden tätig an der Spitze eines Amtes, das zu den wichtigsten der Stadt gehört. In der Nacht und weit über Mitternacht ist er wieder der stille Forscher in seinem Institut, einige Stunden Schlaf und die Arbeit beginnt aufs Neue in dieser Folge. Und wer da fragt: Wann ruht der Mann?, der mag ihn am Sonntag bei der Inspektion der Anstalten sehen, dann wird er wissen, was die Vitalität und Arbeitskraft eines Einzelnen zu leisten vermag. Von Tandlers Gelehrtenarbeit zu reden, steht uns nicht an, aber wir kennen seine Organisation der Fürsorge dieser Zweimillionenstadt, wie sie nirgends besteht, wie sie von allen Fachmännern bestaunt und bewundert wird. Daneben hat er eine Organisation der Gesundheitsverwaltung aufgebaut, die mit verhältnismässig geringen Mitteln den wirksamsten Kampf gegen die Kindersterblichkeit, gegen Volkskrankheiten und Epidemien, gegen alle individuellen Krankheiten führt und die ihren Gipfelpunkt in einer Krankenanstalt findet, von der man ruhig sagen kann, dass sie die beste Wiens ist und der auch vor kurzem die offizielle Fürsorgekommission aus Deutschland, die Tage in Wien verbrachte, nur Lob und Anerkennung zollt. Was hier geleistet worden ist, lässt sich im Einzelnen nicht aufzählen. Man fürchtet wichtiges über wichtigem zu vergessen. Vielleicht charakterisiert Tandlers Arbeit nicht so sehr als das Wort, das er selbst bei der Eröffnung der Kinderherberge Schloss Wilhelminenberg gesagt hat: "Der Weg von der Baracke zum Palast, er ist ein Symbol der Fürsorge der Gemeinde Wien." Ein treffendes Wort, ein herrliches Ziel: Den Menschen aus der Baracke, aus der Elendswohnung in den Palast zu führen. Gewiss, er hat noch lange nicht alle Menschen aus der Baracke in den Palast geführt, und wir alle miteinander werden das nicht erleben. Aber er hat den Grund gelegt zu der Organisation und den Weg gezeigt, der aus der Baracke in den Palast führt. (Stürmischer Beifall). Wir können nur anführen, aber nicht schildern, was er geleistet hat. Wir sehen die Kinderheime, die Mutterberatungsstellen, die Mutterhilfe, die Säuglingswäsche, die Kindergärten, die Jugendhorte, die Kinderübernahmestelle, die Erholungsstelle, die Weisenhäuser, die Kinderaufsicht, die Generalvormundschaft, die Jugendämter, die Schulärzte, die Schulfürsorge, die Schülerauspeisung, die Ferienaktionen und vieles mehr. Tandler hat es zuwege gebracht, dass in Wien die Kin-

dersterblichkeit auf die Hälfte im Verhältnis zur Vorkriegszeit gesunken ist. Das ist eine Leistung, die niemand von uns jemals erhofft hätte. Der Kinder- und Jugendfürsorge schliesst sich die Fürsorge für die Erwachsenen und für die Greise an und der grosszügige Kampf gegen die Volkskrankheiten Wiens, die Tuberkulose; Tandler hat die Lungenheilstätten in einer Weise organisiert, wie man sie sich nicht besser vorstellen kann, und Tuberkulosefürsorgestellen geschaffen. Wir haben Beratungsstellen für Ehemerber, für Geschlechtskranke, für Gemütskranke, alles Dinge, die heute schon so sind, dass man nur mehr der grösseren Mittel bedarf, um sie aufzubauen, um das grosse Werk zu vollenden, das Tandler begonnen hat. Tandler hat die öffentliche Fürsorge in Wien so mustergiltig organisiert, wie es nach dem Stande der Wissenschaft nur möglich war. Gewöhnlich stellen wir uns vor, dass ein Mensch, wenn er 60 Jahre alt wird, zurückschaut und das, was er geleistet hat, eventuell notdürftig fortführt. Wenn wir Tandler sehen, dürfen wir uns sagen, dass er mitten auf dem Wege zum Höhepunkt steht. Das ist unsere Freude. Es ist etwas eigenartiges an diesem Tandler. So paradox es klingt, er ist im Grunde genommen eigentlich ziellos. Sein Ziel ist soweit gesteckt, dass man nach dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaft und Technik nicht ermessen kann, ob es überhaupt erreichbar ist. Als Gelehrter ist sein Ziel die Lösung des Rätsels des menschlichen Organismus; als Politiker die Lösung der sozialen Frage, die Beseitigung der Klassen, der Sozialismus, als Mensch die Befreiung der Menschheit von der Krankheit des Körpers und der Seele. Das alles ist das Grosse, das ihn und seine Richtung bestimmt. Die Ferne des Ziels zwingt ihn in die Etappe. Sich selbst und seinem idealen Schwung bändigend, sich zum ruhigen gemessenen Vorgehen zwingend geht er auf das zunächst gestellte Ziel, arbeitend wie ein Motor, nie ermüdet mit ungeheurer Kraft Stück um Stück zur Entwicklung führend, wahrhaft ein glücklicher Mensch, wahrhaft ein Beispiel des nachahmenswert.

Wir alle wissen, dass Tandler jedes Lob ablehnt. Er reagiert auf menschliche Hilfsbedürftigkeit, auf menschliches Leid, auf menschliche Klage mit Hilfsbereitschaft, mit Wohlwollen, mit Liebe; aber er reagiert auf Anerkennung oder gar auf Not mit staunendem Ablehnen, mit Verwunderung darüber, dass man Selbstverständliches merkennt, ja Tandler kommt hier und da mit keustischem Witz, mit einer barschen Antwort, es soll schon vorgekommen sein, dass er auf Lob mit einer Grobheit reagierte (Heiterkeit),

Das ist unser Tandler aber heute fürchten wir nichts, heute einmal sagen wir ihm trocken ins Gesicht, was er uns ist, was er der Stadt, der

Republik bedeutet; heute sagen wir in weiser Beschränkung drei Worte: "Wir danken Dir" (Stürmischer Beifall). Und als Bürgermeister dieser Stadt sage ich Tandler "Bleib uns erhalten wie Du bist, bleib uns noch viele Jahre der Führer und Wegweiser auf einem der wichtigsten Gebiete der Stadtverwaltung, bleibe noch viel, viele Jahre, was Du bist: Der treue Diener unserer Stadt und der Menschheit" (Stürmischer langanhaltender Beifall).

Amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler dankte in bewegten Worten dem Bürgermeister. Ich habe mich immer bemüht, sagte er, alles zu tun, was ich tun konnte, was jeder Mensch tun muss. Jeder Mensch ist das Produkt seiner Veranlagung. Ich bin mit einer edlen Unzufriedenheit auf die Welt gekommen, die ich als revolutionäre Gesinnung des Menschen erachte. Es handelt sich um die tiefe Unzufriedenheit mit dem Unglück der Menschen. Wenn man in dieses Milieu hineinkommt, paart sich mit dieser Unzufriedenheit die abgrundtiefe Sehnsucht zur Hilfeleistung. Es war Krieg und da wurde ich berufen zu helfen. Ich habe das Vertrauen meiner Partei und für dieses Vertrauen danke ich. Ich kann Ihnen nur versprechen, die Treue zu halten, und Sie bitten, mir das Vertrauen auch weiter zu schenken. Ich danke Ihnen für die Ehrung, die Sie mir erwiesen haben, und erachte Sie für die Aufforderung, für das weiterzuarbeiten, wo für wir leben und wofür wir auch zu sterben bereit sind. Es lebe die Idee, der wir leben, es lebe der Sozialismus! (Stürmischer, langanhaltender Beifall. Professor Dr. Tandler wird herzlichst beglückwünscht.)

Klubobmann Dr. Danneberg schliesst die Sitzung.

-----  
Schneesauberung und Schneebfuhr. Strassenbahn und Gemeindeverwaltung verwendeten heute mehr als 13.000 Hilfskräfte zur Säuberung der Strassen von den Schneemassen. Auch morgen wird der Kampf gegen den Schnee verstärkt fortgesetzt werden. Der städtische Fuhrwerksbetrieb macht jedoch darauf aufmerksam, dass die Schneebfuhr auf unüberwindliche Schwierigkeiten stösst. Es können leider nur sehr geringe Mengen in die Kanäle abgeführt werden, weil die grosse Wassernet eine Durchspülung der Kanäle verbietet. Ohne die gründliche Durchspülung der Kanalanlagen ist aber die Abfuhr grosser Schneemassen unmöglich, weil katastrophale Verstopfungen eintreten müssen. Die Abfuhr der Schneemengen in die Donau ist wegen des Eisstosses unmöglich. So bitter es von der Bevölkerung empfunden wird, lässt sich doch vorläufig das Wegräumen der Schneehaufen nicht bewerkstelligen.  
-----

ien, am Samstag, den 16. Februar 1929

.....

Die Wiener Wasserversorgung. Die Situation in der Wiener Wasserversorgung ist unverändert. In Hietzing sind in der Linzerstrasse an einem 700 Millimeter-Wientelwasserleitungsrohrstrang und an einem 200 Millimeter-Hochquellenrohrstrang Gebrechen aufgetreten, deren Behebung im Zuge ist. Jenen Parteien, denen der Wasserbezug wegen schadhafter Hausleitungen gesperrt wurde, die aber die Behebung der Gebrechen schon veranlasst haben, wird über Anzeige beim städtischen Wasseramt der Wasserbezug wieder hergestellt. Auf zahlreiche Anfragen wird mitgeteilt, dass das Waschen der Wäsche gestattet ist. Dem Magistrat sind neuerlich Klagen zugekommen, dass Bewohner von Häusern, in denen die Wasserleitung eingefroren ist, in den Nachbarhäusern kein Wasser erhalten, weil die Bewohner der Nachbarhäuser fürchten, dass ihnen infolge des dadurch hervorgerufenen Mehrverbrauches die Leitung abgesperrt wird oder dass sie dadurch Mehrverbrauchsgebühren entrichten müssen. Der Magistrat stellt daher neuerlich fest, dass durch eine solche Wasserabgabe an Bewohner von Nachbarhäusern keine Bestimmung der Magistratskundmachung über die Wassersparmassnahmen verletzt wird, dass sie also ohne weiteres zulässig ist. Was aber die Gefahr, Mehrverbrauchsgebühren zahlen zu müssen, betrifft, so ist diese schon deshalb nicht gross, weil ja für jeden Hausbewohner 35 Liter täglich unentgeltlich geliefert und auch für einen darüber hinausgehenden Verbrauch nur drei Groschen pro Hektoliter berechnet werden. Sollte aber diese geringfügige Gebühr die Betätigung der in Zeiten der Not gebotenen Hilfsbereitschaft hemmen, so wird, falls die Anzeige vom Einfrieren der Wasserleitung und von der Wasserabgabe an die Bewohner des betreffenden Hauses an das Wasseramt, Magistratsabteilung 34 a, VI., Grabnergasse 6, erstattet wird, die Abschreibung der dadurch hervorgerufenen Mehrverbrauchsgebühren über Verlangen verfügt werden.

.....

Morgen Sonntag eingeschränkter Sonntagsverkehr. Um Stromersparnisse zu erzielen sieht sich die Direktion der städtischen Strassenbahnen genötigt, den morgigen Sonntagsverkehr nur so weit durchzuführen, dass er den notwendigsten Ansprüchen gerecht wird. Der sonst verstärkte Sonntagsverkehr nach den Ausflugsorten Mauer, Grinzing, Sievering, Neuwaldegg, Hütteldorf und so weiter entfällt. Die Sonntagslinien wie S 18, die Führung der Linie 60 bis zur Mariahilferstrasse

se und dergleichen sind morgen eingestellt. Es wird auch kein verstärkter Verkehr auf den Linien nach Nussdorf, zur Reichsbrücke, zum Lusthaus und nach Stadlau, die für die Zufahrt zum Eisstoss in Betracht kommen, stattfinden. Gleiche Einschränkungen werden auch im Stadtbahnverkehr durchgeführt.

.....

Die städtischen Schneeaufräumungsarbeiten. Der städtische Fuhrwerksbetrieb verwendete heute für die Schneeaufräumungsarbeiten 1036 eigene Strassenarbeiter und 10.142 Schneearbeiter. Die städtischen Strassenbahnen stellten für die Freimachung der Gleise 7720 Hilfskräfte in den Dienst. Für die maschinelle Schneesäuberung verwendete der städtische Fuhrwerksbetrieb 430 Pferdeschneepflüge und 22 Autoschneepflüge. Bei den städtischen Strassenbahnen wurden 88 Motorschneepflüge mit 132 Anhängern und 12 Pferdeschneepflüge in den Dienst gestellt.

.....

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zusammen. Der Wiener Gemeinderat hält am Freitag um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

.....

Stadtrat Professor Dr. Tandler 60 Jahre alt. Heute vormittags veranstalteten anlässlich des 60. Geburtstages des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler die Aerzte, Beamten und Angestellten des städtischen Wohlfahrtsamtes im reich mit Blattpflanzen geschmückten Sitzungssaal des Wiener Gemeinderates eine Feier, an der auch Bürgermeister Seitz mit allen amtsführenden Stadträten, Landtagspräsident Dr. Danneberg, sowie Magistratsdirektor Dr. Hartl mit den leitenden Beamten des Magistrates teilnahmen. Oberstadtphysikus Dr. Böhm hielt an den Jubilar eine herzliche Ansprache, in der er ihm als dem Initiator der neuen grossen Schöpfungen der Gemeinde Wien auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens für seine vorbildliche Tätigkeit dankte. Stadtrat Tandler, ein Vorbild strengster Pflichttreue, äusserster Opferfreudigkeit und seltener Tatkraft, hat Schöpfungen geschaffen, deren viele im Ausland bereits nachgeahmt werden. Die gesamte Beamten- und Angestelltenschaft des Wohlfahrtsamtes ist stolz darauf, mit ihm an dem Aufbau der Menschheit mitarbeiten zu können. Oberstadtphysikus Dr. Böhm überreichte dann dem Jubilar unter stürmischem Beifall sein vom akademischen Maler Albert Janisch geschaffenes Oelporträt. In bewegten Worten dankte Professor Dr. Tandler für die Ehrung. Er dankte auch der Wiener Stadtverwaltung für die wertvolle Unterstützung,

ohne die das Aufbauwerk des Wohlfahrtsamtes nie hätte durchgeführt werden können. Sie waren immer meine treuen Mitarbeiter, sagte er, und ich wünsche nur, dass wir noch viele Jahre der Stadt, der Republik und der notleidenden Mensch nach besten Wissen und Gewissen dienen können.

\* \* \*

Im Sitzungssaale des Wohlfahrtsamtes überreichten die Referenten, Anstaltsdirektoren und Verwalter der Anstalten der Magistratsabteilung 9 dem Jubiläar seine von Professor Hanak geschaffene Büste. Obersenatsrat Hofer beglückwünschte Professor Tandler, worauf dieser für die ihm bewiesene Ehrung in überaus herzlichen Worten dankte.

-----

Bildhauer Schärpe gestorben. Gestern ist der Bildhauer Johann Schärpe im 74. Lebensjahr gestorben. Von seiner Künstlerhand stammen <sup>unter anderen</sup> der Austriabrunnen in Ottakring, das Anzengruberdenkmal auf dem Schmerlingplatz und der Augustinbrunnen in der Neustiftgasse. Bürgermeister Seitz hat verfügt, dass dem verstorbenen Künstler ein Grab ehrenhalber an bevorzugter Stelle im Zentralfriedhof eingeräumt wird. Die Kosten des Leichenbegängnisses trägt ebenfalls die Gemeinde.

-----

Die Semesterferien am Pädagogischen Institut der Stadt Wien. Mit Rücksicht auf die Kohlennot beginnen die Semesterferien am Pädagogischen Institut der Stadt Wien schon übermorgen Montag und enden am 2. März. Die Einschreibungen für das Sommersemester 1929 finden vom 20. Februar bis 2. März in der Zeit von 15 bis 18 Uhr im Pädagogischen Institut, Wien, VII., Burggasse 16, Hörsaal III, 3. Stock, statt.

-----

Vorsicht bei beschädigten Gasanlagen. Bei Gasanlagen, die infolge Frostgebrechen vorübergehend unbenützlich sind, ist es unbedingt notwendig, bis zur Behebung der Störung aus Sicherheitsgründen die Hähne an allen Gasgeräten und den Gasmesserhahn geschlossen zu halten.

-----

Bezirksvertretung Favoriten. Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten findet am Freitag, den 22. Februar, um 16 Uhr statt.

-----

Wohnung und Städtebau. In der Ausstellung "Wohnung und Städtebau", I., Parkring 12 spricht morgen Sonntag um 11 Uhr vormittags bei freiem Eintritt Dr. Else Hoffmann über "Paris und Wien-ihre moderne Stadtentwicklung".

-----

Wien, am Samstag, den 16. Februar 1929 Zweite Ausgabe.

.....  
Die Einstellung des Unterrichtes.

100 Schulhäuser bleiben von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends offen.

Vom kommenden Montag an ist der Unterricht an sämtlichen öffentlichen Volks-, Haupt- und Sonderschulen eingestellt. In hundert Schulgebäuden werden bis auf weiteres die erforderlichen Räume geheizt, um jenen schulpflichtigen Kindern, deren Eltern es wünschen, in der Zeit zwischen 8 Uhr früh und 8 Uhr abends unter Beaufsichtigung von Lehrpersonen eine warme Unterkunft zu sichern. (Beiliegend die Liste der offenen Schulgebäude). Zur Aufrechthaltung des notwendigen Einvernehmens zwischen Schule und Elternhaus ist es wünschenswert, dass die Eltern ihren Kindern eine einfache Bescheinigung darüber mitgeben, für welche Stunden sie die Betrauung ihrer Kinder in den geheizten Schulräumen wünschen. Die Schule mit Aufenthaltsklassen, die von den Schülern der gesperrten Schulen besucht werden können, wird durch Anschlag an dem Schultor jeder gesperrten Schule bekanntgegeben. Sämtliche städtischen Schulgebäude sind in dieser Zeit selbstverständlich auch für alle dort eingemieteten Turn- und sonstigen Vereine, Privatschulen, Kurse und dergleichen nicht benützbar.

Die Fortbildungsschulen bleiben einschliesslich der in den beiden Zentralgebäuden untergebrachten Schulen gleichfalls geschlossen. Ebenso die dort betriebenen Bibliotheken, Kurse und sonstigen Einrichtungen.

Alle städtischen Kindergärten und städtischen Jugendherde, die in öffentlichen Schulen untergebracht sind und Kohlenofen- oder Gasofenheizung haben, bleiben trotz der Schulsperre geöffnet.

.....  
Eingeschränkter Betrieb in den städtischen Schwimmhallen. Um Kohlenersparnisse zu erzielen, werden morgen Sonntag die Schwimmhallen in allen städtischen Bädern um 13 Uhr geschlossen. Am Montag nachmittag ist nur die Schwimmhalle im Jörgerbad offen. Vom Dienstag an bis auf weiteres sind die Schwimmhallen im Jörgerbad und Amalienbad nur nachmittags ab 13 Uhr geöffnet. Die anderen Badeabteilungen in den städtischen Bädern werden bis auf weiteres noch betrieben.

.....  
Die Abhaltung der Viehmärkte. Bürgermeister Seitz hat heute verfügt, dass für die Dauer der derzeit bestehenden abnormen Witterungsverhältnisse und der damit verbundenen einschneidenden Verkehrsstörungen die Märkte in St. Marx für lebendes und geschlachtetes Vieh auch an einem anderen als an den hiefür festgesetzten Tag stattfinden. Ebensob kann ein Markt an dem nächstfolgenden Tag fortgesetzt werden.

Ab Dienstag nur von 7'30 Uhr bis 15 Uhr.

Infolge der geringen Kohleneinläufe sind die Vorräte der städtischen Elektrizitätswerke derart gesunken, dass die Stromversorgung nicht mehr voll aufrecht erhalten werden kann. Es wird deshalb die Reklamebeleuchtung gänzlich eingestellt. Sie darf vom Montag an nicht mehr benützt werden. Auch die Beleuchtung der Schilder ist von Montag an eingestellt. Die Schaufenster dürfen nur während der Geschäftsstunden beleuchtet werden.

Die Werke sind aber auch gezwungen, die Stromlieferung für Kraftzwecke zu drosseln. Es wurde mit den Vertretern der Industrie und der Arbeiterschaft vereinbart, dass die Belieferung der Unternehmungen mit Kraftstrom auf die Zeit von 7'30 Uhr bis 15 Uhr eingeschränkt wird. Dadurch wird den Betrieben, die Kraftstrom beziehen, eine kontinuierliche Arbeitszeit von sieben ein halb Stunden ermöglicht. Lebenswichtige Betriebe werden beim Strombezug bevorzugt. Diese Sparmaßnahme wird am Dienstag wirksam. Die Besitzer von Kraftanlagen dürfen vom Dienstag an nur von 7'30 Uhr bis 15 Uhr für diese Anlagen Strom beziehen. Ausgenommen bleiben kontinuierliche Betriebe und auch kontinuierliche Abteilungen, in nicht kontinuierlichen Betrieben sowie lebenswichtige Betriebe (Brotfabriken, Bäckereien, Fleischverarbeitende Betriebe, Molkereien und Heilmittelbetriebe.) Betriebe, bei denen der überwiegende Teil der Arbeiterschaft auf den Eisenbahnverkehr zur Arbeitsstätte angewiesen ist, können im Einvernehmen mit den städtischen Elektrizitätswerken den bisherigen Beginn des Kraftstrombezuges beibehalten, wenn der Strombezug um eine halbe Stunde früher als bisher eingestellt wird. Wenn in einem Betrieb Doppelschichten bereits eingeführt sind, ist auch für diese der Strombezug um eine halbe Stunde zu kürzen. Für neueingelegte Doppelschichten darf kein Strom bezogen werden.

-----  
178.000 Schilling Notstandsspenden. Eine Reihe von Instituten haben zu Handen des Bürgermeisters insgesamt 178.000 Schilling erlegt. Davon die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien mit Genehmigung des Bundeskanzleramtes 100.000 Schilling, die städtische Versicherungsanstalt 50.000 Schilling, die "Wipag" (Wiener Plakatierungs A.G.) und Teerag (Teer Aktiengesellschaft) je 10.000 Schilling, die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft 5000 Schilling und die Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffgesellschaft 3000 Schilling. Die Wiener öffentliche Küchenbetriebsgesellschaft hat Anweisungen auf 2000 Mahlzeiten übermittelt. Der Bürgermeister hat angeordnet, dass diese Beträge nicht zur Verstärkung der durch die Kältekatastrophe bereits ausserordentlich gestiegenen

Leistun-<sup>gen</sup> der Gemeindeverwaltung dienen sollen, sondern nur für solche Notstands-<sup>III. Blatt</sup>fälle zu verwenden sind, die im Rahmen der Bestimmungen für die normale städtische Fürsorge schwer berücksichtigt werden können. Selbstverständlich werden die Anträge auf solche ausserordentliche Zuwendungen durch die zuständigen Magistratsstellen erfolgen. Es sind deshalb solche Ansuchen ausschliesslich an diese Stellen zu richten und spezielle Gesuche an den Bürgermeister oder einzelne Funktionäre vollkommen zwecklos. Die verstärkte Fürsorge der Gemeindeverwaltung, die infolge der Kälte sehr umfangreich ist, erfährt selbstverständlich durch diese Zuwendung keinerlei Einschränkung. Wohl wird aber durch die begrüssenswerte Zuwendung über den verstärkten Umfang der städtischen Fürsorge hinaus vielen Bedürftigen geholfen werden können.

-----  
Ausserordentliche städtische Notstandsaktion.

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters hielten auch heute die amtsführenden Stadträte im Rathaus eine Beratung ab, in der der städtische Wohlfahrtsreferent Stadtrat Professor Dr. Tandler ausführlich über die Durchführung der Notstandsmassnahmen der Gemeindeverwaltung berichtete. Der Fürsorgeapparat wird in einem aussergewöhnlich starkem Mass in Anspruch genommen; infolge der aufopferungsvollen Arbeit der Funktionäre und Beamten konnte die gewaltige Aufgabe klaglos bewältigt werden. Es ist erfreulich, dass auch in der Nacht von Freitag auf Samstag kein einziger Aufnahmeheischender vom städtischen Obdachlosenheim abgewiesen werden musste. Von den 2400 Betten, die bereitstehen, blieben 200 unbenützt. Auch in den städtischen Wärmestuben, die einen grossen Zuspruch verzeichnen, wurden alle, die Einlass begehrten, aufgenommen. Auch hier ergaben sich keine Schwierigkeiten. Klaglos funktioniert auch die verstärkte Ausgabe von Speiseanweisungen, Winterkleidern, Schuhen, Lebensmittelpaketen und Kohlenkarten. Stadtrat Professor Dr. Tandler regte an, ob es nicht möglich sei, dass mit Rücksicht auf die grosse Notlage, der Bürgermeister eine Verfügung erlasse, durch die alle in der offenen Fürsorge der Gemeinde stehenden Menschen eine einmalige ausserordentliche Zuwendung erhalten. Nach einer eingehenden Aussprache wurde der Bürgermeister ermächtigt, gegen nachträgliche Genehmigung der zuständigen Körperschaften sofort zu verfügen, dass alle Personen, die von der Gemeinde Wien einen Erhaltungsbetrag beziehen, in der nächsten Woche einen einmaligen, ohne Rücksicht auf die Höhe dieses Erhaltungsbetrages gleichmässig festgesetzten Zuschuss von zehn Schilling erhalten. Diese Zuwendung erfolgt auch an die ausserhalb Wiens wohnhaften Bezugsberechtigten. Damit wird mehr als vierzigtausend Personen eine sofortige Hilfe zuteil. Die Bezieher von Erhaltungsbeträgen brauchen keinen einzigen Weg unternehmen, um diesen Zuschuss zu erhalten. Sie erhalten die zehn Schilling in einigen Tagen durch die Postsparkasse in die Ordnung zugestellt.

Am Montag früh wird bereits mit der Durchführung begonnen werden. Es ist vollkommen überflüssig, dass zur Erlangung dieses Betrages das Fürsorgeamt aufgesucht wird. Stadtrat Professor Tandler berichtete, dass auch alle übrigen Fürsorgeeinrichtungen der Gemeindeverwaltung trotz der so stark gestiegenen Anforderungen kläglich funktionieren.

-----

Zwei neue Wohlfahrtswerke der Gemeinde Wien.

Errichtung eines Rheumatiker Pavillons.- Vermehrung der Tuberkulotiker-Betten um 180.- Gesamtkosten fünf Millionen Schilling.

In kürzester Zeit wird dem Gemeinderat eine Vorlage zugehen, durch die die grosse Wohlfahrtsorganisation der Stadt Wien eine überaus wertvolle Erweiterung erfährt. Bisher hat es in Oesterreich einen eigenen Pavillon für Rheumatiker nicht gegeben, obwohl es sich beim Rheumatismus und seinen schweren Folgekrankheiten um ein leider sehr häufiges und oft in den unangenehmsten Formen auftretendes Leiden handelt, das für einzelne Betätigungszweige geradezu eine Berufskrankheit bildet. Es war deshalb schon seit Jahren ein dringender Wunsch, dass eine Stätte geschaffen werde, wo alle erdenkbaren Hilfsmittel der Behandlung in der zweckdienlichsten Weise vereinigt sind, alle Fortschritte der Forschung auf diesem Gebiet in der ganzen Welt überprüft und bei Bewährung angewendet werden. Auch die Möglichkeit der wissenschaftlichen Bearbeitung der auf einem eigenen Rheumatikerpavillon gesammelten Erfahrungen ist ungeheuer wichtig. All das kommt jetzt zur Erfüllung. Aus rein praktischen Gründen empfiehlt es sich, die Abteilung für rheumatische Kranke in jenem Pavillon unterzubringen, in dessen Parterre das bekannte und mit allen modernen Hilfsmitteln ausgestattete Institut für physikalische Heilmethoden sich befindet. Dadurch werden sich einzelne Verschiebungen als notwendig erweisen. Der Rheumatikerpavillon soll 140 Betten umfassen.

Der eigentliche Neubau erfolgt aber, um eine besondere Verbesserung zu bewirken, für die Tuberkuloseabteilung. Die Zahl der Tuberkulosebetten erfährt bei diesem Anlass eine Vermehrung um 180. Es ist eine Tatsache, dass gerade Tuberkulosekranke in den Spitälern am allerschwerigsten Aufnahme finden. Durch diese Vermehrung wird ein ganz besonders dringendes Bedürfnis befriedigt. Der Tuberkulosepavillon wird auf dem gegen die Tiergartenmauer gelegenen unverbauten Gelände errichtet, wodurch es möglich wird, die Belagräume und Liegehallen in fast rein südlicher Richtung anzulegen. Beim Bau des Pavillons wird selbstverständlich der modernste Fortschritt berücksichtigt werden. Alle Erfahrungen die insbesondere in Deutschland auf diesem Gebiete gemacht worden sind und die auf einer im Vorjahr erfolgten Studienreise verwertet wurden, werden angewendet. Das vorhandene Fernheizwerk des Krankenhauses Lainz und auch die bestehende Zentralküchenanlage werden ohne besondere Erweiterungen für den erhöhten Belag ausreichen. Die Kosten des Neubaus stellen sich samt Einrichtung auf rund 4.850.000 S. Dazu kommen noch 150.000 S für die Verlegung einzelner Abteilungen. Der Normalbelagraum des Krankenhauses Lainz ist jetzt 975. Die Vermehrung ist ein volles Drittel. Die jährlichen Betriebsausgaben für die neue Schöpfung werden auf eine Million Schilling geschätzt. Mit den Bauarbeiten soll noch in diesem Frühjahr begonnen werden.

Wien, am Montag, den 18. Februar 1929

.....  
20.000 städtische Schneearbeiter. Der städtische Fuhrwerksbetrieb und die Strassenbahndirektion haben Sonntag und Montag mit verstärkten Mitteln an der Freimachung der Strassen von den Schneemengen gearbeitet. An den beiden Tagen waren rund 20.000 Arbeiter mit der Schneesäuberung beschäftigt. Davon entfallen 17558 auf fremde Hilfskräfte, während der übrige Teil ständiges Personal der städtischen Strassenreinigung war. Die Gemeinde hat alle Autoschneepflüge und 152 Pferdeschneepflüge in Betrieb gesetzt. Die Schneeabfuhr kann leider nicht mit der wünschenswerten Beschleunigung erfolgen, weil die Kanäle nur eine gewisse Schneemenge aufnehmen können.

.....  
Das Konzessionswesen im Cafesiedergewerbe. Heute vormittags sprachen im Auftrag des Fachvereines der Cafesieder Obmann Kammerrat Volk und Obmann-Stellvertreter Demerer bei Bürgermeister Seitz vor. Sie machten darauf aufmerksam, dass der Magistrat auf Grund einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes Filialbetriebe im Gast- und Cafehausgewerbe bewilligt hat, was für diese Erwerbsgruppen eine schwere Schädigung bedeute. Bürgermeister Seitz erklärte, dass mit Rücksicht auf die Beschwerden der Interessenten weitere Filialbetriebe nicht mehr gestattet werden, bis eine endgiltige Auffassung in dieser Frage bei der Regierung und beim Magistrat hergestellt ist. Die Abordnung ersuchte den Bürgermeister um eine Äusserung bezüglich der Gutachten der Landesregierung über die Novellierung des Paragraphen <sup>19</sup> der Gewerbeordnung dahingehend, dass sowohl Einzelpersonen als auch juristische Personen nicht mehr als je zwei Konzessionen erhalten. Der Bürgermeister erklärte, dass zwischen juristischen und Einzelpersonen unterschieden werden müsse. Das Gutachten ist bereits fertiggestellt und lautet dahingehend, dass die einschränkenden Bestimmungen nur für Einzelpersonen gelten sollen. Er bemerkte aber, dass alle diese Gutachten der Landesregierung nicht von entscheidender Bedeutung sind. Es wird Sache des Nationalrates sein, diese Frage endgiltig zu entscheiden.

.....  
Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte amtsführender Stadtrat Linder folgenden Ehepaaren anlässlich ihrer goldenen Hochzeitsfeier die Ehrengabe der Stadt Wien: Franz und Wilhelmine Gerhart, Johann und Marie Gross, Josef und Emma Hanika, Franz und Elisabeth Lissner, Johann und Theresia Polt, Johann und Marie Schmalzbauer, Karl und Josefa Stromer und Karl und Leopoldine Uhlich.

.....  
Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. Am Dienstag um 6 Uhr abends erfolgt eine allgemeine Führung durch die in der Volkshalle des Neuen Rathauses untergebrachte Ausstellung. Freier Eintritt.

.....

ien, am Montag, den 18. Februar 1929 Zweite Ausgabe

.....

Den Schnee von den Dächern räumen! Der Einsturz des Daches der Fabrik Warchalowski in der Odoakergasse zeigt, dass es unbedingt notwendig ist, für die Abkämpfung des Schnees von den Dächern zu sorgen. Insbesondere bei weitgespannten Dachkonstruktionen ist dies ein Gebot der Notwendigkeit. Ein besonderes Augenmerk ist auch auf flache Dächer zu richten, namentlich dann, wenn durch die Schneemassen eine einseitige Belastung der Dachkonstruktion hervorgerufen wird.

.....

Leichte Besserung in der Wasserversorgung. Der Leiter der städtischen Wasserversorgung Oberstadtbaurat Ingenieur Schönbrunner berichtete heute dem Bürgermeister über den Stand der Wasserversorgung. Seit Samstag ist eine Besserung im Zufluss zu verzeichnen. Durch die seit 9. Februar wirksame Sparverordnung ist der Wasserverbrauch doch etwas zurückgegangen. Es sei zwar kein Grund zu einem übertriebenen Optimismus vorhanden, immerhin könne an eine gewisse Erleichterung gedacht werden. Der Bürgermeister hat nun auf Grund dieses Berichtes verfügt, dass drei Punkte der Magistratskündmachung bezüglich des Wasserbedarfes aufzuheben sind. Es sind dies die Bestimmungen, die bisher die Benützung der Badeeinrichtungen jeder Art in den Wohnhäusern, den Betrieb der Wasserstrahlpumpen und die Verwendung von Hochquellenwasser für Bauführungen und gewerbliche Zwecke unter Verbot stellten. Diese Bestimmungen treten von morgen Dienstag an außer Kraft. Die Bevölkerung wird dringendst gebeten die <sup>übrigen</sup> Sparmassnahmen genauest einzuhalten. Der Magistrat wird, sobald eine weitere Entspannung in der Wasserversorgung eintritt, weitere Erleichterungen verfügen. Der Betrieb der städtischen Bäder bleibt aufrecht.

.....

Die Einschränkung beim Strombezug aus den städtischen Elektrizitätswerken. Wie schon am Samstag mitgeteilt, werden die städtischen Elektrizitätswerke von morgen Dienstag an an die Besitzer von Kraftanlagen nur von 7<sup>30</sup> Uhr früh bis 15 Uhr nachmittag Strom liefern. Ausgenommen bleiben alle lebenswichtigen und kontinuierlichen Betriebe. Die Verfügung erfolgte einvernehmlich mit den Vertretern der Industrie und der Arbeiterschaft. Sie wird sofort aufgehoben, wenn die Situation in der Kohlenversorgung sich günstiger gestaltet.

.....

Bezirksvertretung Margareten. Am Mittwoch um 5 Uhr nachmittag hält die Bezirksvertretung Margareten im Amtshaus eine öffentliche Sitzung ab, in der die Neuwahl von Fürsorgegeräten vorgenommen werden wird.

.....

Die Notstandsvorkehrungen der Gemeinde Wien. Auch heute fand im Rathaus unter dem Vorsitz des Bürgermeister Seitz eine Besprechung der amtsführenden Stadträte statt, in der über die Durchführung der Notstandsvorkehrungen der Gemeindeverwaltung berichtet wurde. Der städtische Wohlfahrtsreferent Stadtrat Professor Dr. Tandler teilte mit, dass in der Nacht von Samstag auf Sonntag im städtischen Obdachlosenheim 205 und in der Nacht von Sonntag auf Montag 163 Betten frei waren. Auch die städtischen Wärmestuben konnten mühelos alle Bedürftigen, die sich eingefunden hatten, aufnehmen. Seit Samstag sind die 16 Kindergärten und Horte geöffnet, die auch des Nachts den Kindern zur Verfügung stehen. In der Nacht von Samstag auf Sonntag waren 141 Kinder von 2 bis 14 Jahren in diesen Heimen. Am Samstag wurden dort 501 Kinder ausgespeist. Sie erhielten Frühstück, Mittagmahl und Abendessen. Seit heute stehen den schulpflichtigen Kindern 100 Schulgebäude von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends zur Verfügung. Nach den bis jetzt eingelangten Berichten ist der Besuch sehr schwach. Ein ausführlicher Bericht wird am Dienstag erstattet. Heute hat der Magistrat mit der Anweisung der Zehn-Schilling-Aushilfe für die 40.000 Personen begonnen, die von der Gemeinde Erhaltungsbeiträge beziehen. Man rechnet, dass in längstens drei Tagen diese 40.000 Personen die Aushilfe in Händen haben. Sehr stark in Anspruch genommen wird die von der Gemeinde provisorisch errichtete Wärmestube in Fünfhaus Vogelweidplatz 15. Sie ist täglich von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends geöffnet.

-----

Gasexplosion in einem städtischen Neubau. Heute gegen halb 11 Uhr vormittags ereignete sich im Gemeindehaus III., Khunnngasse 6-8 in der dort untergebrachten Bücherei des Unterrichtsverbandes Landstrasse eine Gasexplosion. Der städtische Hauswart, der in dieser Bücherei Dienst versieht, ging mit einer brennenden Zigarette in den Raum, wo sich ausgeströmtes Gas angesammelt hatte. Es erfolgte sofort eine Explosion. Hauswart Georg Rcsak erlitt Brandwunden im Gesicht und musste in das Rudolfsspital gebracht werden. Die städtischen Gaswerke fanden den Gasmesser vollständig in Ordnung. Das Gas dürfte durch den im Büchereiraum vorhandenen Gasofen ausgeströmt sein. Es wurde auch ziemlicher Sachschaden angerichtet, der durch Versicherung gedeckt ist.

-----

Wien, am Dienstag, den 19. Februar 1929

---

Die gesperrten Wiener Schulen.Der Besuch der Aufenthaltsklassen.

Seit Montag sind bekanntlich von den rund 500 städtischen Schulgebäuden 400 gesperrt. In hundert Schulhäusern wurden Aufenthaltsklassen eingerichtet. Sie wurden am Montag um 8 Uhr früh eröffnet und bleiben bis 8 Uhr abends offen. Der Heizbetrieb funktioniert tadellos. Die erforderlichen Räume wurden einvernehmlich mit dem städtischen Wirtschaftsamt, den zuständigen Magistratsabteilungen und dem Stadtschulrat bestimmt. Das Lehrpersonal wurde auf Grund der Leiterkonferenzen in den einzelnen Inspektionsbezirken den Bedürfnissen entsprechend eingeteilt. Es kommen auf jede Klasse zwei Lehrpersonen. Der Besuch der Aufenthaltsklassen war am Montag ausserordentlich gering; es wurden 4038 Kinder gezählt. Der schwache Besuch dürfte auf die milder gewordene Temperatur zurückzuführen sein. Die Aufenthaltsklassen wurden von den zuständigen Bezirksschulinspektoren wiederholt zu verschiedenen Tageszeiten besucht. In einigen Schulen ist ein verhältnismässig starker Besuch zu verzeichnen, während in anderen Schulen sehr wenig Kinder sind. Im ersten Inspektionsbezirk, der die Bezirke Innere Stadt, Neubau und Alsergrund umfasst, sind 168 Kinder am Montag gezählt worden. Der zweite Inspektionsbezirk umfasst die Schulen in der Leopoldstadt und Brigittenau und verzeichnete 440 Kinder. Der dritte Inspektionsbezirk, der die Schulen der Landstrasse, Wieden und Simmering einschliesst, hatte 271 Kinder. Der vierte Inspektionsbezirk umfasst die Schulen von Mariahilf, Meidling und Hietzing. Dort erschienen 242 Kinder. Der fünfte Inspektionsbezirk hat alle Margaretners Schulen; dort wurden 90 Kinder gezählt. Der sechste Inspektionsbezirk umschliesst die Schulen von Rudolfsheim und Fünfhaus; es wurden 274 Kinder gezählt. Der siebente Inspektionsbezirk (Ottakring) verzeichnet 467 Kinder. Im achten Inspektionsbezirk (Josefstadt und Hernals) wurden 318 Kinder festgestellt. Der neunte Inspektionsbezirk (Währing und Döbling) zählte 424 Kinder, im zehnten Inspektionsbezirk (Favoriten) waren es 315 Kinder, im elften Inspektionsbezirk (Teil der Leopoldstadt und Brigittenau) waren es 408 Kinder, im zwölften Inspektionsbezirk (Floridsdorf) 339 Kinder und im dreizehnten Inspektionsbezirk (Teil von Hietzing) 282 Kinder. Im Durchschnitt waren die Aufenthaltsklassen am Montag von 3,57 Prozent der Gesamtschülerzahl besucht.

Selbstverständlich wird die Sperre der Schulen sofort aufgehoben, wenn dies die Kohlenzufuhr gestattet.

---

Wien, am Dienstag, den 19. Februar 1929 Zweite Ausgabe

.....

Die Kohlenversorgung der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke. Heute wurde die Drosselung des Stromverbrauches für die Industrie wirksam. Durch die Beschränkung der Stromabgabe für Kraftzwecke von 7<sup>30</sup> bis 15 Uhr haben die städtischen Elektrizitätswerke einen immerhin beträchtlichen Rückgang des Kohlenverbrauches erzielt. Trotzdem ist die Lage noch ernst. Montag und Dienstag erhielten die Elektrizitätswerke nur 705 Tonnen Kohle, während 1642 Tonnen verbraucht wurden. Es mussten also 937 Tonnen aus den Vorräten <sup>Aehnlich un-</sup>genommen werden. <sup>güns-</sup>tig ist die Lage im städtischen Gaswerk. Montag und Dienstag langten rund 1500 Tonnen ein; der Verbrauch betrug aber 5200 Tonnen, sodass rund 3700 Tonnen zugesetzt werden mussten. Man erwartet, dass Mittwoch früh bereits angekündigte Kohlensendungen sowohl in den Gas- als auch Elektrizitätswerken eintreffen werden. Infolge der Kohlenknappheit muss bis auf weiteres die seit heute Dienstag verfügte Einschränkung der Kraftstromlieferung aufrecht bleiben.

.....

Normaler Betrieb in den städtischen Badeanstalten. Bekanntlich sind die Warmbäder der Gemeinde von Sonntag mittag bis Dienstag mittag geschlossen, um die erforderlichen Reinigungsarbeiten durchführen zu können. Heute Dienstag wurde in allen städtischen Warmbädern der Betrieb im vollen Umfang aufgenommen. Von heute Dienstag an bis auf weiteres können die Schwimmhallen im Jörgerbad und im Amalienbad nur nachmittags benützt werden. Sie werden täglich um 13 Uhr geöffnet. Alle übrigen Badeabteilungen in den städtischen Bädern haben heute nachmittag den normalen Betrieb aufgenommen.

.....

Keine Boxkämpfe in Wien. Ein Wiener Zirkusunternehmen hat an den Magistrat das Ansuchen um Bewilligung der Abhaltung von Boxkämpfen im Rahmen eines Varieteprogrammes gestellt. Die zuständige Magistratsabteilung hat dieses Ansuchen abgewiesen. Gegen den abweislichen Bescheid hat das Unternehmen den Rekurs an die Wiener Landesregierung eingebracht. In der heutigen Sitzung der Wiener Landesregierung wurde der Rekurs abschlägig beschieden. In der Begründung der Abweisung wird hervorgehoben, dass Boxkämpfe, die innerhalb eines Varieteprogrammes veranstaltet werden, bei jenem Teil der Besucher, der vor allem wegen des Varieteprogrammes den Zirkus besucht, Anstoss erregen könnten.

.....

Wien, am Mittwoch, den 20. Februar 1929

.....

Subventionen der Gemeinde Wien. Der städtische Finanzausschuss hat am Montag wieder eine Reihe von Subventionen beschlossen. So erhält die Lehrerarbeitsgemeinschaft "Lichtbild" eine Subvention von zehntausend Schilling. Die Arbeitsgemeinschaft führt 13 Lichtbildstellen, die alle Wiener Pflichtschulen mit dem notwendigen Lichtbildmaterial versorgen. Der Wiener Dombauverein wurde mit fünftausend Schilling subventioniert. Die Restaurationarbeiten am Dom zu St. Stephan werden ständig fortgeführt. Im abgelaufenen Jahr wurden dafür über 36.000 Schilling ausgegeben. Die erste österreichische Krüppelarbeitsgemeinschaft bekommt eine Subvention von 2.000 Schilling. Die Arbeitsgemeinschaft unterhält eigene Krüppelwerkstätten, wodurch den Krüppeln einige Arbeitsmöglichkeiten geboten werden. Eine Subvention von tausend Schilling erhält die Lebensmüdenstelle der Ethischen Gemeinde. Diese wurde seit ihrer Eröffnung am 22. Mai 1928 bis Ende des abgelaufenen Jahres von mehr als 900 Hilfesuchenden in Anspruch genommen. In einer Reihe von Fällen konnte die Lebensmüdenstelle helfend eingreifen und Menschenleben und Existenzen retten. Schliesslich hat der städtische Finanzausschuss für die Freiwillige Feuerwehr Mauerbach eine Subvention von 400 Schilling beschlossen und für die Hauptausstellung des Albrecht Dürerbundes einen Ehrenpreis der Stadt Wien von 500 Schilling gewidmet.

.....

Die Platzzinse für die Kaffeehausvorgärten in der Inneren Stadt. Gestern sprach unter Führung des Genossenschaftsvorsteher-Stellvertreter Leo Demerer eine Abordnung der Fachgruppe der sozialdemokratischen Kaffeesieder Wiens beim amtsführenden Stadtrat Linder vor. Die Abordnung ersuchte, bei der Festsetzung des Platzzinses für die Kaffeehausvorgärten der Inneren Stadt auch die Genossenschaft zu Rate zu ziehen und bei den Plachenplatzzinsen eine Ermässigung eintreten zu lassen. Amtsführender Stadtrat Linder sagte der Abordnung zu, dass der Platzzins für den Plachenmeter von drei auf zwei Schilling ermässigt werde. Im übrigen werden die Platzzinse für die Kaffeehausgärten im Einvernehmen mit der Genossenschaft festgesetzt werden.

.....

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit werden in Döbling die Grinzingerstrasse und Sandgasse mit der elektrischen Beleuchtung ausgestattet.

.....

Bezirksvertretung Alsergrund. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Alsergrund findet am Mittwoch, den 27. Februar, um 17 Uhr statt.

.....

Wien, am Mittwoch, den 20. Februar 1929 Zweite Ausgabe.

.....  
Bericht über die Notstandsverkehren der Gemeinde im Gemeinderat. Bürgermeister Seitz hat verfügt, dass dem Gemeinderat ein ausführlicher Bericht über alle Massnahmen der Stadtverwaltung erstattet wird, die aus Anlass der Kältekatastrophe durchgeführt worden sind. Dieser Bericht wird zu Beginn der übermorgen Freitag stattfindenden Gemeinderatssitzung erstattet werden.

.....  
Pensionierung des Direktors der städtischen Elektrizitätswerke Ingenieur Eugen Karel. Ende Jänner hat der Direktor der städtischen Elektrizitätswerke Ingenieur Eugen Karel dem Bürgermeister ein Ansuchen um Versetzung in den dauernden Ruhestand überreicht. Er hat dieses Ansuchen aus gesundheitlichen Rücksichten eingebracht. Der Stadtsenat hat am Dienstag dieses Ansuchen behandelt und beschlossen, dem Gemeinderat die Versetzung Direktor Karels in den dauernden Ruhestand vorzuschlagen. Ebenso soll der Gemeinderat Direktor Karel aus diesem Anlass in Würdigung seiner besonderen um den Ausbau der städtischen Elektrizitätswerke erworbenen Verdienste Dank und volle Anerkennung aussprechen. Direktor Karel steht im 65. Lebensjahr. Er trat am 24. Juni 1891 als Stadtbauamtsbeamter in den Dienst der Gemeinde Wien und wurde am 17. Juni 1902 provisorisch mit der Stellvertretung des Betriebsleiters der städtischen Elektrizitätswerke betraut. Seit 22. Juni 1904 war er Direktor-Stellvertreter und am 22. Februar 1916 wurde er vom Gemeinderat zum Direktor ernannt. Der nunmehr aus dem städtischen Dienst scheidende Direktor war also nahezu 38 Jahre in der Gemeindeverwaltung tätig. Die Vorlage über die Pensionierung wird am Freitag dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

.....  
Die Kohlenversorgung der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke. Trotz der beschränkten Stromabgabe für Kraftzwecke von 7<sup>30</sup> bis 15 Uhr ist die Lage in der Kohlenversorgung der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke noch immer ernst. Gestern Dienstag erhielten die Elektrizitätswerke nur 523 Tonnen Kohle, während 1559 verbraucht worden sind. Es mussten daher 1036 Tonnen aus den Vorräten genommen werden. Die städtischen Gaswerke verbrauchten am Dienstag 2.706 Tonnen Kohle. Der Einlauf betrug aber nur 519 Tonnen, so dass 2181 Tonnen den Lagerbeständen entnommen werden mussten. Heute wurde dem Elektrizitätswerk telegraphisch angezeigt, dass 60 Waggon Ruhrkohle für sie verladen worden sind und Passau anrollen. Das Eintreffen dieses Kohlenzuges in Wien ist aber noch unbestimmt. Infolge der Kohlenknappheit muss daher bis auf weiteres die seit gestern Dienstag verfügte Einschränkung der Kraftstromlieferung aufrecht bleiben.

.....

Wien, am Donnerstag, den 21. Februar 1929

.....

Gründung eines Verbandes für Wohnungsreform. Mitte Jänner wurde in Frankfurt am Main der Internationale Verband für Wohnungswesen gegründet. Diesem Verband gehört eine grosse Zahl von österreichischen Körperschaften, Vereine und Städte als Mitglieder an. Diese hielten kürzlich unter dem Vorsitz des Vorstandsmitgliedes des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen Stadtrat Anton Weber eine Besprechung ab, in der beschlossen wurde, für Oesterreich einen "Verband für Wohnungsreform" zu gründen. Der Verband soll dieselbe Aufgabe erfüllen wie die internationale Vereinigung. Er hat die Förderung der Wohnungsreform zur Aufgabe und soll zu diesem Zweck die öffentlichen Körperschaften und alle privaten Organisationen sowie Einzelpersonen zusammenfassen, die sich mit der Wohnungsreform beschäftigen oder eine Verbesserung der Wohnverhältnisse anstreben. Aus dem Kreise der Mitglieder des Internationalen Verbandes wurde ein vorbereitendes Komitee eingesetzt, bestehend aus Obmann Baier vom Oesterreichischen Verband der Kleingärtner und Siedler, Hofrat Bonczak vom Zentralverband der Oesterreichischen Baugenossenschaften, Sekretär Honay vom Oesterreichischen Städtebund, Dr. Palla vom Oesterreichischen Arbeiterkammertag, Ministerialrat Vejborny vom Bundes Wohn- und Siedlungsamt und amtsführenden Stadtrat Weber. Dieses Komitee hat bereits die Statuten ausgearbeitet und die Einberufung der konstituierenden Versammlung des Verbandes für Ende März in Aussicht genommen.

.....

Stromabschaltungen. Die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke musste, um Unglücksfällen vorzubeugen, in zwei Häusern den elektrischen Strom vom städtischen Kabelnetz abschalten. Es sind dies die Häuser II., Stüwerstrasse 21 und VII., Stiftgasse 9, wo die elektrische Installation trotz wiederholter Aufträge nicht in den vorschriftsmässigen Zustand gebracht wurde. Im Hause VII., Stiftgasse 9 hat die Installation im Hofe die persönliche Sicherheit gefährdet. Die elektrischen Anlagen in beiden Häusern bilden in ihrem derzeitigen Zustand eine Feuergefahr, weshalb die Stromabschaltungen im öffentlichen Interesse notwendig waren.

.....

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses findet morgen Freitag um 18 Uhr bei freiem Eintritt eine allgemeine Führung statt.

.....

Wien, am Donnerstag, den 21. Februar 1929 Zweite Ausgabe

.....

Die Drosselung der Stromabgabe muss weiter aufrecht bleiben!In der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke wurde heute eine Besprechung mit den Vertretern der Industrie und der Arbeiter abgehalten. Die Vertreter des Bundes der freien Gewerkschaften und des Wiener Industriellenverbandes verlangten die eheste Aufhebung der Sparmassnahmen. Die Direktion der Elektrizitätswerke jedoch machte darauf aufmerksam, dass, trotzdem auch sie ein Interesse habe, die Sparmassnahmen sobald als möglich aufzuheben, diese in Industrie und Gewerbe diese Woche noch nicht aufgehoben werden können. Eine Entscheidung darüber kann voraussichtlich erst übermorgen Samstag auf Grund der sich bis dahin ergebenden Verkehrssituation getroffen werden. Es müssen daher die Sparmassnahmen bis einschliesslich kommenden Montag aufrecht bleiben. In den Sonntagszeitungen wird verlautbart werden, ob die von den Arbeiter- und Unternehmerorganisationen verlangte Aufhebung der Sparmassnahmen ab Dienstag der kommenden Woche erfolgen kann. Auf keinen Fall wird es möglich sein, schon in der nächsten Woche den Arbeitsausfall dieser Woche einzubringen. Übermorgen Samstag gilt als die zulässige Höchstarbeitszeit die gleiche, wie an den anderen Wochentagen dieser Woche, das ist von 7'30 bis 15 Uhr.

.....

Zehn Jahre Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien. Wie schon gemeldet, feiert die Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien für Bedürftige am 1. März ihren zehnjährigen Bestand. Die Rechtshilfestelle ist im Laufe der Zeit zu einer überaus wertvollen Institution geworden, die jährlich tausenden von Hilfesuchenden mit Rat und Tat zur Seite steht. Aus Anlass der Zehnjahrfeier findet am Donnerstag, den 28. Februar, im grossen Sitzungssaal des alten Rathauses, I., Wiplingerstrasse 8, um 18'15 Uhr eine Postversammlung statt.

.....

Magistratsabteilung für Sozialversicherung. Die Magistratsabteilung für Sozialversicherung (Mag. Abt. 14), I., Wipplingerstrasse 8, hat eine neue Fernsprechnummer erhalten. Diese lautet: U 21-1-55.

.....

Wien, am Freitag, den 22. Februar 1929

Eisstoss und Hochwassergefahr. Heute vormittags trat im Wiener Rathaus unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates Richter das Zentralkomitee für Ueberschwemmungsangelegenheiten zusammen. In diesem Komitee sind die Gemeinde Wien, das Bundesministerium für Handel und Verkehr, die Niederösterreichische Landesregierung, das Wiener Stadtkommando, das Bundesstrombauamt, die Post- und Telegraphendirektion für Wien und die Bundespolizeidirektion vertreten. Den Bericht über die gegenwärtige Situation und die getroffenen Vorkehrungen zur Bekämpfung der Hochwassergefahr erstatteten für das Bundesstrombauamt Baudirektor Hofrat Ingenieur Salcher, für die Hydrographische Abteilung der Niederösterreichischen Landesregierung Hofrat Ingenieur Resch, Hofrat Dr. Lossik von der Polizeidirektion, Vizepräsident Ingenieur Stohmann der Telegraphendirektion und Major Maissner vom Stadtkommando. Das Stadtbauamt berichtete, dass die Gemeinde Wien ebenfalls alles vorgekehrt habe, um einem allenfalls eintretenden Hochwasser wirksam begegnen zu können. Das Zentralkomitee beschloss, mit Rücksicht auf das noch herrschende Kältewetter von der Permanenzerklärung des Komitees Abstand zu nehmen. Die Vorkehrungen zur Bekämpfung von Hochwassergefahr sind soweit getroffen, dass erst bei eintretenden starkem Tauwetter das Zentralkomitee wieder zusammentreten wird.

Regelung der Fuhrwerksaufstellung beim Nordbahnhof. Die Aufstellung von bestellten Privatwagen, Platzkraftwagen, Einspännern und Fiakern auf dem Standplatz beim Nordbahnhof war bis jetzt provisorisch geregelt. Durch eine Kundmachung des Wiener Magistrates wird nun das Provisorium in ein Definitivum umgewandelt. Die angeführten Fuhrwerke haben vor dem Bahnhofgebäude in der Nordbahnstrasse in einer Reihe, Fahrtrichtung gegen die Strassenmitte senkrecht zur Strassenachse, Aufstellung zu nehmen.

Am Sonntag eingeschränkter Strassenbahnverkehr. Um Stromersparnisse zu erzielen sieht sich die Direktion der städtischen Strassenbahnen genötigt, auch übermorgen Sonntag den Verkehr nur soweit durchzuführen, dass er den notwendigen Ansprüchen gerecht wird. Der sonst verstärkte Verkehr nach den Ausflugsorten Mauer, Grinzing, Sieferring, Neuwaldlegg, Hütteldorf und so weiter entfällt. Die Sonntagslinien wie S 18, die Führung der Linie 60 bis zur Mariahilferstrasse und dergleichen werden eingestellt. Es wird auch kein verstärkter Verkehr auf den Linien nach Nussdorf, zur Reichsbrücke, zum Lusthaus und nach St. d. la. die für die Zufahrt zum Eisstoss in Betracht kommen, stattfinden. Gleiche Einschränkungen werden auch im Stadtbahnverkehr durchgeführt.

Wien, am Freitag, den 22. Februar 1929 Zweite Ausgabe

## W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 22. Februar 1929

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung. Anlässlich des Weihnachtstages 1928 sind zugunsten der Pflinglinge in den verschiedenen städtischen Wohlfahrtsanstalten von gewerblichen Genossenschaften, Verbänden, Vereinen, Firmen und Privatpersonen namhafte Spenden in Geld, Rauchwaren und Naturalien eingelangt. Zur Linderung der durch die gegenwärtige Kältekatastrophe verursachten Not haben gespendet: Der Vollzugsausschuss der Zentralsparkasse 100.000 Schilling, der Verwaltungsrat der Teerag A.G. 10.000 Schilling, die Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt 3.000 Schilling, die Gerngross A.G. 2500 Schilling, die Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie 5000 Schilling, die städtische Versicherungsanstalt 50.000 Schilling, die Wiener Plakatierungs A.G. "Wipag" 10.000 Schilling, die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft 5000 Schilling, ein ungenannter Spender 500 Schilling und Rechtsanwalt Dr. Siegmund Schorn 100 Schilling. Ferner haben das ägyptische Konsulat 250 Kilogramm Frühgemüse und die Wiener öffentliche Küchenbetriebsgesellschaft "Wök" 2000 Menüanweisungen gespendet. Der Gemeinderat spricht den Spendern den Dank aus. Zunächst wird ohne Debatte eine Reihe von Anträgen angenommen. Der Wiener Dombauverein wird mit 5000 Schilling subventioniert, die Freiwillige Feuerwehr Mauerbach mit 400 Schilling, die Lehrer Arbeitsgemeinschaft Lichtbild mit 10.000 Schilling und die Erste österreichische Krüppelarbeitsgemeinschaft mit 2000 Schilling. Für den Albrecht Dürerbund wird ein Ehrenpreis von 500 Schilling bewilligt, als Beitrag zur Deckung der Kosten der Beethoven Zentenarfeier widmet die Gemeinde 19.480 Schilling. Für die städtischen Elektrizitätswerke wird zur Anschaffung von rund 40.000 Elektrizitätszählern, Zeitschaltern und Schaltuhren ein Sachkredit von 2.000.000 Schilling genehmigt. Schliesslich werden ohne Debatte Realitätenankäufe und die Abänderung des Generalregulierungsplanes beschlossen.

Dem Gemeinderat liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor. Der Dringlichkeitsantrag des Gemeinderates Rummelhardt verlangt, dass schleunigst alle Massnahmen zur Freimachung der Strassen Wiens vom Schnee getroffen werden, insbesondere aber in erster Linie veranlasst wird, dass bei den Strassenübergängen der Schnee beseitigt und die Rinneale und Kanalöffnungen zur Ableitung des Schneewassers bei Tauwetter freigemacht werden. Der zweite Dringlichkeitsantrag ist von den Gemeinderäten Pfeiffer und Dr. Wagner eingebracht. Er verlangt, dass sofort ein

Bericht erstattet werde, aus welchen Gründen die Kohlenvorräte für die städtischen Unternehmungen und Anstalten so geringfügig waren, dass schon nach kurzer Dauer der gegenwärtigen Kälteperiode zu weitgehenden Einschränkungen des Betriebes geschritten werden musste.

Bürgermeister Seitz teilt dann mit, er habe verfügt, dass von den amtsführenden Stadträten, die gewisse besondere Vorkehrungen anlässlich der Kältekatastrophe treffen mussten, über ihre Tätigkeit dem Gemeinderat ein Bericht erstattet wird.

Zunächst berichtet amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler über die Kältemassnahmen. In jedem Winter werden die notwendigen Vorkehrungen getroffen, um die Menschen vor Kälte und Not zu schützen. Deshalb ist auch in jedem Budget für solche Massnahmen vorgesorgt. Von Bedeutung sind da die von der Gemeinde jährlich durchgeführte Kohlenaktion und die Bereitstellung von einer Million Schilling für ausgesteuerte Arbeitslose. Diesen Winter hat die Gemeinde in den verschiedenen Anstalten nicht weniger als 22.474 Betten und ausserdem die Betten im Obdachlosenheim. In der freien Fürsorge stehen 58.000 Menschen, von denen 40.000 den Erhaltungsbeitrag beziehen. Ueber 17.000 Kinder stehen im normalen Bezug des Pflegebeitrages. Die Gemeinde hat also rund 80.000 Menschen in ihrer Fürsorge. Dazu kommen noch gegen 3200 Menschen, die im Obdachlosenheim und in den Wärmestuben betreut werden. Alle Anstalten waren mit Kohle ausreichend versorgt und es war in keiner Anstalt notwendig, zu irgendwelchen besonderen Massregeln zu greifen. Ueberaus gross war auch das Arbeitsfeld für die Gemeinde in der offenen Fürsorge. Während sonst im ganzen Jahr 150 Waggons Brennstoff verteilt werden, wurden jetzt schon nicht weniger als 246 Waggons ausgegeben. In früheren Jahren wurden rund 75.000 Kohlen und Holzanweisungen ausgegeben. Heuer schon gegen 133.000. Während der Geldaufwand dafür normaler Weise 100.000 Schilling beträgt, sind die Kosten für die heurige Aktion schon über 200.000 Schilling gestiegen. Eine weitere Aktion im Rahmen der Fürsorge ist die Verteilung von warmen Speisen, die Sommer und Winter durchgeführt wird. Während im vergangenen Jahr 65.000 Mahlzeiten ausgegeben wurden, von Neujahr bis heute schon 36.000 ausgegeben. Die Sachaushilfen sind verschiedener Art. Im Winter 1927/28 wurden zum Beispiel 2000 Lebensmittelpakete zu je 5 Kilogramm ausgegeben. In den letzten 7 Wochen nicht weniger als 7500. Diese Aktion ist ausserordentlich wirksam, die Verteilung der Lebensmittelpakete obliegt den Fürsorgeinstituten. Eine andere Sachaushilfe ist die Ausgabe von Schuhen. Während sonst im ganzen Jahr 4000 Paar Schuhe ausgegeben wurden, wurden heuer schon 6300 Paar verteilt. Der Geldaufwand steigerte sich von 62.000 Schilling auf 107.000 Schilling während der Geldaufwand für Kälteschutzmittel normaler Weise zehntausend Schilling beträgt, wurden heuer dafür schon 93.000 Schilling ausgegeben.

An Geldaushilfen wurden gegenüber 25.799 Schilling die in den ersten 20 Tagen des Monats Februar 1928 ausgegeben wurden, in der gleichen Zeit des heurigen Jahres 45.012 Schilling verausgabt. Während diese Aushilfen sonst nur auf Grund genauer Recherchen erteilt werden wurde den Fürsorgeinstituten heuer nahegelegt, bei diesen Recherchen etwas nachlässiger zu sein und tatsächlich haben diese Institute bei den Aushilfen ein Auge zugedrückt. Nach einem Bericht der Fürsorgeinstitute ist dort niemand weggegangen, der nicht eine Unterstützung bekommen hätte. Obwohl der Apparat dieser Institute sehr empfindsam ist, hat es keinen besonderen Andrang und keine besonderen Aufträge gegeben, ein Beweis dafür, wie gut dieser Apparat funktioniert. Während im vergangenen Jänner 568 Ueberstellungen von Kindern in die Kinderübernahmestelle erfolgte waren es im Jänner dieses Jahres 727 und im Februar bis heute 400 während in der gleichen Zeit des Vorjahres 326 Ueberstellungen erfolgten. Mit gerechtem Stolz kann es uns erfüllen, dass die Kinderübernahmestellen trotz der grossen Infektiosität klaglos funktioniert haben. Stadtrat Tandler berichtet sodann über die Fürsorge für Obdachlose. Wir haben alljährlich die Zahl der Obdachlosenbetten vermehrt. Es sind jetzt 2400. Dabei ist interessant, dass die Zahl der Obdachlosen, die die Heime aufsuchen geringer ist, als die Zahl der Betten, die wir zur Verfügung stellen können. Freie Betten waren auch während der grössten Kälte vorhanden. In der letzten Nacht waren zum Beispiel 67 Betten nicht besetzt. Die Bundesbahnverwaltung hat uns in dankenswerter Weise eine Baracke mit 200 Betten für Obdachlose freigemacht, aber auch dort sind ununterbrochen Betten frei. Wir wären heute noch immer im Bedarfsfall 100 bis 150 Notbetten in leeren Räumen aufzustellen. Wir haben vom Dezember an die Zahl der Stunden, an denen die Obdachlosen im Heime bleiben können vermehrt. Schliesslich sind wir dazu gekommen, dass das Obdachlosenheim der grössten Teil des 24stundentages offen ist. Auch die Aufenthaltsdauer in der Wärmestuben haben wir so verlängert, dass die Betriebsdauer von 11 Uhr bis 11 Uhr vormittags läuft. Aber auch hier ist der Besatz nicht zu gross. Wir mussten zum Beispiel in der Wärmestube im X. Bezirk die Räume im Stockwerk schliessen, da diese Räume nicht benützt wurden. Daneben haben wir eine Wärmestube am Vogelweideplatz für den Tag errichtet, die von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends geöffnet ist und nahezu ausnahmslos von Obdachlosen benützt wird. Die Gemeinde zahlt ferner allen in Bezug einer Pfründe stehenden Personen eine einmalige Aushilfe von zehn Schilling. Da dies rund 40.000 Menschen sind, geben wir dafür 400.000 Schilling aus. Die Kohlennot hat insbesondere unsere Fürsorge für die Kinder arg bedroht, wir waren gezwungen die Schulen zu sperren, haben aber eine ganze Anzahl von Schulen offener gelassen. Wir haben vom Dezember an die Zahl der Stunden, an denen die Obdachlosen im Heime bleiben können vermehrt. Schliesslich sind wir dazu gekommen, dass das Obdachlosenheim der grössten Teil des 24stundentages offen ist. Auch die Aufenthaltsdauer in der Wärmestuben haben wir so verlängert, dass die Betriebsdauer von 11 Uhr bis 11 Uhr vormittags läuft. Aber auch hier ist der Besatz nicht zu gross. Wir mussten zum Beispiel in der Wärmestube im X. Bezirk die Räume im Stockwerk schliessen, da diese Räume nicht benützt wurden. Daneben haben wir eine Wärmestube am Vogelweideplatz für den Tag errichtet, die von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends geöffnet ist und nahezu ausnahmslos von Obdachlosen benützt wird. Die Gemeinde zahlt ferner allen in Bezug einer Pfründe stehenden Personen eine einmalige Aushilfe von zehn Schilling. Da dies rund 40.000 Menschen sind, geben wir dafür 400.000 Schilling aus. Die Kohlennot hat insbesondere unsere Fürsorge für die Kinder arg bedroht, wir waren gezwungen die Schulen zu sperren, haben aber eine ganze Anzahl von Schulen offener gelassen.

um den Kindern Schutz vor der Kälte zu bieten. Rund 4000 Schulkinder haben von dieser Institution in den ersten Tagen Gebrauch gemacht. Seither ist die Zahl gestiegen. Die Kindergärten konnten alle im Betrieb gehalten werden. In 16 Kindergärten haben wir einen Tag- und Nachtbetrieb und einen Betrieb an Sonntagen eingeführt. Diese Institution wurde schon am ersten Tag von 236 Kindern frequentiert, seither ist die Zahl der Kinder gestiegen. Den Kindern wird Frühstück, Mittag- und Nachtstuhl gegeben. **Rund 500 Kinder** haben über die Zahl der normalen Auspeisungen in den Kindergärten ihre Mahlzeit bekommen. Wenn man bedenkt, dass wir rund 16.000 Kinder auspeisen und dass wir in diesen Tagen der Not ohne Recherche jedes Kind, dass sich zur Mahlzeit eingefunden hat, gefüttert haben, kann man wohl sagen, dass in Wien kein Kind gehungert hat. In diesen Zeiten war es auch die Aufgabe der privaten Fürsorge ihr Höchstes zu leisten und die private Fürsorge hat sich in diesem Fall der Not wie in früheren Notfällen bewährt. Ueberall wo wir der privaten Fürsorge helfen konnten, haben wir das getan. Von den dem Bürgermeister zugegangenen Spenden wurden besonders in Anspruch genommene Organisationen beteiligt. Stadtrat Tandler stellt abschliessend fest, dass die Fürsorge der Gemeinde Wien in diesen Zeiten der grössten Beanspruchung ihr möglichstes geleistet hat. Man vergesse nicht, dass trotz der ungeheuren Kälte und trotz der Mängel sozialer Natur in Wien kein Mensch erfroren ist. Der Fürsorgeapparat hat in diesen schweren Zeiten nahezu klaglos funktioniert und wir haben allen Grund auf den Fürsorgeapparat der Stadt Wien stolz zu sein (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

Vizebgm. Emmerling berichtet nun eingehend über die Kohlenvorsorge der Gemeinde. Wenn der Gemeinde in dem Dringlichkeitsantrag vorgeworfen wird, sagt Vizebgm. Emmerling, dass keine entsprechende Vorratswirtschaft getrieben wurde, so geht dieser Vorwurf vollständig daneben. Schon im Oktober waren die notwendigen Kohlenvorräte vorhanden. Gas- und Elektrizitätswerke waren immer für mindestens drei Wochen eingedeckt. Man muss sich vor Augen halten, um welche gewaltigen Mengen von Kohle es sich da handelt. Die Gaswerke brauchen täglich ungefähr 280 Waggons und die Elektrizitätswerke 160 Waggons Kohle. Man kann sich schon einen Begriff davon machen, wenn diese zwei Werke, die zusammen täglich 440 Waggons Kohle brauchen für drei Wochen eingedeckt sind, was für eine gigantische Kohlenmenge da vorrätig ist. Wir haben auch Wasserkraftwerke. Mit Ausnahme von Gaming haben sie nahezu völlig infolge der grossen Kälte versagt. Wir haben in der Zeit vom 1. Jänner bis 15. Februar 1928 rund 14 Millionen Kilowattstunden elektrischen Strom aus den Wasserkraftwerken bekommen, während heuer in der gleichen Zeit nur rund zehn Millionen verzeichnet wurden. Dieser

Ausfall kostete dem Elektrizitätswerk 6000 Tonnen Kohle. In der erwähnten Zeit ist heuer der Stromverbrauch von 76 Millionen auf 87 Millionen Kilowattstunden gestiegen. Die Ebenfurtehr Kraftwerke lieferten um 5'2 Millionen Kilowattstunden weniger, weil infolge des Frostes das entsprechende Kühlwasser nicht vorhanden war. Die Folge war, dass die Wiener Werke um 25.000 Tonnen mehr Kohle benötigten. Es muss hervorgehoben werden, dass beim Gaswerk trotz des von 940.000 Kubikmetern auf 1'2 Millionen gestiegenen Verbrauches, überhaupt keine Einschränkung erfolgte. Beim Elektrizitätswerk wurde die Reklamebeleuchtung eingestellt. Das war alles, denn die Stromlieferung an die Industrie bis 15 Uhr kann nur als ein Akt besonderer Vorsicht bezeichnet werden. Von Dienstag an wird auch diese Einschränkung für die Industrie aufgehoben werden. Im Laufe der nächsten Tage werden auch die Schulen wieder geöffnet werden. Schon das zeigt klar, dass die Kohlenwirtschaft der Gemeindeverwaltung keinen Anlass zur Klage geben kann. Die Gas- und Elektrizitätswerke haben ihre Beamten nach Deutschland und nach Ostrau geschickt, damit sie unmittelbar dafür sorgen, dass Kohle für uns verladen wird. Wir haben auch die Nachricht, dass 4400 Tonnen Ruhrkohle für uns verladen werden. Die Aufgabe, die zu lösen war, wurde noch dadurch erschwert, weil in der Zeit der grössten Kohlenknappheit, sowohl beim Gas- als auch beim Elektrizitätswerk der Konsum um mehr als zwanzig Prozent gestiegen ist. Auch die Strassenbahn und Stadtbahn, die 290.000 Kilowattstunden täglich benötigen, wurden klaglos beliefert. Mit Ausnahme einiger kaum ins Gewicht fallender Einschränkungen, wurde der Betrieb der Strassenbahn voll aufrecht erhalten. Was an Sparmassnahmen verfügt werden musste, bedeutete keinerlei Störung des Wirtschaftslebens, sondern war ein Gebot der Vorsicht, die in solchen ersaten Situationen unerlässlich ist. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

St. R. Richter beschäftigt sich nun eingehend mit der städtischen Schneesäuberung. Er stellt zunächst fest, dass seit Menschengedenken noch nie derartige Schneemengen in Wien verzeichnet wurden. Seit 16. Dezember haben wir ununterbrochen Schnee. Es ist bis heute noch nicht gelungen, diese ungeheuren Schneemassen aus den Strassen zu entfernen. Die Gemeinde hat im Winter 1927/28 rund 1'3 Millionen Schilling an Schneearbeiterlöhnen ausgegeben. Heuer aber bereits 2'2 Millionen Schilling. Dabei sind die Ausgaben der Strassenbahn gar nicht berücksichtigt. Die Kosten der Schneeabfuhr haben im vorigen Winter 461.000 Schilling betragen heuer sind es schon 1'7 Millionen. Zusammen mit der Strassenbahn wurden an manchen Tagen mehr als 20.000 Arbeitslose als Schneearbeiter beschäftigt. Auch der technische Apparat wurde gewaltig in Anspruch genommen. Es mussten Bauernfuhrwerke aus der Umgebung Wiens zur Schneeabfuhr herangezogen werden. Zum Ziehen der Schneepflüge wurden 2700 Paar Pferde verwendet und bei der Schneeabfuhr 1365 Paar. Dazu kommen noch die Autoschneepflüge. Schliesslich scheidert aber di

verstärkte Schneeabfuhr an der Aufnahmefähigkeit der Kanäle. Infolge des in solcher Stärke /noch nie verzeichneten Frostes wurde die Stadt von einer argen Wassernot bedroht. Das verhinderte die Durchspülung der Kanäle. Wir sind heute vielfach schon so weit, dass die Schächte verstopft sind. Ungeheure Mengen von Salz müssen in die Kanäle geschüttet werden, um die Verstopfung zu beheben. Aber das dauert immer 24 Stunden. Das sind Schwierigkeiten, gegen die es kein Mittel gibt. Wir haben aber in allen Verkehrsstrassen den Schnee weggeräumt (Widerspruch bei der Minderheit). Gewiss, die wichtigsten Verkehrsstrassen sind schneefrei. In den Nebengassen können wir vorläufig nichts tun, weil wir gar nicht wissen, wohin mit dem Schnee. Man wird noch einige Zeit damit rechnen müssen, dass diese sehr unangenehm empfundene schlechte Beschaffenheit der Strassen andauert. Wir sorgen jetzt dafür, dass bei eventuell eintretenden Tauwetter das Wasser in die Kanäle abfließen kann, machen die Rinnsale frei und auch die Kanalöffnungen. Wir haben heuer auf dem Gebiet der Schneesäuberung mehr getan als je auf diesem Gebiet geschehen ist. Es ist selbstverständlich, dass alles aufgewendet werden wird, um sobald als nur möglich die Strassen rein zu bekommen. (Beifall bei der Mehrheit).

Bürgermeister Seitz regt an, dass die beiden Dringlichkeitsanträge, zu denen die Referenten jetzt ausführlich Stellung genommen haben, gleich zur Debatte gestellt werden.

GR. Rummelhardt (E.L.): Wir haben gegen die Anregung des Bürgermeisters nichts einzuwenden, müssen aber feststellen, dass wir diese Rechtfertigungsversuche der Stadträte nicht gehört hätten, wenn wir nicht die Dringlichkeitsanträge eingebracht hätten.

Bürgermeister Seitz: Ich habe diese Referate schon am Mittwoch auf die Tagesordnung gesetzt. Ich konnte damals nicht wissen, dass Sie heute Dringlichkeitsanträge einbringen werden. Die Tatsache, dass heute im Gemeinderat über die Vorkehrungen der Gemeinde aus Anlass der Kältekatastrophe berichtet werden wird, haben am Donnerstag alle Blätter gemeldet.

GR. Rummelhardt: Das ist uns nicht bekannt. Auch an den Mitteilungen Professor Tandlers ist manches zu besprechen. Mir wurde mitgeteilt, dass Obdachlose in der Armestube Diesterweggasse auf den Steinen schlafen mussten. Wenn also Betten frei sind, warum lässt man diese armen Teufeln auf den kalten Steinen übernachten. Es ist auch das Wort des Herrn Bürgermeisters unrichtig, der es sagt hat, dass es in Wien kein hungerndes Kind gibt. Es gibt in Wien viele hungernde Kinder. Auch werden unsere Wohnungen von Bettlern, von Hungernden, Armen und Elenden überlaufen. Das Elend verschulden nur Sie. Durch Ihr Verharren in der Mieterfrage schaffen Sie Unterstandslose. Sie erzeugen systematisch Arbeitslose, weil die Betriebe die Gemeindesteuern nicht mehr ertragen können.

Unter solchen Umständen nützen alle Fürsorgemassnahmen nichts. Es wäre höchste Zeit, solche Zustände zu schaffen, dass die Bevölkerung Arbeit hat und an der Arbeit genügend verdient. Nicht nur die Kälte allein ist an der Not schuld, dazu haben auch die wirtschaftliche Not und Ihre Verwaltung das ihrige beigetragen. Eine gesunde Wirtschaft und eine vernünftige Steuerpolitik wären die dringendsten Massregeln, alles andere sind nur momentane Einrichtungen. Wie man hört, sind die Wärmestuben vollgepfropft und es herrscht dort eine Atmosphäre, die die Leute nicht aushalten können. Wie so es bei einer solchen Ueberfüllung der Wärmestuben kommt, dass in den Obdachlosenheimen Betten frei sind, ist unverständlich. Eine schwere Anklage gegen Sie ist die Tatsache, dass die Leute in den Wärmestuben auf dem blossen Steinboden schlafen müssen. Die Kohlenverteilung war bei einer solchen Kälte, wie wir sie gehabt haben, eine ganz unzulängliche. Dass die Leute trotz der Kohlenanweisung keine Kohle bekommen haben, daran sind ebenfalls Sie schuld, weil Sie die rechtzeitige und genügende Einlagerung der Kohle versäumt haben. Was Sie in den Kriegsjahren von Bürgermeister Weiskirchner verlangt haben, haben Sie jetzt selbst versäumt. Sie haben weder entsprechende Kohlenlagerplätze geschaffen noch kommunale Kohlenabgabestellen errichtet. Es hätte überhaupt kein Kohlenmangel eintreten müssen, wenn Sie nicht die Arbeiter in Ebenfurth gekündigt hätten, denn in Ebenfurth hätte man entsprechend genügend Kohle fördern können. Von 400 Schulen haben Sie 300 Schulen gesperrt. Das ist eine verlorene Zeit und die Not an Kohle rächt sich am Wissen unserer Kinder. Die Schule ist eben keine Wärmestube. Die jetzt verlorene Zeit in den Ferien einzubringen, ist ganz unmöglich. Unrichtig ist, dass Sie keine Einschränkungen im Strassenbahnverkehr durchgeführt haben. Die Intervalle wurden endlos verlängert, man musste auf einen Wagen oft bis zu 20 Minuten warten. Wie da die Bevölkerung in den Strassenbahnwagen zusammengepfertcht war, spottet aller Beschreibung. Der Hauptangeklagte Stadtrat aber ist der Stadtrat Richter, der eigentlich im Sinne der Verfassung in den Anklagezustand gehört. In den Strassen liegen grosse Schneemassen, die jeden Verkehr behindern, aber es wird nichts unternommen, um sie wegzuschaffen. Es werden überhaupt keine Schneeschaufler aufgenommen. Bei einer Begehung im III. Bezirk wurden am 21. Februar 47 Arbeiter, die mit dem Schneeaufräumen beschäftigt waren, gezählt. 27 davon aber waren städtische Strassenarbeiter. Im ganzen 5. Bezirk arbeiteten 33 Schneearbeiter und 30 Wagen wurden für die Schneeabfuhr verwendet. In Mariahilf liegt mit Ausnahme der Mariahilferstrasse der Schnee 25 Zentimeter hoch. Am Samstag und Sonntag waren dort bloss 33 Strassenarbeiter. Im X. Bezirk wurde mit zehn Streifwagen der Schnee abgeführt. Dabei besorgten die Kutscher das Aufladen. Der Bezirksvorsteher hat um Abhilfe angesucht, doch sie wurde ihm nicht gewährt. Durch die Nichtaufnahme von Schnee

schaufelern haben Sie eine Sparmassnahme eingeführt, die Sie nicht vertreten können. In den Strassen und auf den Plätzen haben sich schon förmliche Gletscher gebildet, die ein grosses Verkehrshindernis sind. Sie müssen sofort die Schneemassen wegräumen lassen, wenn Sie nicht vor aller Welt kundtun wollen, dass Sie unfähig sind, eine grosse Gemeinde ordentlich zu verwalten. Wir haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, weil es dringlichst notwendig ist, dass mit der Schande der völlig ungenügenden Schneeaufräumung sofort Schluss gemacht wird. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Dr. Wagner (E.L.) erklärt zunächst, dass die Berichterstattung über die von der Gemeinde getroffenen Massnahmen nicht nur verspätet, sondern auch ganz ungenügend ist. Bei der Kältenot von einer kosmischen Katastrophe zu sprechen, ist eine Uebertreibung der ernstesten Situation. Es ist überaus tadelnswert, dass der Gemeinderat nicht schon am letzten Freitag einberufen wurde, um über die Kältemassnahmen zu beraten. GR. Wagner polemisiert sodann <sup>gegen</sup> die Behauptung des Vizebgm. Emmerling, dass die Elektrizitätswerke und die anderen städtischen Unternehmungen genügend mit Kohle versorgt gewesen seien. Es ist nicht das Verdienst Emmerlings, dass wir an der drohenden Gefahr einer Stilllegung eines der kalorischen Werke vorbeigegangen sind. Warum hat Stadtrat Kokrda nicht darüber berichtet, was von der Gemeinde Wien für die Kohlenversorgung der Wiener Bevölkerung vorgesorgt wurde. (Beifall bei der E.L.) Die bürgerliche Regierung hat schon am 7. Februar als es auf den Nordbahnwaggonen noch 40.000 Tonnen Kohle gab, sich mit der tschechoslowakischen und polnischen Regierung wegen Verbesserung der Zufuhren in Verbindung gesetzt und wenn Wien von einer grossen Kohlennot und Arbeitsnot verschont geblieben ist, so ist das das Verdienst der Regierung Seipel. (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Der Redner weist sodann darauf hin, dass die Vertreter der Gemeinde ebenso wie die Vertreter der Industrie sich noch am 8. Februar sehr optimistisch über die Kohlenverhältnisse geäussert haben, wodurch viel kostbare Zeit verloren gegangen ist. Sodann bespricht er das Schreiben, das der Handelsminister an den Bürgermeister wegen Uebernahme einer Ausfallhaftung seitens der Gemeinde Wien in dem Sinne gerichtet hat, dass den Grosskohlenhändlern die Kohle zu den Regiepreisen abgenommen wird. St. R. Breitner: Für die armen Grosskohlenhändler, die heuer ein so schlechtes Geschäft gemacht haben! GR. Wagner: Nicht um die Kohlenhändler handelt es sich, sondern um die Versorgung der Bevölkerung mit Kohle! St. R. Breitner: Machen Sie ein staatliches Kohlenmonopol! natürlich, wir werden alles in ~~der~~ kommunistische Bahnen lenken. Wenn wir von Häuserbau reden, wirft man uns Fürsorge für die Hausherrn vor und wenn wir von der Hebung der Kohlennot sprechen, wirft man uns Fürsorge für die Kohlenhändler vor. Die Wihoko hat den Kohlenpreis auf zehen Schilling pro hundert Kilogramm gestellt. (Stadtrat Breitner: Wie ist die

Preisspannung? )Der Preis ist näher dem der Ruhrkohle. Von der Wihoko wird das Risiko auf die Konsumenten, auf die Notleidenden abgewälzt. (Beifall bei der E.L.) Der Redner spricht schliesslich über die Strassensäubung und wendet sich gegen die Bemerkung des Stadtrates Richter, dass die Wiener Strassen rein seien, Er bezeichnet diese Bemerkung als frivol und erklärt schliesslich, seine Partei könne die Berichte der Stadträte wegen ihrer Unvollständigkeit, Verspätung und Unaufrichtigkeit nicht zur Kenntnis nehmen (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Dr. Motzko (E.L.) besichert sich zunächst darüber, dass der Ausschuss III, der in dieser argen Zeit grosse Arbeit zu leisten gehabt hätte, durch 6 Wochen nicht einberufen wurde. (Hört! Hört! bei der E.L.) Sie bespricht sodann den Bericht des St. R. Tandler und verweist zunächst gegenüber der Erklärung des St. R. Tandler, dass 36.000 Speisemarken ausgegeben worden seien, darauf, dass es in Wien 43.000 regelmässig unterstützte Arme und 90.000 Arbeitslos gibt. Lebensmittelpakete sind in einzelnen Bezirken überhaupt nicht ausgegeben worden, in anderen werden Anweisungen zur Abholung solcher Pakete in den sozialistischen Konsumvereinen ausgegeben. (Hört! Hört! bei der E.L.) So macht man aus dieser Aktion eine Parteiaktion. Die ausgegebenen Schuhe müssen hauptsächlich bei der Göz bezogen werden, das heisst, Sie füttern Ihre Organisationen mit Gemeindemitteln auf (Zustimmung bei der E.L.) Der Betrag für Textilien ausgegebene Betrag ist gewiss hoch aber welche Bestände wurden angeschafft und wieviele Textilien wurden ausgegeben. Dass Geldaushilfen gegeben wurden ist gewiss dankenswert, es war aber auch schon angesichts der minimalen Erhaltungsbeiträge höchste Zeit. Dass es in einer Teil des Obdachlosenheimes Betten gibt ist zu begrüssen, aber gerade auf diesem Gebiet ist viel vernachlässigt worden. In Berlin ist zum Beispiel ein grosser Teil des Obdachlosenheimes als Familienheim eingerichtet. Es gibt freie Betten im Obdachlosenheim, weil die Leute ein Grauen vor dem Britischensystem haben. Die Wärmestube ist erst über unser Drängen eröffnet worden, ebenso ist die Einrichtung der warmen Tagessräume für Kinder auf unser Drängen zurückzuführen. Die Rednerin beklagt sich ferner darüber, dass im 2. Bezirk christlichsoziale Fürsorgegeräte keine Kohlenzettel zur Verfügung erhalten und dass die Befürsorgter um die Kohle zu den Wihokosteller gehen müssen. Die erhöhten Kohlenpreise der Wihoko, deren grösste Abnehmerin die Armenfürsorge der Gemeinde ist, werden aus den Armenmitteln der Gemeinde bezahlt (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Ullreich (E.L.) bemerkt, dass die Schneesäubung heute viel schlechter/als in den kriegszeiten.

Die Zahl der hier angegebenen Schneearbeiter kann nicht stimmen. Sonst könnten die Strassen nicht so erbärmlich ausschauen. Redner bespricht dann ausführlich die Strassenverhältnisse im Liebhartsthal, die er als eine Schande bezeichnet. Die Galitzinstrasse gleicht einer Eisbahn. Es hat vier Tage gedauert, bis aufgestreut wurde. Bei dem grossen Schneefall hat man dieses Gebiet überhaupt vergessen. Solche Zustände waren noch niemals. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Pfeiffer (E.L.) bemängelt, dass sein Dringlichkeitsantrag nicht verlesen wurde und dass der Gemeinderat nicht sofort, als Notverfügungen getroffen werden mussten, einberufen worden ist. Gegen diese Missachtung der Rechte des Gemeinderates müssten sich auch die Mitglieder der Mehrheit wenden. Redner befasst sich ausführlich mit den von der Gemeinde durchgeführten Kältefürsorgemasnahmen. Es hat manches nicht geklappt. So sind in der Josefstadt in eine Schule, die als Aufenthaltsort für arme Kinder geöffnet blieb, nur 8 Kinder gekommen, dafür aber 32 Lehrpersonen. Die Strassenbahn hätte müssen einen verstärkten Verkehr durchführen. Die Strassenreinigung ist über den normalen Betrieb nicht hinausgegangen. Schliesslich wünscht GR. Pfeiffer Aufklärung über die von verschiedenen Zeitungen gemeldete Hochwassergefahr.

GR. Zimmerl (E.L.) erklärt, dass die Mehrheit es durch eine geschickte Taktik dazu gebracht hat, dass die Angeklagten zuerst das Wort ergriffen haben. Vor allem muss festgestellt werden, dass die Sozialdemokratische Gemeindeverwaltung die Wohltätigkeit umgebracht hat. Die öffentliche Fürsorge kann allein die Not nicht lindern. Tatsache ist, dass Sie die Kohlenversorgung vernachlässigt haben. Sie haben das Zillingdorfer und das Ybbstalerwerk eingestellt, weil Sie unfähig sind, solche Betriebe zu führen. Die Bevölkerung muss das nun zweimal hüssen. Sie muss für die verlorenen Milliarden aufkommen und leidet jetzt unter der Kohlennot. Sie waren auch nicht im Stande, in normalen Zeiten einen zureichenden Strassenbahnverkehr zu führen. Jetzt aber ist der ganze Strassenbahnverkehr ein Riesenskandal geworden. Genau so ist es beim Autobusverkehr, auf den wir die längste Zeit warten mussten, weil sich die Arbeiterpartei nicht mit der Arbeiterschaft verständigen konnte. Sie wollen auch davon nichts wissen, den Arbeitslosen eine Arbeit zu verschaffen. Sie nehmen einfach keine Schneeschaufler auf. Was Ihnen die Schneeschaufler mehr kosten, ersparen Sie an der eingestellten Bauarbeit. Wir können die Berichte der amtsführenden Stadträte nicht zur Kenntnis nehmen, vielmehr müssen wir es bedauern, dass diese über eigentliche Notstandsmaßnahmen nichts zu berichten haben. (Beifall bei der Minderheit).

Zunächst erwidert St. R. Richter. Er erklärt, dass es jetzt gar keinen Zweck hat, Schneeschaufler aufzunehmen, da der Schnee nur soweit abgeräumt werden kann, als es die Wasserverhältnisse in den Kanälen erlauben. Die Schneefahrt

wurde schon derart <sup>f</sup>orciert, dass sich Kanalschächte verstopft haben und mit Salz aufgetaut werden müssen. Die Nichtaufnahme der Schneearbeiter erfolgt also keineswegs aus irgendwelchen fiskalischen Gründen. Was die Hochwassergefahr anlangt, darf man die Bevölkerung nicht beunruhigen. Es hat heute das Zentralkomitee für Ueberschwemmungsangelegenheiten getagt und dabei wurde festgestellt, dass alles vorgekehrt worden ist, was vorgekehrt werden muss. Die geschäftsführende Stelle ist das Donaustrombauamt. Wenn wirklich eine Ueberschwemmung eintreten sollte, wird sie mit allen geeigneten Mitteln bekämpft werden. (Beifall bei der Mehrheit).

Vizebgm. Emmerling betont, dass die städtischen Strassenbahnen am 16. Februar 6520 und am 17. Februar 7730 Schneeschaufler beschäftigt haben. Am selben Tag waren in Wien grosse Schneeverwehungen, trotzdem musste keine Linie eingestellt werden. Die Zeitungen aber meldeten aus Berlin, dass die dortige Strassenbahn und Stadtbahn stillstand, dass in Frankfurt am Main der gesamte Verkehr durch den Schnee stillgelegt wurde und die österreichischen Bundesbahnen mussten sogar 83 Züge einstellen. Bei den städtischen Strassenbahnen wurden alle Arbeitslosen aufgenommen, die sich zu den Schneearbeiten meldeten. In Wien sind nicht nur alle städtische Schulen gesperrt, auch der Hochschulbetrieb steht still und auch viele Mittelschulen sind gesperrt. Wir haben der Industrie die Kraftstromabgabe nicht gedrosselt. Wir geben von 7'30 Uhr bis 15 Uhr der Industrie jede gewünschte Menge von Kraftstrom. Uebrigens wird diese Massnahme vom Dienstag an wieder aufgehoben. Wir könnten eigentlich schon alle Sparmassnahmen aufheben, aber man weiss nicht, was noch kommt. Wir müssen daher auch heute noch in Sorge sein, im Laufe der nächsten Tage werden wahrscheinlich auch die Schulen wieder betrieben werden, da wir über genügenden Kohlenvorrat verfügen. (Beifall bei der Mehrheit).

In seinem Schlusswort erklärt S. Tandler dass die Fürsorge ohne jede parteipolitische Agitation betrieben wird. Er beschäftigt sich dann mit den Vorwürfen der Opposition. Im Obdachlosenheim sind deswegen Betten frei, weil viele Leute die Wärmestuben vorziehen. Diese waren übrigens früher bei Tag offen, heute aber werden sie über die Nacht offengehalten. Die Kohle für die Kohlenaktie bezieht die Gemeinde deswegen bei der Wihoko, weil diese die Kohle billiger liefert. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit).

Nach einigen tatsächlicher Berichtigungen wird der Antrag Rummelhardt der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

Der Gemeinderat erledigt nun die übrige Tagesordnung. Der Bürgermeister stellt fest, dass die Vorlage über die Russlandhaftung ohne Fortmeldung genehmigt wurde. Es berichtet nun Vizebürgermeister Emmerling über die Aenderung

Vizebgm. Emmerling betont, dass die städtischen Strassenbahnen am 16. Februar 6520 und am 17. Februar 7730 Schneeschaufler beschäftigt haben, am selben Tag waren in Wien grosse Schneeverwehungen, trotzdem musste keine Linie eingestellt werden. Die Zeitungen aber meldeten aus Berlin, dass die dortige Strassenbahn und Stadtbahn stillstand, dass in Frankfurt am Main der gesamte Verkehr durch den Schnee stillgelegt wurde und die österreichischen Bundesbahnen mussten sogar 83 Züge einstellen. Bei den städtischen Strassenbahnen wurden alle Arbeitslosen aufgenommen, die sich zu den Schneearbeiten meldeten. In Wien sind nicht nur alle städtische Schulen gesperrt, auch der Hochschulbetrieb steht still und auch viele Mittelschulen sind gesperrt. Wir haben der Industrie die Kraftstromabgabe nicht gedrosselt. Wir geben von 7'30 Uhr bis 15 Uhr der Industrie jede gewünschte Menge von Kraftstrom. Uebrigens wird diese Massnahme vom Dienstag an wieder aufgehoben. Wir könnten eigentlich schon alle Sparmassnahmen aufheben, aber man weiss nicht, was noch kommt. Wir müssen daher auch heute noch in Sorge sein, im Laufe der nächsten Tage werden wahrscheinlich auch die Schulen wieder betrieben werden, da wir über genügenden Kohlenvorrat verfügen. (Beifall bei der Mehrheit).

In seinem Schlusswort erklärt S. Tandler dass die Fürsorge ohne jede parteipolitische Agitation betrieben wird. Er beschäftigt sich dann mit den Vorwürfen der Opposition. Im Obdachlosenheim sind deswegen Betten frei, weil viele Leute die Wärmestuben vorziehen. Diese waren übrigens früher bei Tag offen, heute aber werden sie über die Nacht offengehalten. Die Kohle für die Kohlenaktie bezieht die Gemeinde deswegen bei der Wihoko, weil diese die Kohle billiger liefert. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit).

Nach einigen tatsächlicher Berichtigungen wird der Antrag Rummelhardt der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Die Berichte werden zur Kenntnis genommen. Der Gemeinderat erledigt nun die übrige Tagesordnung. Der Bürgermeister stellt fest, dass die Vorlage über die Russlandhaftung ohne Fortmeldung genehmigt wurde. Es berichtet nun Vizebürgermeister Emmerling über die Aenderung

eines Gemeinderatsbeschlusses bezüglich eines Investitionskredites der städtischen Gaswerke. Es wurden damals insgesamt neun Millionen Schilling Investitionen auf den Dollarkredit verwiesen. Es handelt sich um die Anschaffung von Gasmeslern, Gebläseanlagen und anderen technischen Einrichtungen. Es wurde aber im Vorjahr nur ein Teil dieses Kredits in Anspruch genommen und nun soll ein Betrag von 5,069.000 Schilling aus den Betriebsmitteln in der Höhe der Wertabschreibungsrücklage genommen werden.

GR. Zimmerl (E.L.) meint, dass man aus diesem Antrag nicht recht klug werde. Er stellt die Frage, ob diese fünf Millionen aus Betriebsmitteln oder aus der Wertabschreibungsrücklage genommen werden. Diese Machinationen wird niemand verstehen und die Minderheit kann dieser Vorlage nicht zustimmen. Vielleicht wird man auch bei den städtischen Unternehmungen noch eine ordentliche Gebarung erzwingen.

Vizebgm. Emmerling entgegnet, dass es sich um gar keine Verschleierung oder Machination handelt. Alle Beschlüsse wurden vom Gemeinderat gefasst. Es hat sich gezeigt, dass der im Antrag vorgesehene Betrag aus Betriebsmitteln genommen werden kann, weshalb heute der Gemeinderat den Beschluss fassen soll, diese Summe nicht aus der Dollaranleihe, sondern eben aus Betriebsmitteln zu nehmen.

Der Antrag wird angenommen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass auch der Antrag auf die Errichtung eines Wohnhausbaues in Hernals, Comeniusgasse-Roggendorfgasse-Wattgasse ohne Wortmeldung angenommen wurde.

Es gelangt nun der letzte Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung.

GR. Weigl beantragt der Lebensmüdenstelle der Ethischen Gemeinde, die eine sehr erspriessliche Tätigkeit entfaltet, eine Subvention von tausend Schilling zu bewilligen.

GR. Stöger (E.L.) erklärt, dass das Problem der Lebensmüden nicht mit Subventionen zu lösen ist. Die Gemeindeverwaltung nimmt der Jugend den letzten sittlichen Halt, sie stiehlt ihr die Religion aus dem Herzen. Der Selbstmord ist ein schweres Verbrechen. Die tausend Schilling sind kaum eine Geste. Die Gemeindeverwaltung darf nicht mehr länger mithelfen, dass ein freidenkerischer Klüngel unserer Jugend den notwendigen sittlichen Halt raubt. Der Redner verlangt mit Nachdruck, dass die Gemeindeverwaltung der planmässigen Entchristlichung der Jugend energisch Einhalt gebietet. (Beifall bei der Minderheit).

Der Referent entgegnet, dass gegen den Antrag selbst nichts eingewandt wurde, worauf der Antrag angenommen wird.

Schluss der Sitzung 22:10 Uhr.

Wien, am Samstag, den 23. Februar 1929

.....  
Sitzungen im Rathaus. Der Wiener Stadtsenat tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags zu einer Sitzung zusammen. Der Wiener Gemeinderat wurde nicht einberufen.

.....  
Die Nahrungs- und Genussmittelabgabe für den "Oesterreichischen Hof". Der Magistrat teilt zu der Meldung einiger Tagesblätter über die Erhöhung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe für das Restaurant "Oesterreichischer Hof" folgendes mit: Dieser Betrieb war ursprünglich mit zehn Prozent eingereiht. Unmittelbar nach der Inflation, als die Geschäftsstörungen besonders stark waren, wurden einigen Betrieben Abgabenerleichterungen gewährt, darunter auch dem "Oesterreichischen Hof", dem die Abgabe auf zwei Prozent herabgesetzt worden ist. Schon damals wurde festgesetzt, dass diese Ermässigung nur eine vorübergehende sei. Durch ein Versehen ist jedoch dieser geringe Abgabensatz nicht geändert worden. Gelegentlich einer jetzt erfolgten neuerlichen Ueberprüfung wurde dieser ganz zweifellose Irrtum bemerkt. Er konnte selbstverständlich nicht aufrecht erhalten bleiben, weil dies für alle anderen Betriebe der Inneren Stadt eine schwere Benachteiligung bedeutet hätte. Der Magistrat hat deshalb die Erhöhung des Abgabensatzes auf acht Prozent verfügt, womit der Betrieb unter voller Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Momente durchaus richtig eingereiht ist. Es werden gewiss alle Lokalbesitzer in der Inneren Stadt bekunden, dass eine dauernde Einreihung von zwei Prozent ein nicht aufrecht zu erhaltendes Unrecht ihnen gegenüber bedeutet. Die Abgabensätze in der Inneren Stadt bewegen sich für Betriebe dieser Art, je nach der Lage zwischen 6 und 12 Prozent, abgesehen von den wenigen Spitzenbetrieben, die mit 15 Prozent eingereiht sind. Es ist also die Bemessung mit acht Prozent durchaus nicht die eines Spitzenbetriebes und kann in die Preise des Restaurants ebenso einkalkuliert werden, wie dies bei allen anderen eingereichten Lokalen geschieht. Es handelt sich im Falle des Restaurants "Oesterreichischer Hof" lediglich um die Richtigstellung eines Versehens, keineswegs aber um eine allgemeine Massnahme, von der auch andere Betriebe betroffen werden.

.....  
Wohnung und Städtebau. In der Ausstellung "Wohnung und Städtebau", I., Parkring 12 findet am Montag, den 25. Februar um 6 Uhr abends bei freiem Eintritt eine allgemeine Führung statt.

.....  
Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses spricht morgen Sonntag um 11 Uhr vormittags Dr. Zrzavy über "Produktionsbedingungen". Eintritt frei.

Die Russlandhaftung der Gemeinde in Wirksamkeit. Dem Wiener Gemeinderat wurde am Freitag der Antrag über die Verlängerung und volle Ausnützung der Gemeindehaftung für Russlandaufträge vorgelegt. Der Magistrat hatte hiezu einen ausführlichen Motivenbericht ausgearbeitet. Im Gemeinderat erfolgte zu dem Antrag keine Wortmeldung, sodass nach der Geschäftsordnung kein Referat zu erstatten war und der Bürgermeister den Antrag als genehmigt erklären konnte. Die neue Russlandhaftung der Gemeinde ist demnach bereits wirksam geworden.

-----

Aufhebung der Einschränkung des Strombezuges. Um Kohlenersparnisse zu erzielen, haben sich bekanntlich die städtischen Elektrizitätswerke veranlasst gesehen, an die Besitzer von Kraftanlagen nur von 7'30 Uhr bis 15 Uhr Strom zu liefern. Da sich nun der Kohleneinlauf bei den städtischen Elektrizitätswerken wesentlich gebessert hat und auch schon grössere Mengen von Ruhrkohle im Anrollen sind, sind die städtischen Elektrizitätswerke, wie schon Vizebürgermeister Emmerling am Freitag in der Gemeinderatssitzung mitteilte, nunmehr in der Lage, ab nächsten Dienstag die Beschränkungen im Stromverbrauch aufzuheben. Vom Dienstag an erfolgt die Stromlieferung sowohl für die Reklame- und Auslagenbeleuchtung, als auch für alle Arten von Kraftzwecken wieder im vollen Umfang.

-----

Preiskontrolle der Marktamtsdirektion. In Anbetracht der eingetretenen Kohlenknappheit und der in ihrem Gefolge vorauszu sehenden Preisüberschreitungen und Gewichtsverkürzungen hat die Marktamtsdirektion zum Schutz der Konsumenten eine umfassende Kontrolle der Kleinverkaufsstellen für Kohle angeordnet. Am 15. und 16. Februar wurden in 488 Geschäften 89 Anstände erhoben und den Gerichten angezeigt. Die festgestellten Gewichtsverkürzungen betragen 4 bis 22 Prozent der dem Käufer berechneten Gewichtsmenge. Die Revisionen werden streng fortgesetzt.

-----

Kochvorträge der Wiener städtischen Elektrizitätswerke. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Kochvorträge der "Stewe" gegenwärtig entfallen. Sie werden erst am 5. März wieder aufgenommen. Die Kochvorträge finden jeden Dienstag von 15 bis 17 Uhr im Vortragssaal der "Stewe", IX., Mariannengasse 4, in Verbindung mit einem Lichtbildervortrag über die Verwendung der Elektrizität im Haushalt mit Probekochen und kostenloser Kostprobenverteilung statt.

-----

Die Gebühren für die Fleischschau. Für die Zeit vom 1. bis 31. März beträgt die Grundgebühr für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch 1'65 Schilling. Die gleiche Grundgebühr wird für die tierärztliche Untersuchung von Tieren eingehoben, die in einer Wiener Eisenbahn- und Schiffstation ein- und ausgeladen werden.

-----

Wien, am Samstag, den 23. Februar 1929 Zweite Ausgabe

-----  
Mittwoch wieder Schule. Der Stadtschulrat für Wien teilt amtlich mit; Die wegen Frostgefahr ausser Betrieb gesetzten Heiz-, Wasser- und Gasanlagen in den städtischen Schulen werden in den ersten Tagen der kommenden Woche wieder in benützungsfähigen Zustand gebracht. Am Mittwoch, den 27. Februar, um 8 Uhr früh wird der Unterricht in den städtischen Volks-, Bürger-(Haupt-) und Sonderschulen wieder aufgenommen. Die Schulleitungen werden angewiesen, an den Schultoren<sup>sc-</sup> gleich eine entsprechende Ankündigung anzuschlagen.

-----  
Arbeitersportler im Wiener Rathaus. Diese Woche hat in Wien die Arbeitersport Internationale getagt, die sich hauptsächlich mit den Fragen der Arbeiterolympiade im Jahre 1931, die in Wien stattfinden soll, beschäftigte. Unter Führung des Präsidenten Nationalrat Dr. Deutsch, des Generalsekretärs Silaba (Prag) und des Sekretärs des Askö Gastgeb statteten heute die Mitglieder der Arbeitersport-Internationale dem Wiener Rathaus einen Besuch ab. Die Gäste wurden von Bürgermeister Seitz im Namen der Stadt Wien herzlich begrüsst. Ihre Tagung, sagte der Bürgermeister, hat vornehmlich den Vorbereitungen für die zweite Arbeiterolympiade gegolten, die Sie im Jahre 1931 in Wien veranstalten wollen. Dass Sie Wien gewählt haben, ist ein Beweis der Anerkennung und Schätzung, die die Stadt und ihre Verwaltung in der Welt geniessen. Wir werden alles dazu beitragen, um Ihr Fest möglichst schön zu gestalten. Um das volle Gelingen der Arbeiterolympiade ist uns nicht bange. Wir haben im Vorjahr das grosse Sängerbundestfest in den Mauern Wiens erlebt und der grosse Erfolg dieses Festes hat uns den Beweis geliefert, dass wir über die notwendige Organisation verfügen, solche Feste klaglos durchführen zu können. Der Arbeitersport, der schon Volksgut geworden ist, ist ein Zeichen des sozialen Aufstieges der Arbeiterschaft und die Arbeitersportinternationale hat ihn, der Solidarität aller Völker huldigend, zu einer hehren Sache der Solidarität aller Völker emporgehoben. So wünsche ich Ihren Beratungen den besten Erfolg. Für die Arbeitersportler dankten Präsident Gellert (Leipzig) und Untersekretär Devlige (Brüssel) für die überaus liebevolle Aufnahme, die die Gäste in Wien gefunden haben. Wien ist bekannt als die Stadt der Arbeit und der Arbeiter, weshalb die Arbeitersportler der ganzen Welt mit Freuden nach Wien kommen werden, um hier ihre zweite Olympiade abzuhalten. Dem Empfang wählten unter anderen die amtsführenden Stadträte Professor Dr. Tandler und Speiser, die Präsidenten Dr. Danneberg und Hellmann sowie Nationalrat Volkert bei.

-----

Der Fall Steiner. Eine Wiener Tageszeitung veröffentlicht heute einen Brief einer Frau Otilie Steiner. In diesem schreibt die Frau, dass sie arm und krank ist und nicht genug hat, um einheizen und ihrem Söhnchen ein Stück Brot geben zu können. Sie schreibt wörtlich: "Mir tut das Herz weh, wenn ich sehe, wie er hungern muss, und ich kann leider nicht helfen." Der Fall wurde nach den Angaben der betreffenden Zeitung vor acht Tagen von der Caritasorganisation einer Pfarre erhoben. Die Lage der Frau, heisst es weiter, ist beklagenswert; man half, wie man konnte. Durch einen christlichen Fürsorgerat wurde der Junge in eine Gemüseauspeisung für Schulkinder gebracht, wo er nichts erhielt als ein Tellerchen Gemüse ohne Suppe. Das Blatt veröffentlicht diesen Brief und Tatbestand, um zu beweisen, dass der Ausspruch des Bürgermeisters, in Wien gebe es kein hungriges Schulkind, <sup>unrichtig</sup> sei. Das städtische Fürsorgeamt hat heute sofort einen beamteten Fürsorger zur Briefschreiberin entsendet. Frau Otilie Steiner ist gerichtlich geschieden und nach Baden zuständig. Ihr Kind ist am 2. September 1919 geboren. Frau Steiner ist Hilfsarbeiterin, gegenwärtig aber arbeitslos. Sie bestreitet sonst ihren Haushalt durch Waschen und Reiben. Sie wohnt mit ihrem Kind in einem Kabinett. Das Kind genießt die Schulauspeisung. Die Frau gibt an, durch Waschen einen auskömmlichen Verdienst zu haben und lediglich durch eine vorübergehende leichte Grippe, die nicht einmal ärztliche Hilfe erforderte, in eine momentan bedrängte Lage gekommen zu sein. Sie hat nach ihrer Angabe ihr Söhnchen mit dem in der Zeitung veröffentlichten Brief zu ihrem Pfarrer geschickt, wieso der Brief in das Blatt gekommen ist, ist ihr nicht bekannt. Die Frau gibt weiter an, dass es ihr bisher ganz gut gegangen ist und sie erst einmal und zwar im März 1928 veranlasst war, ihren Fürsorgerat in Anspruch zu nehmen. Sie hat damals auch anstandslos die erbetene Aushilfe vom Fürsorgeinstitut bekommen. Die Erhebungen haben also ergeben, dass das Kind der Frau Steiner in der Schulauspeisung ist, daher auch nicht hungern muss. In welche Aufspeisung der christliche Fürsorgerat das Kind gebracht hat, ist unklar, da eine Gemüseauspeisung der Gemeinde überhaupt nicht existiert. Die Schulauspeisung, die seit Jahren täglich von rund 16.000 Kindern benützt wird, gibt jedem Kind eine bekömmliche ausreichende Nahrung, die von der Wök, einer vom Bund und Gemeinde kontrollierten Institution, verabreicht wird. Ein Mittagmahl enthält 800 Kalorien, sicher eine Menge, die für ein Mittagmahl eines Kindes reichlich genügt.

-----  
Morgen Sonntag eingeschränkter Strassenbahnverkehr. Um Stromersparnisse zu erzielen, wird morgen Sonntag nur ein eingeschränkter Strassenbahnverkehr durchgeführt. Der sonst verstärkte Verkehr nach den Ausflugsorten Mauer, Grinzing, Sievering, Neuwaldegg, Hütteldorf und so weiter entfällt. Die Sonntagslinien wie S 18, die Führung der Linie 60 bis zur Mariahilferstrasse und dergleichen sind eingestellt. Es wird auch kein verstärkter Verkehr auf den Linien nach Nussdorf, zur Reichsbrücke, zum Lusthaus und nach St. Pölten, die für die Zufahrt zum Eisstoss in Betracht kommen, stattfinden. Gleiche Einschränkungen werden auch im Stadtbahnverkehr durchgeführt.

-----

Wien, am Montag, den 25. Februar 1929

.....

Rekord in goldenen Hochzeiten. Die Gemeinde Wien hat schon vor dem Krieg an mittellose Wiener Ehepaare anlässlich der goldenen oder diamantenen Hochzeitsfeier Ehrengaben verliehen. Im Krieg ist dieser Brauch aus der Übung gekommen. Gegen Ende des Jahres 1920 verfügte der damalige Bürgermeister Reumann, dass die Ehrengaben wieder den Hochzeitspaaren durch einen Funktionär der Gemeinde überbracht werden sollen. Damals wurden vor allem Lebensmittelkistchen überreicht. Im Jahre 1925 hat der Gemeinderat beschlossen, dass allen mittellosen Wiener Ehepaaren, die ihre goldene oder diamantene Hochzeit begehen, eine Ehrengabe der Stadt Wien im Betrag von fünfzig Schilling bei goldenen und von hundert Schilling bei diamantenen Hochzeiten zu überbringen ist, wenn darum angesucht wird. Seit 1920 bis heute ist nun die Zahl dieser Ehepaare, die von der Gemeinde mit der Ehrengabe bedacht worden sind, auf 1500 gestiegen. Mehr als 1200 Ehepaare erhielten in Vertretung des Bürgermeisters die Ehrengabe und das Erinnerungsdiplom durch die amtsführenden Stadträte Speiser und Richter zugestellt. Seit anderthalb Jahren versieht diese Funktion amtsführender Stadtrat Linder. In der vergangenen Woche überreichte Stadtrat Linder nicht weniger als 21 Ehepaaren aus Anlass ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien, womit die höchste Zahl der in einer Woche ihre goldene Hochzeit feiernden Ehepaare erreicht wurden. Stadtrat Linder hat alle 21 Ehepaare in der Wohnung besucht, sie namens der Gemeinde beglückwünscht und ihnen die Ehrengabe der Gemeinde überbracht. Es sind dies: Johann und Anna Vaupotitsch, Viktor und Anna Eder, Georg und Therese Kuch, Johann und Barbara Doll, Josef und Thekla Purkhardt, Adolf und Rosa Patocka, Franz und Julie Hajak, Leopold und Marie Braun, Albert und Anna Kodat, Alexander und Marie Velec, Josef und Josefa Kotrba, Ignaz und Cäcilie Haarhofer, Alexander und Pauline Hoffmann, Franz und Antonie Sebesta, Ferdinand und Cäcilie Dörner, Vinzenz und Franziska Mechura, Josef und Elisabeth Poskay, Josef und Theresia Schöpf, Anton und Marie Ruschko, Gustav und Antonie Tyl und Georg und Marzeline Wurdak.

.....

Schulbeginn an den Fortbildungsschulen. Nach einer Mitteilung des Fortbildungsschulrates für Wien wird der Unterricht an den Wiener Fortbildungsschulen, der einige Zeit wegen Kohlensparmassnahmen unterblieben ist, übermorgen Mittwoch um 8 Uhr früh wieder aufgenommen.

.....

Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. In der Ausstellung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses findet morgen Dienstag um 18 Uhr bei freiem Eintritt eine allgemeine Führung statt.

.....

Wien, am Montag, den 25. Februar 1929 Zweite Ausgabe

.....

Gemeindewache und Bundespolizei auf Sportplätzen. Gestern Sonntag hat sich auf einem Fussballplatz neuerlich ein Kompetenzkonflikt zwischen der Bundespolizei und der Gemeindewache ergeben. Nach dem am 2. Jänner 1929 in Kraft getretenen neuen Wiener Theatergesetz, das alle Veranstaltungen von Vergnügungen, darunter auch kraft positiver gesetzlicher Bestimmungen die sportlichen Veranstaltungen regelt, obliegt die behördliche Ueberwachung der Veranstaltungen dem Magistrat. Sie wird auf Sportplätzen durch Organa der Gemeindewache ausgeübt. Die Bundespolizeidirektion ist hierauf bereits im Dezember vorigen Jahres aufmerksam gemacht worden. Anlässlich eines Kompetenzkonfliktes auf einem Sportplatz am Sonntag, den 20. Jänner 1929, hat die Magistratsdirektion am 21. Jänner 1929 beim Präsidium der Bundespolizeidirektion eine Aussprache über die Abgrenzung der Kompetenzen der Gemeindewache und der Bundespolizei angeregt, weil sie der Ansicht ist, dass solche Meinungsverschiedenheiten unter den Behörden und nicht vor dem Publikum eines Sportplatzes ausgetragen werden sollen. Auf diese Anregung hat die Bundespolizeidirektion bisher noch nicht reagiert.

.....

Statistische Mitteilungen der Stadt Wien. Der zuständige Gemeinderatsausschuss hat den Bezugspreis der Monatshefte der Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien im Jahresabonnement bis auf weiteres mit vier Schilling festgesetzt. Dieser stark ermässigte Preis gilt jedoch nicht für Sonderhefte, deren Ladenpreis jeweils bestimmt und mitgeteilt wird.

.....

Städtische Beratungsstelle für Nervenkranken. Die Beratungsstelle für Nerven- und Gemütskranken, I., Rathausstrasse 9, hält vom 1. März an ihre Beratungsstunden jeden Donnerstag von 17 bis 19 Uhr, ab.

.....

Von den Bezirksvertretungen. Die nächste Plenarsitzung hält die Bezirksvertretung Margareten am Montag, den 11. März, um 17 Uhr ab. Beim Gemeindevermittlungsamt Neubau werden die Sühneverhandlungen am 1., 15. und 29. März abgehalten.

.....

Wien, am Dienstag, den 26. Februar 1929

-----  
Wohnbausteuerpflicht für leerstehende Villen. Eine Döblinger Villa wurde zwangsversteigert. Einige Tage nach der Zwangsversteigerung zeigte der neue Besitzer dem Magistrat an, dass das Objekt leer stehe, weshalb keine Wohnbausteuer zu entrichten sei. Der Magistrat nahm diese Anzeige nicht zur Kenntnis und schrieb die Wohnbausteuer vor. Gegen diese Vorschreibung wurde die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen, der sie in öffentlicher Verhandlung am 22. Februar als unbegründet abwies. In der Begründung dieser Entscheidung wird ausgeführt, dass für die Steuerpflicht des Hauseigentümers es nicht notwendig sei, dass er die Wohnung bewohne, es genüge, dass er eine Wohnung für seinen künftigen Gebrauch bereithalte. Diese Absicht liegt in dem angeführten Falle vor und wurde vom Beschwerdeführer selbst zweimal gegenüber der Bemessungsbehörde kundgegeben.

-----  
Aufdeckung eines unterirdischen Stollen. Anlässlich von Fundamentunterfangungsarbeiten in der Inneren Stadt im Eckhause Maria Theresienstrasse 10-Hohenstau-fengasse 21 wurde ein gemauerter Stollen von etwa 95 Zentimeter Breite und 1'4" Meter Höhe aufgefunden. Der Stollen liegt elf Meter unter dem Strassenniveau und hat seitliche Ausweichen. Die Bestimmung dieses Stollen kann natürlich erst nach Erhebungen in verschiedenen Archiven ermittelt werden. Höchstwahrscheinlich ist es ein in die Vorstadt führender Wehrstollen, der von den ehemaligen Festungs- werken ausging. Es wurde erhoben, dass der Stollen an der Baulinie der Maria- Theresienstrasse abgemauert und gegen die Ringstrasse zu im First derart ver- brochen ist, dass ein weiterer Verfolg unmöglich ist.

-----  
Der beschädigte Mödlinger Aquädukt. Wie schon gemeldet, weist der Aquädukt der Ersten Hochquellenleitung in Mödling einige Schäden auf. Der Aquädukt ist ein Bauwerk aus den 70er Jahren. Seine Schäden sind Undichtheiten, die durch die Tem- peraturschwankungen hervorgerufen werden, auf die man bei der Erbauung des Aquä- duktes nicht Rücksicht genommen hat. Die Undichtheiten werden schon viele Jahre beobachtet und auch immer wieder behoben. Der Wasserverlust infolge der Bauschä- den ist im Verhältnis zum Wasserbedarf Wiens ganz belanglos. Er beträgt schät- zungsweise in 24 Stunden zehn Kubikmeter gegenüber einem Wasserverbrauch in Wien von etwa 250.000 Kubikmetern in der gleichen Zeit.

-----

Wien, am Mittwoch, den 27. Februar 1929

.....  
Neue städtische Wohnhausanlagen. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat am Dienstag wieder eine Reihe von Entwürfen für neue städtische Wohnhausanlagen genehmigt. So wird in Favoriten in der Schrankenberggasse nach den Plänen des Architekten Josef Berger ein vierstöckiges Wohnhaus entstehen. Der Bau wird 14 Wohnungen enthalten. Architekt Karl Fischl-Pikhäufeld errichtet in Favoriten einen weiteren Wohnhausbau in der Triesterstrasse. In dieser Anlage werden 53 Wohnungen und zwei Geschäfte untergebracht. Für den Wohnhausbau in Simmering in der Römersthalgasse-Herborthstrasse hat Architekt Heinz Rollig die Pläne entworfen. In dieser Wohnhausanlage sind 55 Wohnungen vorgesehen. Fünf neue Wohnhausanlagen werden in Meidling errichtet. In der Oswaldgasse wird nach den Plänen des Architekten Ingenieur Josef Beer eine Wohnhausanlage mit 32 Wohnungen aufgeführt. Architekt Ingenieur Ernst Miksch baut in der Koppreithergasse-Rucker-gasse eine Anlage mit 39 Wohnungen. In der Neuwaldgasse wird nach den Plänen des Architekten Ingenieur J-Schwefel ein fünfstöckiges Wohnhaus mit 13 Wohnungen errichtet. Die Architekten Camillo Fritz Discher und Ingenieur Karl Dirnhuber arbeiteten den Entwurf für eine Wohnhausanlage in der Aichholzgasse aus, die mehrere Baublöcke umfasst. Es werden dort 14 einstöckige Häuser und ein Hochhaus bis zu vier Stockwerken gebaut. Zu jeder Wohnung in den einstöckigen Objekten wird auch ein eigener kleiner Garten gehören. Die Einzelhäuser werden zusammen 100 Wohnungen und drei Geschäftslokale und der Hochbau 213 Wohnungen, eine Bücherei und fünf Geschäftslokalitäten enthalten. Für die Gesamtanlage ist auch eine Zentralwaschküche und eine zentrale Badeanlage vorgesehen. Schliesslich genehmigte der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen noch die Erweiterung der Wohnhausanlage in Meidling in der Hohenbergstrasse, wofür die Pläne die Magistratsabteilung 22 entwarf. Für die Erweiterung sind 15 Wohnhäuser und der Bau eines Kindergartengebäudes in Aussicht genommen. Die Häuser werden ein und zwei Stiegen enthalten und einstöckig sein. Auch in dieser Wohnhausanlage wird jede Wohnung ein/eigenen kleinen Garten haben. In der neuen Anlage werden insgesamt 153 Wohnungen, ein Kindergarten und einige Geschäftslokale untergebracht. Die voraussichtlichen Kosten für diese neuen Bauten sind mit 13'25 Millionen Schilling veranschlagt.

.....  
Amerikanische Spende. Dr. Jesse Winburn in New York hat 1750 Schilling für bedürftige Wiener gespendet. Bürgermeister Seitz hat verfügt, dass diese Summe zur Beteiligung von 1500 Personen mit je einem vollständigen Mittagessen durch die Wölk-Küchen verwendet wird.  
 .....

Wien, am Mittwoch, den 27. Februar 1929 Zweite Ausgabe.

.....  
Die städtischen Schneeaufräumungsarbeiten. Der städtische Fuhrwerksbetrieb, der die Schneeaufräumungsarbeiten zu besorgen hat, ist ununterbrochen bemüht, die Schneeabfuhr entsprechend der Aufnahmefähigkeit der Kanäle durchzuführen. Die Schneeabfuhr kann aber leider nicht mit der wünschenswerten Beschleunigung erfolgen, da die Durchspülung der Kanäle mit Wasser sehr gering ist. Es sind sogar schon viele Schächte infolge der fehlenden Wasserdurchspülung verstopft, sodass ungeheure Mengen von Salz in die Kanäle geschüttet werden müssen, um solche Verstopfungen zu beheben. Nichtsdestoweniger wurden in den letzten acht Tagen für die Schneeabfuhr verwendet: Am letzten Mittwoch 897 Strassenarbeiter, 524 zweispannige Fuhrwerke, 79 Kabszüge und 51 Lastkraftwagen; am Donnerstag 897 Strassenarbeiter, 463 zweispannige Fuhrwerke, 74 Kabszüge und 53 Lastkraftwagen; am Freitag 905 Strassenarbeiter, 451 zweispannige Fuhrwerke, 64 Kabszüge und 48 Lastkraftwagen; am Samstag 930 Strassenarbeiter, 241 zweispannige Fuhrwerke, 53 Kabszüge und 40 Lastkraftwagen; am Montag 915 Strassenarbeiter, 274 zweispannige Fuhrwerke, 49 Kabszüge und 31 Lastkraftwagen und gestern Dienstag 927 Strassenarbeiter, 295 zweispannige Fuhrwerke, 52 Kabszüge und 37 Lastkraftwagen. Das gestern Dienstag vorübergehend eingetretene Tauwetter ermöglichte heute die Einstellung von 1467 Schneearbeitern, die mit 934 Strassenarbeitern bei den Schneeabfuhrarbeiten verwendet werden konnten. Ausserdem wurde heute die Schneeabfuhr mit 292 zweispannigen Fuhrwerken, 46 Kabszügen und 33 Lastkraftwagen besorgt. Die städtischen Strassenbahnen haben heute zur Freimachung der Gleise 1480 Schneearbeiter ganztägig eingestellt.

.....  
Freiwillige Helfer bei Hochwasser. Heute sprach eine Abordnung des Wasserrettungsdienstes des Arbeiter Schwimmvereines und des Arbeiter Samariterdienstes beim amtsführenden Stadtrat Richter vor, um der Gemeinde Wien bei Hochwasser entsprechend geschulte Mannschaften zu den notwendigen Hilfeleistungen zur Verfügung zu stellen. Der Wasserdienst des Arbeiterschwimmvereines verfügt augenblicklich über etwa hundert im Rettungsdienst geschulte und erfahrene Mitglieder. Diese Mannschaften können jedoch noch weiter verstärkt werden. Der Arbeiter Samariterdienst stellte sich gänzlich zur Verfügung. Stadtrat Richter nahm das Anerbieten des Arbeiterschwimmvereines und des Arbeitersamariterdienstes mit Dank zur Kenntnis, wobei er darauf verwies, dass bei einer solchen Hilfsbereitschaft einer Hochwassergefahr mit entsprechender Beruhigung entgegengesehen werden kann.

.....

Wien, am Donnerstag, den 28. Februar 1929

.....  
Die Nahrungs- und Genussmittelabgabe des Hotels "Oesterreichischer Hof" .

Der von der Genossenschaft der Gastwirte eingesetzte Unterausschuss für Gemeindeangelegenheiten, der sich hauptsächlich mit der Begutachtung der Einreihung und Bemessung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe der Gasthäuser befasst, hat sich in der Sitzung vom 26. Februar auch mit der Steuerangelegenheiten des Restaurants "Hotel Oesterreichischer Hof" beschäftigt. Es wurde übereinstimmend festgestellt, dass das Bekanntwerden der Tatsache, dass dieser Betrieb bisher nur zwei Prozent Abgabe zu zahlen hatte, unter den Wiener Gastwirten grosse Erregung hervorgerufen habe. Gasthausbetriebe in Arbeiterbezirken hätten höhere Abgaben zu bezahlen und empfinden daher die so niedrige Einreihung des Hotels Oesterreichischer Hof als eine ausserordentliche Ungerechtigkeit. Selbstverständlich bedeutet es aber auch eine schwere Schädigung aller Wirte in der Umgebung des Hotels Oesterreichischer Hof, die in ihrer Wettbewerbsfähigkeit dadurch ausserordentlich leiden. Der Unterausschuss hat deshalb an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, künftighin nicht nur das Gremium der Hoteliers zu befragen, sondern auch ein Gutachten der Genossenschaft der Gastwirte einzuholen. Zu der in der Oeffentlichkeit aufgestellten Behauptung, dass gelegentlich einer im Vorjahre stattgefundenen Steuerrevision der Magistrat selbst die Angemessenheit des Abgabesatzes von nur zwei Prozent für das Restaurant "Hotel Oesterreichischer Hof" anerkannt habe, teilt der Magistrat folgendes mit: Die im Sommer 1928 vorgenommene Ueberprüfung bezog sich ausschliesslich auf die Fürsorgeabgabe und die Kosten bei der Verpflegung des eigenen Personals des Restaurants. Die Frage der Angemessenheit des Abgabesatzes bildete überhaupt nicht den Gegenstand der Revision. Es ist also weder eine schriftliche Aeussuerung darüber erfolgt, noch hat der betreffende Revisionsbeamte laut der von ihm abgegebenen amtlichen Erklärung irgendeine Aeussuerung dieses Sinnes getan. Jede gegenteilige Behauptung widerspricht den Tatsachen.

.....  
Bezirksvertretung Rudolfsheim. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim findet am nächsten Montag um 18 Uhr statt.  
.....

Wien, am Donnerstag, den 28. Februar 1929 Zweite Ausgabe

.....

Wieder für drei Millionen Schilling Gemeindeaufträge. Einer Weisung des Bürgermeisters entsprechend, werden jedes Jahr, sobald der Voranschlag vom Gemeinderat genehmigt ist, mit der grössten Beschleunigung die städtischen Bestellungen der verschiedensten Art an Gewerbe und Industrie vergeben, um so wirksam die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. So wurden im Jänner von den einzelnen Gemeinderatsausschüssen für mehr als sechs Millionen Schilling Gemeindeaufträge an Industrie und Gewerbe vergeben. Auch im Februar hat die Wiener Gemeindeverwaltung sehr umfangreiche Bestellungen durchgeführt, die nach den bisherigen Berichten die Summe von rund drei Millionen Schilling erreichen. Insbesondere der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat sehr nennenswerte Arbeitsaufträge an die Installationsindustrie und an private Firmen für den Strassenbau vergeben. Ebenso wurden der elektrischen Industrie namhafte Aufträge zuteil, da in kurzer Zeit abermals eine grosse Zahl von Strassenzügen an Stelle der gegenwärtigen Gasbeleuchtung elektrisch beleuchtet wird. Einen bedeutenden Umfang erreichten auch die Arbeitsvergaben für die Kanalerhaltung und Wasserlaufherstellung. Die Metallindustrie erhielt grosse Bestellungen von Wassermessern. Auch der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hat im Februar trotz der ungünstigen Witterung bedeutende Arbeitsaufträge erteilt. Es wurde die Einrichtung von zwei kompletten Zentralwaschküchenanlagen für städtische Neubauten vergeben, ferner sehr umfangreiche Schlosserarbeiten und besonders die Elektrofirmer, das Gas- und Wasserleitungsinstallationsgewerbe sehr stark beschäftigt. Alle mit dem Baugewerbe zusammenhängenden Gewerbegruppen, wie Tischler, Ziegeldacker, Anstreicher, Spengler, Schlosser, Zimmerer und so weiter erhielten gleichfalls grössere Arbeiten in Auftrag. In der ersten Märzwoche werden von den zuständigen Gemeinderatsausschüssen abermals sehr bedeutende städtische Arbeitsaufträge an die Privatindustrie vergeben.

.....

Die städtischen Schneeaufräumungsarbeiten. Die Aufnahme von Schneearbeitern für die Schneefuhr wurde auch heute fortgesetzt. Heute Donnerstag waren nahezu fünftausend Arbeiter mit der Schneefuhr befasst. Für die Schneefuhr wurden ausser den eigenen Lastkraftwagen noch 22 fremde und gegen vierhundert Pferdefuhrwerke verwendet. Durch den abermals eingetretenen scharfen Frost ist eine verstärkte Schneefuhr unmöglich, weil die Kanäle das hierzu unbedingt erforderliche Spülwasser nicht erhalten.

.....